



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Armer böser Flüchtling“

Eine postkoloniale Analyse der Repräsentation von AsylwerberInnen
im politischen Diskurs des Sommers 2014 in Österreich

verfasst von

Anna Radl, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 805

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Globalgeschichte und Global Studies

Betreut von: Ao. Univ.-Prof. Dr. Margarete Maria Grandner

Danksagung

Ich danke Frau Prof. Grandner für die anregende Betreuung.

Ich danke meinen Eltern für ihre bedingungslose Unterstützung, in allen Lebenslagen.

Ich danke Marlene und Harald für ihre Geduld, ihre schlaun Anmerkungen und alles, was sie sonst so tun.

Und ich danke Nemat fürs Inspirieren und beständige Relativieren.

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung.....	1
2 Forschungsstand.....	4
2.1 Migrationsforschung allgemein	4
2.2 Flucht und „der Flüchtling“	6
2.3 Forschungsstand zur Situation in Österreich	8
3 Theorie: Annäherung an die Postkoloniale Theorie.....	11
3.1 Grundlagen - Diskurs bei Michel Foucault	14
3.2 Die Konstruktion des „Anderen“	17
3.2.1 Edward Saids „Orientalism“	18
3.2.2 Spivaks Überlegungen zu Subalternität.....	20
4 Methode: Historische Diskursanalyse nach Achim Landwehr.....	24
5 Kontexte des Flüchtlingsdiskurses.....	29
5.1 Geschichte Österreichs als Zielland von Fluchtbewegungen in der Zweiten Republik.....	29
5.1.1 Weltkriegsflüchtlinge.....	30
5.1.2 Kalter Krieg.....	31
5.1.3 Restriktionen der 1980er und 1990er Jahre.....	33
5.2 Rolle der Flüchtlingshilfsorganisationen.....	34
5.3 Internationale Trends bei Flucht und Asyl.....	35
5.2 Macht und Föderalismus in Österreich.....	39
5.3 APA OTS und das PR Instrument der Presseaussendung.....	42
6 Anwendung	45
6.1 Korpusbildung.....	45
6.2 Kontext- und Textanalyse.....	47
6.2.1 Aufnahmestopp Traiskirchen.....	49
6.2.2 Suche nach Ersatzquartieren.....	53
6.2.2.1 Kasernenkauf im Burgenland.....	53
6.2.2.2 Ersatzquartiere in Wien.....	54
6.2.2.3 Zerissenheit in Kärnten.....	57
6.2.3 Antworten der Bundesverantwortlichen.....	60
6.2.3 Untypische Aussendungen.....	62
6.3 Diskursanalyse.....	64
7 Fazit.....	67
8 Literatur und Quellen.....	70
9 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....	77
10 Anhang.....	78
Abstract (Deutsch).....	78
Abstract (English).....	78
Curriculum Vitae.....	79
Verschlagwortung der Presseaussendungen.....	80

1 Einführung

Auch wenn sie selbst fast nie zu Wort kamen – über kaum eine Gruppe von Menschen wurde im Sommer 2014 in Österreich so viel gesagt wie über Flüchtlinge. Nachdem aufgrund der anhaltenden Konflikte in Syrien und in der Ukraine die Zahl der Asylanträge gestiegen war, begann eine emotional geführte, öffentliche Diskussion über die Unterbringung der neu ankommenden Menschen. Der Diskurs um Flüchtlinge sollte sich als prägend für die mediale Berichterstattung der Sommermonate 2014 herausstellen und die österreichische Politik auch darüber hinaus beschäftigen. Die Situation wurde von den einen als „Notstand“ betitelt, während andere ein politisch inszeniertes „Sommertheater“ kritisierten. Wortmeldungen kamen aus den unterschiedlichsten politischen Lagern und von den unterschiedlichsten AkteurInnen im Feld.

Ausgelöst wurde die Debatte von einem Aufnahmestopp in der Flüchtlings-Erstaufnahmestelle in Traiskirchen. Aufgrund der hohen Belastung, sollten keine neuen Flüchtlinge aufgenommen werden. Zum Engpass kam es, da neben den steigenden Asylanträgen, die Bundesländer versäumten, genügend Quartiere zur Verfügung zu stellen, um die geflüchteten Menschen nach ihrer Registrierung in Traiskirchen für die Dauer ihres Asylverfahrens zu beherbergen. Die hohe Emotionalität, mit der die darauf folgende Diskussion geführt wurde, eröffnete Fragen nach der Bedeutung und der Rolle, die Flüchtlinge im politischen Diskurs in Österreich einnehmen. Die Kategorie „Flüchtling“ und die Positionierung dazu scheinen in diesem Zusammenhang vor allem für politische Parteien und NGOs von großer Bedeutung. Die stark variierende Verwendung des Flüchtlingsbegriffs zeigt, dass das Thema aufgegriffen wird, um sich voneinander abzugrenzen. Doch wie genau passiert diese Abgrenzung und was macht eine solche politische Instrumentalisierung mit den Flüchtlingen? Um diesen Fragen näher zu kommen, wurde ein Zugang gewählt, der auf Erkenntnissen der Postkolonialen Theorien fußt. Das heißt, es wurde berücksichtigt, dass der Umgang mit Flüchtlingen in Österreich und darüber hinaus, in der „westlichen“ Welt¹, von neo-kolonialen Strukturen geprägt ist. Diese Strukturen wirken meist unbemerkt, sind tief in der Gesellschaft integriert und werden unbewusst reproduziert.

Weiter hilft Postkoloniale Theorie zu erklären, wie (neo-)koloniale Strukturen entstehen und wie sie sich selbst immer wieder reproduzieren. Eine wichtige Rolle spielt dabei die

1 Der „Westen“ wird hier und im Folgenden nicht als geografische Verortung, sondern als komplexes, ideengeschichtliches Konstrukt gedacht. Siehe dazu: Hochgeschwender Michael: Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts, In: Politische Mitteilungen. Band 11, Heft 1, 2013, Seiten 1-30.

diskursive Konstruktion der sozialen Wirklichkeit. Dem Diskursbegriff von Michel Foucault folgend geht die vorliegende Arbeit davon aus, dass es gesellschaftliche Regeln gibt, die bestimmen, was zu einer bestimmten Zeit zu einem Thema gesagt werden kann. Die Setzung dieser Regeln ist dabei ein ständig umkämpfter Prozess, der Machtverhältnisse innerhalb dieser Gesellschaft reflektiert. Auch im Diskurs um „Flüchtlinge“ in Österreich spiegeln sich solche Machtverhältnisse. Diese aufzuzeigen ist eines der Ziele dieser Arbeit. Außerdem soll an den spezifischen Ereignissen des Sommers 2014 gezeigt werden, welche AkteurInnen in Österreich über den „Flüchtlingsdiskurs“ bestimmen und wie sie den Diskurs nutzen, um sich selbst zu positionieren.

Da aufgrund der Recherche relativ schnell ersichtlich wurde, dass in Österreich im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik neben der parteilichen Ausrichtung der AkteurInnen, ihre Stellung im föderalistischen System von großer Bedeutung ist, wurde die Forschungsfrage auf diese Vorannahme hin angepasst. Konkret wird in der vorliegenden Arbeit also versucht, unter Berücksichtigung postkolonialer Theorien, folgende Frage zu beantworten:

Wie nutzen politische AkteurInnen in Österreich den Diskurs um „Flüchtlinge“, um sich selbst in der Debatte um die Unterbringung von AsylwerberInnen sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf ein föderal organisiertes politisches Machtfeld zu positionieren?

Als methodischer Zugang zur Beantwortung dieser Frage wurde die Historische Diskursanalyse nach Achim Landwehr gewählt. Auch wenn es sich um ein sehr aktuelles Thema handelt, soll der Fokus auf die historische Einbettung der Debatte gewahrt bleiben. Landwehrs Methode beruht auf dem Diskursbegriff von Foucault und lässt sich fruchtbar mit Ansätzen der Postkolonialen Theorie verbinden. Als Quellen werden Presseaussendungen der verschiedenen AkteurInnen herangezogen, die sich im Sommer 2014 zu dem Schlagwort „Asyl“ geäußert haben. Mit der Auswahl wurde beabsichtigt, die Positionierungen der verschiedenen AkteurInnen praktisch „ungefiltert“ abzubilden. Dies wäre etwa durch die Analyse von Medienberichten schwieriger gewesen. Dennoch bleibt weiterhin zu beachten, dass die Quellen in einem institutionalisierten Kontext entstanden sind und konkrete Interessen und Ziele verfolgen.

Um die Analyse der Quellen einzuleiten, wird zunächst ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand gegeben. Dabei wird sowohl auf Entwicklungen in der Migrationsforschung allgemein eingegangen als auch auf Studien und Arbeiten zur Situation in Österreich. Eingebunden in diesem Kapitel soll die Definition einiger zentraler Begriffe wie „Flucht/Flüchtling“ oder „Migration“ erfolgen. Anschließend wird in einer „Annäherung an

die Postkoloniale Theorie“ versucht, die wichtigsten Aussagen dieser Denkrichtung wiederzugeben und somit eine theoretische Grundlage für die nachfolgende Analyse zu schaffen. Die Analyse selbst wird durch eine Einführung in die Methode Landwehrs eingeleitet. Die Methode sieht vor, Kontext und Text des Diskurses gleichförmig in die Analyse miteinzubeziehen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden einige Kontextfelder der Analyse vorausgestellt. So wird in Kapitel 5 zunächst die Geschichte Österreichs als Zielland von Flucht dargestellt und der Wandel vom „Transit-“ zum „Einwanderungsland“ nachgezeichnet. Auch neuere Entwicklungen der Asylpolitik werden an dieser Stelle beleuchtet. Zusätzlich soll die Rolle der so genannten „Flüchtlingshilfsorganisationen“ in Österreich gezeigt werden. Ein Einblick in internationale Trends der Flüchtlingsmigration soll den Blickwinkel erweitern und eine globale Perspektive eröffnen. Anschließend wird wieder der österreichische Kontext in den Mittelpunkt gerückt und die Bedeutung des hier praktizierten, real-politischen Föderalismus für Fragen der Flüchtlingsunterbringung unterstrichen. Als letztes Kontextfeld wird das Umfeld der Quellen beleuchtet. Das Original Text Service (OTS) der Austria Presse Agentur, aus dem die Quellen bezogen wurden, wird kurz vorgestellt und die Rolle von Presseaussendungen in der politischen Kommunikation gezeigt.

Im Anschluss wird die eigentliche Feinanalyse des „Flüchtlingsdiskurses“ eingeleitet. Anhand einer Auswahl verschiedener Ereignisse oder Phasen, die der Debatte um Unterbringung der Flüchtlinge ihre Struktur gaben, wird nachgezeichnet, wie der Diskurs im Sommer 2014 verlaufen ist. Dabei werden beispielhaft bezeichnende Auszüge aus den Presseaussendungen eingebunden, um einen Eindruck von der Ausrichtung des Diskurses zu geben. Von besonderem Interesse sind hier immer wiederkehrende Sprachbilder und Floskeln, die in Bezug auf die geflüchteten Menschen verwendet werden. In der Diskursanalyse wird versucht darzustellen, welchen Regeln diese markanten Sprachformationen folgen. Im Fazit der Arbeit erfolgt schließlich eine Verbindung der Analyseergebnisse mit der Postkolonialen Theorie. Die Ergebnisse sollen noch einmal einer eingehenden Kritik unterzogen werden, bevor ein Ausblick auf mögliche Anknüpfungspunkte für weitere Forschung gegeben wird.

2 Forschungsstand

Zunächst soll nun ein Überblick über die Entwicklung der Migrationsforschung gegeben werden. Darin eingebunden soll eine Definition einiger zentraler Begriffe wie Migration, Flucht und „Flüchtling“ stattfinden. Anschließend wird im Besonderen auf die Forschung zur österreichischen Situation eingegangen und es werden unterschiedliche Arbeiten vorgestellt, die sich vor allem mit dem Thema der „Fluchtmigration“ und den Auswirkungen auf die österreichische Gesellschaft auseinandersetzen.

2.1 Migrationsforschung allgemein

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Migration schlägt sich in einer Vielzahl von Disziplinen nieder. So beschäftigt sich etwa die Soziologie, die Geschichtswissenschaft, die Politikwissenschaft, die Kulturanthropologie, die Psychologie, Rechtswissenschaft, Demografie und Geografie, aber auch die Philosophie u.a. mit jeweils spezifischen Fragestellungen zur Migration. Unter Migration oder Wanderung wird dabei im weitesten Sinne jede „räumliche Bewegung, d.h. Ortsänderung von Menschen“² verstanden, welche Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen nach sich zieht:

„1. für die betroffenen Individuen, deren Orientierung, Verhaltensweisen und sozialen Kontexte; 2. für die betroffenen Gruppen, zu denen der/die Wandernde a) gehört hat, b) aktuell gehört bzw. sich zugehörig fühlt, c) und auf die er/sie bei der Ankunft stößt; 3. für die aufnehmende und 4. für die abgebende Gesellschaft (bzw. deren soziale und ökonomische Strukturen).“³

Diese Ebenen umreißen zugleich Felder, mit denen sich Migrationsforschung auseinandersetzt. Dabei bleibt grundsätzlich festzuhalten: Menschen sind immer schon gewandert. Ihre räumliche Veränderung hat sie und andere beeinflusst. Durch Migration haben sich seit jeher gesellschaftliche Strukturen verändert. Dennoch wird Migration häufig als ein modernes Phänomen betrachtet. In der Geschichtswissenschaft fand Migration zwar über lange Zeit einen Platz in einer breiteren politikgeschichtlichen Auseinandersetzung mit

2 Treibel, Anette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, Weinheim und München, Juventa, 1999, S. 13.

3 Ebenda, S. 13.

bestimmten Phänomenen (Völkerwanderung etc.), allerdings wurde dabei selten auf die dadurch entstehenden Auswirkungen und Veränderungen in den Gesellschaften eingegangen, kritisieren etwa Mecheril et al.. Migrationsforschung habe sich als eigenständige Disziplin erst vor etwa 25 Jahren entwickelt und sei aus einer Reaktion auf „neue“ Migrationsbewegungen (GastarbeiterInnen) entstanden. Durch die Unterstreichung der Neuartigkeit wurden Migrationsprozesse allerdings enthistorisiert, wodurch in der Öffentlichkeit das Gefühl entstand, nicht-migrantische Lebensformen würden der Norm entsprechen – Migrationsphänomene müssten an dieser Norm gemessen werden.⁴

Da es sich bei der Migrationsforschung um ein relativ junges Feld handelt, das in sich viele unterschiedliche Ansätze vereint, kann man kaum von einer klar abgegrenzten Disziplin sprechen. Vielmehr zeichnet sich die Migrationsforschung gerade durch ihre Inter- und Multidisziplinarität aus. Mecheril et al. weisen darauf hin, dass die Migrationsforschung jedoch häufig als „Ausländerforschung“ in Erscheinung tritt, also nach der Situation von MigrantInnen fragen würde, womit sie sich einer vorgegebenen Ordnung unterwerfen würde:

„Damit affirmieren sie [die unterschiedlichen Ansätze der Ausländerforschung] direkt oder indirekt die Realität gegebener, den Handlungsspielraum von MigrantInnen (etc.) konstituierender sozialer, politischer, kultureller und rechtlicher Verhältnisse. Dieser Auffassung folgend stellen so unterschiedliche Ansätze wie die der Assimilations- und Integrationsforschung jene Migrationsforschung, die dem Humankapitalansatz verpflichtet ist, als auch die historische Gastarbeiterforschung immer dann „Ausländerforschung“ dar, wenn sie sich ausschließlich und einseitig auf die Bedingungen gelingender Eingliederung von MigrantInnen in bestehende, direkt oder indirekt als gegeben geltende Ordnungen beziehen.“⁵

Die AutorInnen treten hingegen für eine „Migrationsforschung als Kritik“ ein, die MigrantInnen als deutungs- und handlungsmächtige Subjekte begreift und versucht, gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen. Als positive Beispiele erwähnen sie Studien aus dem Bereich der Cultural und Postcolonial Studies wie Rose 2012⁶, Ha 2005⁷ und

4 Vgl. Mecheril, Paul et al.: Migrationsforschung als Kritik? Erkundung eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten, In: Mecheril, Paul et al. (Hrsg.): Migrationsforschung als Kritik?: Spielräume kritischer Migrationsforschung, Springer VS, 2013, S. 12-14.

5 Ebenda, S. 14.

6 Rose, Nadine: Migration als Bildungsherausforderung. Subjektivierung und Diskriminierung im Spiegel von Migrationsbiographien, Bielefeld, 2012.

7 Ha, Kien Nghi: Hype um Hybridität. Kultureller Differenzkonsum und postmoderne Verwertungstechniken im Spätkapitalismus, Bielefeld, 2005.

Steyerl/Gutierrez Rodriguez 2012^{8,9}

Innerhalb der Migrationsforschung wurden verschiedene Typologien entwickelt. So unterscheidet die Forschung etwa nach räumlichen und zeitlichen Aspekten der Wanderung, aber auch bezüglich der Wanderungsentscheidung bzw. der Wanderungsursache. Hierbei wird im Allgemeinen zwischen freiwilliger Wanderung und erzwungener Wanderung bzw. Flucht unterschieden. Die Grenzen zwischen den Kategorien verschwimmen allerdings häufig und die Unterscheidung erweist sich als schwierig. Ständig werden sie politisch und juristisch neu umkämpft. Besonders vor dem Hintergrund einer globalen Wirtschaftsordnung, die immer größere sozioökonomische Ungleichheit produziert, muss die Trennung zwischen freiwilliger und erzwungener Migration in Frage gestellt werden.¹⁰

Grundsätzlich ist der Bereich der Fluchtmigration in der Forschung bisher eher unterrepräsentiert, wie Annette Treibel beschreibt: „Ein genuin soziologisches Feld ist es (bisher) nicht. Dies mag daran liegen, daß die Dramatik, die Spontanität und die Unberechenbarkeit [...] von Fluchtbewegungen eher nach Krisenbewältigung als nach wissenschaftlicher Analyse rufen.“¹¹

Sollte dies für die wissenschaftliche Auseinandersetzung in den Herkunftsgesellschaften zutreffen, so bin ich der Überzeugung, dass Strukturen und Auswirkungen von Flucht, gerade in Gesellschaften, die gemeinhin als „Aufnahmegesellschaften“ gelten, durchaus zu bearbeiten sind. Vor allem mittel- und langfristige Fragen nach den institutionellen Rahmenbedingungen, Betreuungsverhältnissen und „Integrationsmaßnahmen“ könnten in diesem Zusammenhang mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit vertragen. Auch die Ausformungen des Diskurses, der sich rund um Fluchtmigration entwickelt hat, erfordert eine stärkere wissenschaftliche Auseinandersetzung.

2.2 Flucht und „der Flüchtling“

Aus asylrechtlicher Sicht ist der Status eines Flüchtlings in Österreich eine klar umrissene Kategorie, die den folgenden Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention entspricht. Demnach wird als Flüchtling angesehen, wer sich

8 Steyerl, Hito/ Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Münster, Unrast Verlag, 2012.

9 Vgl. Mecheril: Migrationsforschung als Kritik, S. 16-19.

10 Treibel: Migration in modernen Gesellschaften, S. 20-22.

11 Ebenda. S. 158.

„aus wohlbegründeter Furcht, aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung verfolgt zu werden, außerhalb seines Heimatlandes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, sich des Schutzes dieses Landes zu bedienen; oder wer staatenlos ist, sich infolge obiger Umstände außerhalb des Landes seines gewöhnlichen Aufenthaltes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, in dieses Land zurückzukehren. Falls jemand mehr als eine Staatsangehörigkeit hat, ist unter dem Heimatland jedes Land zu verstehen, dessen Staatsangehöriger er ist; wenn jemand ohne triftige, auf wohlbegründeter Furcht beruhende Ursache sich des Schutzes eines der Staaten, dessen Staatsangehöriger er ist, nicht bedient, soll er nicht als eine Person angesehen werden, der der Schutz des Heimatlandes versagt worden ist.“¹²

Für den wissenschaftlichen Gebrauch scheint diese Definition jedoch nicht brauchbar, da sie viele Menschen ausschließt. So weist Treibel darauf hin, dass Menschen unabhängig davon, ob sie von staatlichen oder nicht-staatlichen AkteurInnen verfolgt werden, und ob sie auf ihrer Flucht Staatsgrenzen überqueren oder nicht, als Flüchtlinge zu betrachten sind.¹³ Franz Nuscheler sieht den Flüchtlingsbegriff als breiten „Sammelbegriff“, unter dem unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Fluchtmotiven zusammengefasst werden. Die idealtypische Definition eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention würde nicht dem heutigen realen Bild von Menschen in Massenfluchtbewegungen entsprechen. Fast immer ist es eine sehr komplexe Verschmelzung einer Vielzahl von Gründen, die Menschen zur Flucht veranlasst. Eine genaue Abgrenzung zu anderen Formen der Migration ist daher schwierig. Der Gedanke an Flucht steht allerdings immer im Zusammenhang mit Frustrationen oder Bedrohungen.¹⁴

„Der Entscheidung zur Abwanderung folgen das Ausloten von Fluchtmöglichkeiten, das Aussuchen von potenziellen Zielländern und das Abwägen von persönlichen Verlusten und Gewinnen, die von einer Fluchtentscheidung befürchtet bzw. erhofft werden. Je stärker die familiären oder sozio-kulturellen Bindungen an die Heimat oder subjektive Loyalitätsbindungen sind, desto schwieriger und schmerzhafter ist dieser Entscheidungsprozess.“¹⁵

12 Genfer Flüchtlingskonvention (laut BGBl in Österreich), Jänner 1955, online unter: http://www.unhcr.at/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1_international/1_1_voelkerrecht/1_1_1/FR_int_vr_GFK-GFK_AUS.pdf (Zugriff: 11.12.2014).

13 Treibel: Migration in modernen Gesellschaften, S. 163.

14 Vgl. Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage 2014, S. 107-108.

15 Ebenda, S. 107.

Es ist also eine Vielzahl von Umständen und Entscheidungen, die einen Menschen zum Flüchtling machen. Diese breite Perspektive soll im weiteren Verlauf dieser Arbeit berücksichtigt werden. Jedoch weist Patrik Volf auf eine weitere Dimension bei der Definition des Begriffs „Flüchtling“ hin; und zwar auf das Ausgeliefertsein des Schutzsuchenden gegenüber den Institutionen, die über ihn entscheiden:

„Dennoch scheint die Tatsache wesentlich, daß entlang aller möglichen Definitionen für den Flüchtling als Person jene ausschlaggebend ist, die diejenige Institution trifft, auf welche er am meisten angewiesen ist, nämlich jene des Fluchtlandes. Diese Bestimmungen des Begriffes oder des Menschen "Flüchtling", und die davon abhängige Aufnahme in einem fremden Staat sind auf der einen Seite eines Spektrums von Bedingungen für die Produktion von Flüchtlingen zu sehen, auf dessen gegenüberliegendem Ende die Flucht aus dem Herkunftsland steht. [...] Die wesentlichste Bedingung, die für den einzelnen Flüchtling in einem Aufnahmestaat relevant ist, ist jene, ob er Aufnahme findet oder nicht und im weiteren Sinne ob seine Flucht beendet werden kann oder nicht.“¹⁶

Am Beispiel Österreich zeigt Volf, dass für die Lebensrealität der Flüchtlinge in diesem Land keine international festgelegte Bestimmung für den Flüchtlingsstatus gilt, sondern die österreichische Asylpolitik nach „austauschbaren Kriterien“ festhält, „wer berechtigt ist, Asyl zu erhalten“ und somit ein richtiger „Flüchtling“ ist.¹⁷ Neben der breiten theoretischen Definition des Flüchtlingsbegriffs soll daher die faktische Restriktion, mit der der Status offiziell zugesprochen wird, nicht aus den Augen verloren werden.

2.3 Forschungsstand zur Situation in Österreich

Wie Andreas Weigl festhält, begann die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Migration in Österreich in den 1970er Jahren. Seit den 1980er Jahren gäbe es eine sehr breite Palette an soziologischen, demografischen, wirtschaftsgeografischen und ökonomischen Studien zum Thema.¹⁸ Aus politikwissenschaftlich-historischer Perspektive hat etwa Patrik Volf mit seinem Artikel „Der Politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945“ eine fundierte Recherchearbeit geleistet und umfangreiche Daten

16 Volf: Der politische Flüchtling, S.23-24.

17 Ebenda. S. 24 (Zugriff: 21.11.2014).

18 Vgl. Weigl, Andreas: Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. In: Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Vorlesungsreihe und Edition der Wiener Vorlesungen: Band 20, Innsbruck/Wien/Bozen, StudienVerlag, 2009, S. 13.

und Statistiken zu dem Thema zusammengetragen. Der Beitrag bietet zudem einen Überblick über verschiedene Phasen in der österreichischen Flüchtlingspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.¹⁹ Ähnliche Ausführungen hat er auch für den Sammelband „Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges: auf getrennten Wegen ins neue Europa“ geleistet. Hier hat sich Volf insbesondere auf die Zeit seit 1989 fokussiert, ein Jahr, das einen Wendepunkt für ihn bezeichnet. Zum einen hätte sich die Flüchtlingssituation aufgrund des Zerfalls des Ostblocks verändert, zum anderen sei durch eine politische Umstrukturierung im Inneren Österreichs eine alte Ordnung zu Ende gegangen. Eine weitreichende Restriktion der Migrationspolitik sei die Folge dieser Entwicklungen gewesen.²⁰ Schließlich hat Volf gemeinsam mit Rainer Bauböck ein Buch veröffentlicht, welches sich mit den Lebenssituationen von EinwanderInnen in Österreich auseinandersetzt und gesellschaftliche Missstände im Umgang mit MigrantInnen aufweist. Dabei beschäftigt er sich auch speziell mit Problemen im Bereich Flucht und Asyl. Neben Verfehlungen der Fremdenpolitik benennt Volf jedoch auch Lösungsmodelle und zählt konkrete nationale und internationale „Good Practices“ Beispiele auf.²¹

Einen guten Einstieg in die Thematik geben auch Fassmann/Münz 1995. Sie setzen sich sowohl mit der Geschichte österreichischer Migrationspolitik auseinander als auch mit aktuellen Entwicklungen und „Rahmenbedingungen für eine vorausschauende Migrationspolitik“.²² Einen Sammelband speziell zum Thema Flucht und Asyl gibt es von Heiss/Rathkolb unter dem Namen „Asylland wider Willen“.²³

Mit konkreten Integrationspraktiken setzt sich ein Bericht der IOM Wien auseinander, der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres im Jahr 2005 entstand. Der Bericht soll eine „Landkarte“ der österreichischen Integrationspraktiken darstellen. Tatsächlich bietet die Arbeit einen ausführlichen Katalog von Maßnahmen auf Bundes-, Länder- und Sozialpartnerebene. Allerdings handelt es sich eher um eine Aufzählung als eine kritische Auseinandersetzung mit den Angeboten.²⁴

19 Volf, Patrik: Der Politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945, *Zeitgeschichte*, Heft 11-12/1995, S. 415-435.

20 Volf, Patrik: Migrationspolitik in Österreich seit 1989. In: Heiss, Gernot et al. (Hrsg.): *Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges: auf getrennten Wegen ins neue Europa*, Ústí nad Labem, Albis International, 2009, S. 179-208.

21 Volf, Patrik/Bauböck, Rainer: *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*, Klagenfurt, Drava Verlag, 2001.

22 Fassmann, Heinz/Münz, Rainer: *Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen*, Wien, Jugend & Volk, 1995.

23 Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.): *Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914*, Wien, Dachs Verlag, 1995.

24 IOM Wien, BM.I: *Integrationspraktiken in Österreich. Eine Landkarte über Integrationspraktiken und -philosophien von Bund, Ländern und Sozialpartnern*, 2005.

Mehrere Arbeiten setzten sich mit der besonderen Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auseinander; etwa Fronek 2010²⁵ oder die Diplomarbeiten von Niedermayr 2004²⁶ und Aumann 2014.²⁷ Zudem gibt es Forschungsgruppen, die sich dem Thema Migration widmen, wie die INEX²⁸ (The Politics of Inclusion & Exclusion) unter der Politikwissenschaftlerin Sieglinde Rosenberger oder KriMi²⁹ (Kritische Migrationsforschung), ein interdisziplinärer Zusammenschluss von SozialwissenschaftlerInnen.

Auch einige diskursanalytische Arbeiten der letzten Jahre sind an dieser Stelle zu erwähnen. Wladimir Fischer etwa sucht in einem Aufsatz nach den Ursprüngen des rassistischen Diskurses über „Ausländer“ und „Asylanten“, der Österreich seit den 1980er Jahren prägt.³⁰ Im Buch „Notwendige Maßnahmen gegen Fremde?“ spüren Bernd Matouschek, Ruth Wodak und Franz Janussek den Diskursen der Differenz in Österreich nach und untersuchen in erster Linie den öffentlichen Diskurs über RumänInnen.³¹ Rassistischen Diskursen in der größten österreichischen Tageszeitung, der Neuen Kronenzeitung, geht die Diplomarbeit von René Rusch aus dem Jahr 2007 nach.³²

Wie sich zeigt, gibt es in Österreich eine durchaus vielfältige und intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Migration und den Diskursen, die um dieses Thema entstehen. Dennoch versucht die vorliegende Arbeit eine Lücke in der bisherigen Forschung zu schließen, indem der Fokus auf den speziellen Diskurs rund um geflüchtete Menschen gerichtet wird, unterschiedliche (politische) Machtbeziehungen in die Analyse miteinbezogen werden und durch den Bezug auf Postkoloniale Theorie eine breite Perspektive der Diskussion und der Kritik geöffnet wird. Zudem wird durch den Fokus auf die spezielle Situation im Sommer 2014 ein Zeitrahmen gewählt, der bisher noch keine wissenschaftlichen Beachtung gefunden hat.

25 Fronek, Heinz: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich. Asylverfahren und Lebensverhältnisse, Wien, Mandelbaum Verlag, 2010.

26 Niedermayr, Marion: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich: zur Geschichte der österreichischen Asyl- und Flüchtlingspolitik seit Mitte der 1980er Jahre, Diplomarbeit, Universität Wien 2004.

27 Aumann, Theresa: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich: Erfahrungen mit und in einem Patenschaftsprojekt, Diplomarbeit, Universität Wien 2014.

28 INEX Politics of Inclusion & Exclusion, online unter: <http://inex.univie.ac.at/> (Zugriff 29.1.2015).

29 KriMi Kritische Migrationsforschung, online unter: <https://www.univie.ac.at/kritische-migrationsforschung/index.html> (Zugriff 29.1.2015).

30 Fischer, Wladimir: Vom ›Gastarbeiter‹ zum ›Ausländer‹. Die Entstehung und Entwicklung des Diskurses über ArbeitsmigrantInnen in Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur 53.3 (2009): 248–266.

31 Matouschek, Bernd et al.: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz, Wien, Passagen Verlag, 1995.

32 Rusch, René: Der "Ausländer"-Diskurs der Kronen Zeitung 2005. Diplomarbeit, Universität Wien, 2007.

3 Theorie: Annäherung an die Postkoloniale Theorie

Zunächst möchte ich in einer theoretischen Annäherung darlegen, warum mir die Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden „Flüchtlingsdiskurs“ wesentlich erscheint und offenlegen, mit welchen theoretischen Grundannahmen und Überlegungen ich an das Thema herangehe. Dabei orientiere ich mich an verschiedenen TheoretikerInnen des Postkolonialismus, die um 1980 als geistige Strömung, erst in den Literaturwissenschaften und Cultural Studies, bald darauf auch in den Geschichtswissenschaften Eingang gefunden haben.

Postcolonial Studies folgen der Einsicht, dass der „Erfolg“ der westlichen Sphäre und des modernen Europas auf koloniale und imperiale Strukturen zurückzuführen sei. Dabei habe der Kolonialismus für die Geschichte Europas keine untergeordnete, sondern die zentral bestimmende Rolle gespielt. John McLeod drückt es wie folgt aus:

„To be blunt, the fortunes and success of modern Europe – perhaps of modernity itself – depended squarely on the pecuniary pursuits of empire. Empire, colonialism and colonized peoples are not marginal, or additional, to the history of Europe, but lie at its very heart; just as the European nations have irreversibly altered the histories of the terrain and populations they colonized.“³³

Die Auswirkungen kolonialer Strukturen beeinflussen sowohl die kolonisierten als auch die kolonisierenden Gesellschaften bis heute. Postkoloniale Theorie stellt diese Auswirkungen ins Zentrum ihres Interesses. Dabei verbindet die Postkoloniale Theorie zwei scheinbar unterschiedliche Zugänge. Grundlegend beeinflusst wird der Postkolonialismus sowohl von marxistischen als auch von poststrukturalistischen Überlegungen. So widmen sich postkoloniale TheoretikerInnen einerseits einer Kritik der internationalen Arbeitsteilung und beschäftigen sich mit aktuellen Entwicklungen eines Neokolonialismus oder Neoimperialismus. Auf der anderen Seite wird, inspiriert durch Erkenntnisse des Poststrukturalismus, eine Kritik an einer eurozentrischen Wissensordnung und einer epistemischen Gewalt geübt.³⁴

33 McLeod, John: Introduction, In: McLeod, John (Hrsg.): The Routledge Companion to Postcolonial Studies, London und New York, Routledge, 2007, S. 2.

34 Vgl. Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld, transcript Verlag, 2005, S. 8.

Auch Harald Fischer-Tiné unterscheidet grob zwischen diesen zwei unterschiedlichen Ausrichtungen der Postkolonialen Theorie. Eine Richtung beruhe auf der Analyse kolonialer Beziehungen und deren unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen auf die betroffenen Regionen, während im Spannungsverhältnis dazu sich eine zweite Richtung entwickelt hat, die den Kolonialismusbegriff weiter fasst und eine allgemeinere Perspektive der Machtkritik einnimmt. Diese Richtung verfolgt häufig einen emanzipatorischen Ansatz, der auf die „Überwindung eurozentrischer Wissensordnungen und Repräsentationssysteme“³⁵ hinwirkt. Arbeiten aus dieser zweiten Strömung beziehen sich häufig nur noch indirekt auf das historische Phänomen der europäischen Kolonialherrschaft. Im Zentrum des Interesses liegen jedwede Art von (kulturellen) Machtverhältnissen zwischen dominanten und unterdrückten Gruppierungen.³⁶

María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan kommen in Hinblick auf diese zweite Strömung zum Schluss, dass durch den Fokus auf (Neo-)Kolonialismus und auf die „Produktion epistemischer Gewalt“, postkoloniale Theorie durchaus auch für den deutschsprachigen und österreichischen Kontext nützlich sei, da auch hier an einer eurozentrischen Wissenshierarchie mitproduziert wurde und wird.³⁷

In Anbindung an andere AutorInnen sieht John McLeod die Postcolonial Studies auch als „discourse of the colonized“, dem eine gemeinsame politische Überzeugung zu Grunde liege – das In-Frage-Stellen und Angreifen von gegebenen Machtbeziehungen. Das heterogene Feld der Postkolonialen Theorie vereint demnach das Streben nach:

„Resistance, transformation, antagonism, disobedience and, ultimately, the end to all forms of intercultural domination. To enter into postcolonial studies is to engage in a self-conscious process of contestation; it is to contend often with both the *form* and *content* of prevailing knowledge. It involves learning how to look critically at the world, and the knowledge and representations that have been made about it. [...] it is a term which describes, evaluates and helps to configure a *relationship*: between reality and its representation; between what we study and how we study it; between thought and action.“³⁸

35 Fischer-Tiné, Harald: Postkoloniale Studien. Auf: Europäische Geschichte Online, erschienen am 3.12.2010, online unter: <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-und-die-welt/postkoloniale-studien/harald-fischer-tine-postkoloniale-studien> (Zugriff: 11.11.2014).

36 Vgl. Fischer-Tiné: Postkoloniale Studien, o.S., und siehe auch Konzept „Hinging the Postcolonial“ in McLeod: Introduction, S. 5-10.

37 Castro Varela/Dhawan (Hrsg.): Postkoloniale Theorie, S. 7-8.

38 McLeod: Introduction, S.9.

Als wichtiges Instrument bei der Untersuchung solcher Machtbeziehungen hat sich die Diskursanalyse hervorgetan. Kolonialismus und Imperialismus hätten nämlich nicht zuletzt auf einer Ebene der Repräsentation stattgefunden. Deshalb würden viele ForscherInnen der Postcolonial Studies auch daran festhalten, durch das kritische Aufzeigen von vorurteilsbehafteten Diskursen und Wissensbeständen eine Änderung der sozialen Wirklichkeit herbeiführen zu können.³⁹

Ausgehend von diesen Konzepten werden für die vorliegende Arbeit folgende Überlegungen aus der postkolonialen Theorie aufgegriffen: Unter der Annahme einer umfassenden (sprachlichen) Konstruiertheit der sozialen Wirklichkeit, wird der Diskurs in das Zentrum des Forschungsinteresses gerückt. Es wird davon ausgegangen, dass in einem wechselseitigen Prozess der Diskurs Wirklichkeit (re-)konstruiert, während die produzierten sozialen Verhältnisse wiederum auf den Diskurs zurückwirken. Der Diskurs bewegt sich dabei in einem komplexen Rahmen sozialer Machtbeziehungen, die auf kolonialen Strukturen fußen. Es wird davon ausgegangen, dass die dominante (hegemoniale) Gruppe einer Gesellschaft über den Diskurs bestimmen kann. Durch das Aufweisen von und der Kritik an versteckten Hierarchien im Diskurs wird es möglich, soziale Ungleichheiten begreifbar und gleichzeitig angreifbar zu machen.

Auch die Autorinnen Julia Reuter und Alexandra Karentzos kommen zu einem ähnlichen Ergebnis und fordern ein Miteinbeziehen postkolonialer Denkweisen in den unterschiedlichsten Fachgebieten:

Postkoloniale Perspektiven dienen als Problematisierungsinstrument, um die 'Normalität des So-Seienden' in den einzelnen Disziplinen aufzubrechen und dezidiert politische Sichtweisen einzubeziehen – sei es, um die koloniale Verwobenheit der eigenen Fachidentität und Grundbegriffe zu erkennen und anzuerkennen oder um die neokolonialen Bezüge aktueller Forschungsinhalte und -methoden herauszustellen. Immerhin stehen für das Selbstverständnis westlicher Gesellschaften und damit auch ihrer Wissenschaften so zentrale Unterscheidungen wie Tradition und Fortschritt, Orient und Okzident, Natur und Kultur, Eigenes und Fremdes zur Disposition.⁴⁰

39 Vgl. Ebenda: S. 5.

40 Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra: Vorwort, In: Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra (Hrsg.): Schlüsselwerke der Postcolonial Studies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, S. 11.

Da, wie eben festgehalten wurde, die Beschäftigung mit Diskursen eine zentrale Stellung in der Postkolonialen Theorie einnimmt, soll im Folgenden eine Annäherung an den Diskursbegriff vorgenommen werden, wie er vor allem von dem französischen Philosophen Michel Foucault (1926-1984) geprägt worden ist. Erst in einem nächsten Schritt wird die Anwendung des Foucaultschen Diskursbegriffes im Denken zweier wichtiger postkolonialer TheoretikerInnen (Edward W. Said und Gayatri C. Spivak) diskutiert und dabei besonderes Augenmerk auf die diskursive Konstruktion des „Anderen“ gelegt.

3.1 Grundlagen - Diskurs bei Michel Foucault

Zwar berufen sich gerade in der Geschichtswissenschaft viele Arbeiten auf den Diskursbegriff von Foucault, dennoch kritisiert etwa Landwehr, dass dabei häufig nur oberflächlich auf dessen Theorien eingegangen wird. Dies sei wohl auch dem nur schwer zu erfassenden Stil des Theoretikers geschuldet. So gebe Foucault selten eindeutige Definitionen seiner zentralen Begrifflichkeiten, sondern würde diese offen lassen. Auch der Diskursbegriff bei Foucault sei Veränderungen im Laufe seines Werkes unterworfen.⁴¹

Im begrenzten Rahmen dieser Arbeit ist auch hier keine sehr weitreichende und tiefgehende Auseinandersetzung mit Foucaults Thesen möglich. Dennoch wird im Folgenden versucht, zumindest eine Idee davon wiederzugeben, was Foucault unter dem Begriff „Diskurs“ versteht.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Die Ordnung der Dinge“ beschreibt Foucault seine Grundannahmen über ein dem gesellschaftlichen Wissensbestand zugrundeliegendes System an Regeln, einen „Code“:

„Was aber, wenn empirisches Wissen zu einer gegebenen Zeit und innerhalb einer gegebenen Kultur wirklich eine wohldefinierte Regelmäßigkeit besäße? Wenn die bloße Möglichkeit, Fakten zu sammeln, sich zu erlauben, von ihnen überzeugt zu sein, sie in den Traditionen zu entstellen oder rein spekulativen Gebrauch von ihnen zu machen: was, wenn nicht einmal das der Gnade des Zufalls überlassen bliebe? Wenn Irrtümer (und Wahrheiten), die Anwendung alter Überzeugungen, einschließlich nicht nur wirklicher Enthüllungen, sondern auch der simpelsten Begriffe in einem gegebenen Augenblick den Gesetzen eines bestimmten Wissenscodes gehorchten? Kurz, wenn die Geschichte des nichtformalen Wissens selbst ein System hätte? Das war meine

41 Vgl. Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen, edition diskord, 2001, S. 75f.f

anfängliche Hypothese – das erste Risiko, das ich auf mich nahm.“⁴²

Mit der von Foucault als Archäologie bezeichneten Methode soll der „Code“, eine dem wissenschaftlichen Diskurs zugrundeliegende Ebene gesellschaftlicher Regeln, historisch betrachtet werden können. Subjekte, die sich innerhalb eines bestimmten Diskurses bewegen, greifen in der Kommunikation auf einen gemeinsamen Unterbau sprachlicher Regeln und auf eine bestimmte symbolische Ordnung zurück.

In der Interpretation von Arne Klawitter:

„Die Geschichte des Wissens basiert für Foucault nicht auf einer Annäherung an eine gegebene Realität, sondern auf einer Abfolge verschiedener Regelsysteme der Wissensproduktion. Die Frage ist dabei, wie Aussagen beschaffen sein müssen, um zu einer gegebenen Zeit in einer Kultur als wahres Wissen anerkannt zu werden. Der Wissensarchäologie geht es um das Aufdecken der dem Wissen und den Erfahrungen zugrunde liegenden Ordnungsschemata, die allerdings nicht als eine universelle Ordnung zu verstehen sind, sondern als zeitlich und regional begrenzt und existent nur innerhalb einer kulturellen, diskursiven Praxis.“⁴³

Noch ausführlicher setzte sich Foucault in dem 1969 erschienenen Werk „Die Archäologie des Wissens“ mit Diskursen auseinander. Hier beschäftigte er sich mit dem Umgang mit historischen Dokumenten und besteht darauf, diese Dokumente nur im Zusammenhang anderer historischer Überlieferungen lesen zu können. Die schriftlichen Quellen selbst könnten keinen direkten Rückschluss auf die Vergangenheit zulassen.

„Das Dokument ist nicht das glückliche Instrument einer Geschichte, die in sich selbst und mit vollem Recht *Gedächtnis* ist; die Geschichte ist eine bestimmte Art für eine Gesellschaft, einer dokumentarischen Masse, von der sie sich nicht trennt, Gesetz und Ausarbeitung zu geben.“⁴⁴

Ein Forscher oder eine Forscherin, die aus schriftlichen Quellen direkte Rückschlüsse auf die Vergangenheit ziehen möchte, wird also scheitern. Eine schriftliche Quelle ist kein

42 Foucault, Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften [Erstveröffentlichung 1966], In: Michel Foucault – Die Hauptwerke, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 3. Auflage, 2013, S. 13.

43 Klawitter, Arne: Die Kategorie des Neuen aus wissensarchäologischer Perspektive. In: Eder, Franz (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 153.

44 Foucault, Michel: Archäologie des Wissens [Erstveröffentlichung 1969], In: Michel Foucault – Die Hauptwerke, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 3. Auflage, 2013, S. 480.

Gedächtnis, das aus sich selbst verstanden werden kann. Die Geschichte, die in den Quellen gesucht wird, würde sich viel eher durch die Gesetze und Ausarbeitungen, in denen die Quellen verfasst wurden, zeigen. Foucault spricht von einer diskursiven Formation, wenn sich Äußerungen in einer gewissen Regelmäßigkeit um ein bestimmtes Thema bewegen. Dabei würden sie bestimmten „Formationsregeln“ folgen. Foucault ist es weniger wichtig, welche Intention hinter einer bestimmten Aussage steckt, als vielmehr die schiere Existenz der Aussage selbst. Warum wird zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Kontext eine Aussage gemacht und keine andere?⁴⁵ Erst später kommt es im Werk Foucaults zu einer Verknüpfung von Diskurs mit dem Faktor Macht.⁴⁶ Landwehr interpretiert diesen Zusammenhang wie folgt:

„Diskurs und Macht sind also insofern untrennbar miteinander verbunden, als man zwar durchaus [...] die Wahrheit sagen kann, man sich aber nur im Wahren befindet, wenn man den Regeln des Diskurses gehorcht. Dadurch wird die Produktion des Diskurses einer disziplinierenden Kontrolle unterworfen, in der die Regeln des Diskurses permanent aktualisiert werden.“⁴⁷

Foucault hätte mit dieser Wendung dem Diskurs eine stärker gesellschaftliche und politische Dimension verliehen, so Landwehr. Über Diskurse unterscheidet eine Gesellschaft „das Wahre vom Falschen“ und somit auch das „Normale vom Abweichenden“.⁴⁸

Ebenfalls unter Bezug auf Foucault findet Franz X. Eder zu folgender „offener“ Definition von Diskurs:

„Unter Diskursen werden [...] Praktiken verstanden, die Aussagen zu einem bestimmten Thema systematisch organisieren und regulieren und damit die Möglichkeitsbedingungen des (von einer sozialen Gruppe in einem Zeitraum) Denk- und Sagbaren bestimmen.“⁴⁹

Für die vorliegende Arbeit und die eingebundene Diskursanalyse bedeutet dies also, dass angenommen wird, dass gesellschaftlich festgesetzte Regeln bestimmen, was zu einem Thema

45 Vgl. Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 80.

46 Vgl. Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch, 11. Auflage, 1991.

47 Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. S. 84.

48 Ebenda: S. 85.

49 Eder, Franz X.: Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung, In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 13.

gesagt werden kann. Diese Regeln entstehen jedoch nicht von allein, sondern sind Ausdruck komplexer Machtgefüge, in denen sich dominante Kräfte durchsetzen und über die Themensetzung bestimmen. Dieser hegemoniale Diskurs kann nur kritisch betrachtet werden, wenn man das historische Umfeld, in dem er entsteht und in dem er reproduziert wird, in eine Analyse miteinbezieht.

Auf diese (vereinfachten) Annahmen über den Diskurs wird in der späteren Diskursanalyse zurückgegriffen. Zunächst sollen jedoch zwei postkoloniale TheoretikerInnen vorgestellt werden, die sich ebenfalls auf den Foucaultschen Begriff von Diskurs berufen, und es soll insbesondere festgehalten werden, wie über Diskurse das „Andere“ und das „Selbst“ konstruiert werden.

3.2 Die Konstruktion des „Anderen“

Edward Said und Gayatri C. Spivak werden zentrale Rollen innerhalb der Postkolonialen Theoriebildung zugeschrieben. Beide beschäftigen sich unter anderem mit der (diskursiven) Konstruktion des „Anderen“ und sehen dieses als essentiell für die Produktion des imperialen „Projekts Europa“ an. Said und Spivak gehen davon aus, dass Wissensbestände in einem von Macht durchzogenen Raum entstehen und reproduziert werden. Alles Sprechen und Denken ist demnach in einem räumlichen und zeitlichen Kontext zu sehen, welcher von vorherrschenden Machtstrukturen bestimmt wird. In diesem Umfeld entstehen Diskurse, die die Identität einer dominanten Gruppe festschreiben, indem sie „anderen“ Gruppen bestimmte Zuschreibungen geben, bzw. diese aus dem Diskurs ausschließen. Gutierrez Rodriguez und Steyerl fassen im folgenden Zitat zusammen, welchen Machtbeziehungen solche Zuschreibungsprozesse unterworfen sind, und weisen auf, wie man ihnen als ForscherIn begegnen kann:

„Wie also über den Anderen gesprochen wird und warum, folgt nicht nur dem simplen Begehren nach Erkenntnis und Wissen. Vielmehr wird durch dieses Sprechen erst der Andere geschaffen, der historisch und gesellschaftlich im Laufe des Kolonialismus, der Sklaverei, des Antiziganismus, des Antisemitismus und der heutigen rassistischen Politiken wie Asyl- und Migrationspolitiken mit den faktischen Gewalteffekten dieser Diskurse, Praktiken und Politiken zu kämpfen und zu leben hat. Vor diesem Hintergrund formuliert die postkoloniale Kritik nicht nur die Frage nach Repräsentation, sondern auch die nach Wissensproduktionen, Subjektivierung und

Selbstverhältnissen in einem Rahmen, in dem der Andere immer wieder in einer doppelten Bewegung als Unterworfener und Angerufener (Althusser) geschaffen wird. Vor diesem Hintergrund ereignet sich im Rahmen kolonialer, rassistischer, antiziganistischer und antisemitischer Genealogie eine hegemoniale Bezeichnungspraxis, in dem der Andere nicht nur als Anderer angerufen wird, sondern erst im hegemonialen Rahmen durch das Sprechen im Namen des Anderen gesehen und gehört wird. Postkoloniale Theorie und Kritik reflektiert über den rassistischen Prozess der Objektivierung und Subjektivierung zugleich, indem es [sic] die Verbindung zwischen Wissen, Macht, Begehren, Kolonialismus und Rassismus aufzeigt.“⁵⁰

Im Folgenden sollen nun anhand zweier Beispiele Postkolonialer TheoretikerInnen gezeigt werden, wie eine solche Kritik an der Konstruktion des „Anderen“ aussehen kann. Dazu werden zwei der bedeutendsten und am breitesten rezipierten Konzepte der Postcolonial Studies vorgestellt.

3.2.1 Edward Saids „Orientalism“

Edward Saids „Orientalism“ gilt als eines der Schlüsselwerke der Postcolonial Studies. In dem 1978 erschienenen Buch beschreibt der palästinensische Sprachwissenschaftler westliche Konzeptionen über die „orientalische“ Gesellschaft. Dabei zeigt er auf, wie diese Gesellschaft in westlichen Schriften durch Defizit-Zuschreibungen konstruiert wird. Das Resultat wiederum würde der Selbstvergewisserung des Westens dienen.

„In addition, the Orient has helped to define Europe (or the West) as its contrasting image, idea, personality, experience. Yet none of this Orient is merely imaginative. The Orient is an integral part of European *material* civilization and culture. Orientalism expresses and represents that part culturally and even ideologically as a mode of discourse with supporting institutions, vocabulary, scholarship, imagery, doctrines, even colonial bureaucracies and colonial styles.“⁵¹

Unter Berufung auf den Macht- und Diskursbegriff bei Foucault beschreibt Said Orientalismus als „eine Denkweise und ein[en] Glaubenszusammenhang der westlichen

50 Steyerl, Hito/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion: Einleitung, In: Steyerl, Hito/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Münster, Unrast Verlag, 2012, S. 9f.

51 Said, Edward W.: Orientalism, [Erstveröffentlichung 1978], London, Penguin Books, 2003, S. 1-2.

Moderne“⁵².

Said verbindet in seiner Studie den Diskursbegriff von Foucault mit dem Konzept der Hegemonie des italienischen marxistischen Philosophen Antonio Gramsci. In seinen Arbeiten unterscheidet Gramsci zwischen Hegemonie und Herrschaft. Herrschaft könne sich auf Hegemonie stützen, würde so stabil und ginge damit über eine auf Gewalt basierende Dominanz einer Gruppe hinaus. Nach Friedericke Habermann stützt sich Hegemonie bei Gramsci auf einen Konsens zwischen einer Elite und der gesellschaftlichen Masse. Dieser Konsens wird dabei nicht zwischen gleichberechtigten Parteien ausgehandelt. Vielmehr muss es der führenden Schicht gelingen, einer möglichst breiten Schicht der Nicht-Führenden ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Dieses Gefühl wird über die Konstruktion von Gemeinsamkeiten und über die Abgrenzung zum scheinbar „Anderen“ hergestellt. Dies erfolge durch „Erziehung und kulturelle Praxen“⁵³. Der dominanten Gruppe bleibt es vorbehalten, den vorherrschenden Diskurs zu bestimmen. Somit konstruiert die Elite ihre soziale Wirklichkeit ständig aufs Neue und legitimiert sich dadurch selbst. Durch diesen Prozess verfestigt sich Hegemonie in den Wissensbeständen der Gesellschaft. Auch Gruppen, die im Gegensatz zur hegemonialen Ideologie stehen, müssten sich dem Diskurs unterwerfen.

⁵⁴ Wer sich außerhalb der diskursiven Regeln befindet, wird von der Gesellschaft nicht gehört. In der Interpretation von Encarnacion Gutierrez Rodriguez: „Ohne den Ausschluss, die Stigmatisierung und die Marginalisierung der Subalternen aus dem Feld des Diskursiven, des Performativen und des Intelligiblen wäre das Hegemonieprojekt einer herrschenden Gruppe nicht realisierbar.“⁵⁵

Orientalismus umfasse verschiedenste Repräsentationstechniken, die vom Westen eingesetzt würden, um den Orient als das „Andere“ festzuschreiben. Diese Zuschreibungen würden auf institutionellen, sprachlichen, darstellenden und wissenschaftlichen Ebenen stattfinden und den Orient als Gegenstück zu Europa festmachen. Die Abgrenzungen würden dabei über festgesetzte Dualismen geschehen, wie etwa feminin/maskulin, primitiv/entwickelt oder eben Orient/Okzident. Diese sind jedoch keine naturgegebenen Einheiten, sondern von Menschen gemacht: „Therefore as much as the West itself, the Orient is an idea that has a history and a

52 Gutierrez Rodriguez, Encarnacion: Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik. In: Steyerl, Hito/ Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Münster, Unrast Verlag, 2012, S. 23.

53 Castro Varela/ Dhawan: Postkoloniale Theorie. S. 35.

54 Vgl. Habermann, Friederike: Mehrwert, Fetischismus, Hegemonie. Karl Marx' >>Kapital<< und Antonio Gramscis >>Gefängnishefte<<, In: Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra: Schlüsselbegriffe der Postcolonial Studies, Wiesbaden, Springer VS, 2012, S. 22.

55 Gutierrez Rodriguez: Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik, S.31.

tradition of thought, imagery, and vocabulary that have given it reality and presence in and for the West.“⁵⁶

Der Orient wurde dabei allerdings als homogenes Gebilde dargestellt, indem unterschiedliche Sprachen, Kulturen und Traditionen zu Stereotypen vereinheitlicht wurden. Dieser Prozess kann bis ins 19. Jahrhundert zurückgeführt werden, als westliche WissenschaftlerInnen begannen, „orientalische“ Schriften ins Englische zu übersetzen. Damit begann eine Geschichte, in der der Orient nicht entdeckt, sondern vom „Westen“ orientalisiert wurde. Über die Beschreibung des Orients als das minderwertige „Anderere“ wurden koloniale Gewaltakte gegenüber dem Orient legitimiert, die seither auf die soziale Wirklichkeit der Menschen im Orient wirken. Saids Kritik richtet sich demnach gegen koloniale Praktiken, die aus dieser Orientalisierung hervorgegangen sind und bis heute andauern. Die komplette Zivilisationsgeschichte des Westens und insbesondere die „Errungenschaften der Moderne“ würden nach Said auf die konstruierte ontologische und epistemologische Überlegenheit gegenüber dem Orient zurückzuführen sein.⁵⁷

Saids Kritik reicht in der heutigen Rezeption über die Konstruktion des „Orient“ hinaus und kann als Erklärungsmodell verschiedener Fremdzuschreibungsprozesse in Postkolonialen Gesellschaften dienen. So wird nachvollziehbar, wie über lange wiederholte, diskursive Beschreibungen des „Anderen“ Gewalt- und Machtausübungen an diesen vermeintlich „Anderen“ ermöglicht werden.

Zum Zweck der Analyse des diskursiven Umgangs mit „Flüchtlingen“ im aktuellen österreichischen Kontext erweist sich das Konzept der „Orientalisierung“ als durchaus hilfreich. Auch in diesem Zusammenhang kann ein Versuch der Eigendefinition über die Abgrenzung vom „Anderen“ erkannt werden. Auf Grund der ständig wiederholten Zuschreibungen wird es erst möglich, bestimmte diskriminierende Praktiken mit dem Einverständnis der breiten Bevölkerung umzusetzen.

3.2.2 Spivaks Überlegungen zu Subalternität

Wie Said beruft sich die aus Kalkutta stammende Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak in ihrer wohl bekanntesten Arbeit „Can the subaltern speak?“ auf einen Begriff, der ursprünglich bei dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci zu finden war. Subalterne seien jene Menschen, die nicht zur hegemonialen Schicht einer Gesellschaft gehören, kein

56 Said: Orientalism, S. 5.

57 Vgl. ebenda. S.23, und Castro Varela/Dhawan: Postkoloniale Theorie. S. 32-36.

Zusammengehörigkeitsgefühl hätten und sich daher auch nicht politisch organisieren könnten. Allerdings würden sie in sich bereits das Potenzial zur Revolution tragen.⁵⁸ Eine Gruppe von HistorikerInnen, die *South Asian Subaltern Studies Group* hat dieses Konzept in den 1980er Jahren aufgegriffen und versucht, eine Geschichte der Subalternen in Indien zu schreiben. Spivak bezweifelt nun aber, dass ein solches Projekt überhaupt möglich sei. Vielmehr würde die *South Asian Subaltern Studies Group* zur Reproduktion hegemonialer Wissensbestände beitragen, da die HistorikerInnen sich in einen bereits bestehenden, westlich geprägten Wissenschaftskanon einordnen würden. In einer kritischen Auseinandersetzung mit Foucault bezweifelt Spivak, dass überhaupt eine Geschichte der Subalternen geschrieben werden könne, da diese aus dem hegemonialen Diskurs ausgeschlossen sind, ihnen daher die sprachlichen Instrumente zur Selbstdarstellung fehlen. Am Beispiel der indigenen indischen Frauen und dem Akt der Witwenverbrennung macht Spivak deutlich, dass diese Frauen im doppelten Sinne zum Schweigen gebracht werden. Und zwar sowohl durch das koloniale als auch das einheimische Patriarchat. Dabei betont Spivak, sie wolle der Subalternen nicht die Möglichkeit des Sprechens, bzw. ihre Handlungsmacht nehmen, sondern ausdrücken, dass die Subalterne nicht gehört werde in einem kolonial strukturierten System der Diskurse. Somit könne ein Auflehnen gegen die Subalternität nicht innerhalb dieser diskursiven Regeln stattfinden.⁵⁹

„[S]ubaltern insurgency [...] is an effort to involve oneself in representation, not according to the lines laid down by the official institutional structures of representation. Most often it does not catch. That is the moment that I am calling 'not speaking' [...].⁶⁰

„Subalterner Aufstand“ bedeutet also für Spivak, sich nicht vorgegebenen Regeln der Diskurse zu unterwerfen, sondern selbstbestimmt aufzutreten. Ein solches Gebaren der Subalternen würde jedoch von der Mehrheitsgesellschaft meist ignoriert und nicht „gehört“ werden – eine Situation für die Subalternen, die Spivak als „not speaking“ bezeichnet. Um neue Narrative zu finden, die die Subalternen nicht länger zum Schweigen zwingen würden, müsse man erst alte aufzeigen und hinterfragen. Am Beginn eines solchen Vorhabens steht daher die Dekonstruktion bestehender Strukturen. Wie es Spivak selbst in einem

58 Vgl. Castro Varela/ Dhawan: Postkoloniale Theorie. S. 69.

59 Vgl. Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak?, in: Ashcroft, Bill (Hrsg.): The post-colonial studies reader, London, Routledge, 1997, S. 28ff. und vgl. Castro Varela/ Dhawan: Postkoloniale Theorie, S. 68ff.

60 Spivak, Gayatri Chakravorty: Subaltern Talk. Interview with the editors (1993). In: Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hrsg.): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak, London, Routledge, 1996, S. 306.

Interview ausgedrückt hat:

„Deconstruction does not say there is no subject, there is no truth, there is no history. It simply questions the privileging of identity so that someone is believed to have the truth. It is not the exposure of error. It is constantly and persistently looking into how truths are produced. That's why deconstruction doesn't say logocentrism is a pathology, or metaphysical enclosures are something you can escape. Deconstruction, if one wants a formula, is among other things, a persistent critique of what one cannot not want. And in that sense, yes, it's right there at the beginning.“⁶¹

Eine Dekonstruktion sozialer Verhältnisse würde also nicht zur Folge haben, dass es keine zulässigen Wahrheiten mehr gibt. Vielmehr sei die Dekonstruktion die notwendige Hinterfragung davon, warum etwas als wahr angesehen wird. In diesem Sinne schließt sich der Kreis und bringt uns wieder zu Foucault, der ebenfalls danach fragt, was in einer Gesellschaft überhaupt gesagt werden kann und wer darüber bestimmt. Spivaks Antwort darauf wäre, dass es der imperiale Westen und das Patriarchat sind, die bestimmen, was gesagt werden kann, und die so die Subalternen zum Schweigen bringen.

In der Rezeption Spivaks haben AutorInnen versucht, Verbindungen zwischen Spivaks Ausführungen zu Subalternität und dem Kontext moderner Migrationsprozesse herzustellen. So hält Gutierrez Rodriguez fest:

„Die Markierung von Marginalität erschafft die Position des Zentrums. Durch diese Markierung imaginiert und konstituiert sich das Zentrum als Produzent der Wahrheit und der Wirklichkeit. Von diesem Zentrum aus werden dann Positionen der Marginalität und Subalternität *angerufen* und bereit gestellt [sic!]. Dabei spielen die staatlichen und gesellschaftlichen Techniken des *Othering*, zum Beispiel in Form von Ausländer- und Asylgesetzen, aber auch der Ethnisierung, im Diskurs um Multi/Interkulturalität eine entscheidende Rolle bei der Setzung subalternen Praktiken und Stimmen.“⁶²

Die Subalternen würden vom Zentrum also *angerufen* und somit erst benannt und subjektiviert werden. Ein Prozess, der es dem Zentrum erlaubt, sich zu positionieren und sich

61 Spivak, Gayatri C.: Bonding in Difference. 1993/94 Interview with Alfred Artega in Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hrsg.): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak, London, Routledge, 1996, S. 27.

62 Gutierrez Rodriguez: Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik., S.31.

in Abgrenzung zu den *Angerufenen* selbst zu bestimmen. Im Umgang mit Flüchtlingen erfolgt dieser Prozess etwa formal über Gesetze, die diese Menschen als „anders“ kategorisieren, oder im alltäglichen Sprachgebrauch, der Flüchtlinge erst als Subalterne festmacht. Der Fokus auf die Andersartigkeit der Flüchtlinge nimmt ihnen die Möglichkeit, Teil der Gesellschaft zu sein; da sie von den Diskursen ausgeschlossen werden, können sie nicht gehört werden.

In meinem Forschungsprojekt versuche ich, im Sinne der Postkolonialen Theorie, nicht selbst in die Falle zu tappen, zu glauben, ich könne für die Gruppe der Geflüchteten sprechen, bzw. deren Anliegen vertreten. Ein solches Vorhaben würde sich gegen mein Verständnis der Postkolonialen Theorie wenden, da es erneut neo-kolonialen Strukturen folgen würde. Außerdem scheint mir hinreichend widerlegt, dass Flüchtlinge eine/n FürsprecherIn brauchen. Vielmehr müssen die institutionellen Rahmenbedingungen dahingehend verändert werden, den Flüchtlingen ihre Handlungsmacht zuzugestehen und Wege zu finden, die Mehrheitsgesellschaft zum Zuhören zu bewegen. Und hier hoffe ich einen Anknüpfungspunkt für meine Forschung gefunden zu haben. Indem ich nicht versuche, die Seite der „Unterdrückten“ einzunehmen, sondern aus einer kritischen Innenperspektive heraus diskriminierende Strukturen im aktuellen Flüchtlingsdiskurs aufzuweisen.

4 Methode: Historische Diskursanalyse nach Achim Landwehr

Nachdem die theoretischen Grundlagen, auf die die vorliegende Arbeit aufbaut, dargelegt wurden, wird im kommenden Teil versucht, die gewählte Methode zu begründen und mit der Theorie zu verknüpfen. Der Wahl der Methode der historischen Diskursanalyse liegt die Annahme zu Grunde, dass Wirklichkeit sprachlich vermittelt wird, bzw. die Wirklichkeit erst durch Sprache konstruiert wird. Diese Annahme ist stark mit der Sprachphilosophie Ludwig Wittgensteins verbunden, der von einer allumfassenden sprachlichen Konstruiertheit der Wirklichkeit ausgeht und von dem das berühmte Zitat stammt: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.“⁶³ Damit macht Wittgenstein deutlich, dass die Menschen nicht in der Lage sind, über ihr sprachliches Vermögen hinaus zu denken. Wofür wir keine Worte/Zeichen haben, existiert in unserer Wahrnehmung nicht. Wie bereits in der Auseinandersetzung mit dem Diskursbegriff bei Foucault ersichtlich wurde, sind der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit des Menschen Grenzen gesetzt. Auf Grund komplexer sozialer Ordnungen gibt es nur eine begrenzte Anzahl von Aussagen, die zu einer gewissen Zeit, an einem gewissen Ort gemacht werden können. Die historische Diskursanalyse hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Grenzen der Sprache auszumachen, oder wie Achim Landwehr es ausdrückt, „Hinweise auf die Geschichte des Sagbaren“⁶⁴ zu geben.

Peter Haslinger unterstreicht die Bedeutung der historischen Diskursanalyse in seinem „Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte“:

„'Diskursgeschichte' kann als Methode zur Analyse von Machtverhältnissen, Gesetzmäßigkeiten und Abhängigkeiten bezeichnet werden, die in personenübergreifenden Rede- und Textsystemen zum Ausdruck kommen. Sie verdeutlicht, wie Kommunikation zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort, in einem bestimmten sozialen System strukturiert war und welche Denk- und Handlungspositionen für Einzelne und Gruppen damit verknüpft waren. Sie legt jene argumentativen Zwänge und Gestaltungsmöglichkeiten offen, die sich für Individuen aus der Teilhabe an Diskursen ergeben. Sie verdeutlicht auch, wie Aussagen und Deutungen im Lauf des Kommunikationsprozesses autorisiert, hierarchisiert oder marginalisiert und dadurch Machtverhältnisse generiert, stabilisiert oder bekämpft werden.“⁶⁵

63 Wittgenstein, Ludwig: Tractatus logico-philosophicus, 5.6. auf: <http://tractatus-online.appspot.com/Tractatus/jonathan/D.html> (Zugriff: 18.11.2014).

64 Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 22.

65 Haslinger, Peter: Diskurs, Sprache, Zeit, Identität. Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte, In: Eder,

Für Landwehr gehört „[D]ie Hinterfragung des Selbstverständlichen“⁶⁶ zu einer wichtigen Aufgabe der Wissenschaft. Dafür sei die Diskursanalyse eine der geeignetsten bekannten Methoden. In seiner „Einführung zur historischen Diskursanalyse“ kommt jedoch auch Landwehr nicht umhin, den vielen kursierenden Definitionen von Diskurs Beachtung zu schenken. Durchaus kritisch hinterfragt er den zum Teil inflationären Gebrauch des Wortes.⁶⁷ Schließlich beschreibt er drei der am weitesten verbreiteten Diskursbegriffe: im Sinne der Linguistik, bei Jürgen Habermas und bei Michel Foucault. Die hier zu erstellende Analyse wird sich allerdings hauptsächlich auf den Diskursbegriff (die Diskursbegriffe) von Foucault stützen (wie bereits im Theorieteil weitgehend hergeleitet), da dieser in geschichtswissenschaftlichen Diskussionen auch am gebräuchlichsten ist.

Ausgehend vom Foucaultschen Diskursbegriff leitet Landwehr seine eigenen Definitionen für die Verwendung der historischen Diskursanalyse ab. Ein Diskurs sei demnach:

„durch die Frage charakterisiert, welche Aussagen zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort auftauchen. Davon ausgehend, daß dieses Erscheinen bestimmter Aussagen kein Zufall ist, läßt sich das vordringliche Interesse mit der Frage fassen, warum ausgerechnet diese Aussagen und keine anderen (grammatikalisch möglichen) auftreten.“⁶⁸

Der Diskursanalyse zu Grunde liegt die Annahme, dass sich viele dieser Aussagen symbolhaft in sprachlicher Form äußern (wenn auch nicht ausschließlich). Wo diese Aussagen systematisch gehäuft zu einem Thema auftreten, bilden sie einen Diskurs. Die Formierung dieses Diskurses ist ein gesellschaftliches Produkt und folgt bestimmten gesellschaftlichen Regeln. Landwehr betont diese gesellschaftliche Einbettung und weist auf den starken Zusammenhang zwischen Text und Kontext hin.⁶⁹

„Wir können mit Wittgenstein und Foucault festhalten, daß wir uns innerhalb vorgegebener Regeln und Sprachspiele bewegen, daß zu einer bestimmten Zeit nicht alles gesagt werden kann, daß wir uns innerhalb von Diskursen bewegen, die unser

Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 27.

66 Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 14.

67 Vgl. auch Haslinger: Diskurs, Sprache, Zeit, Identität, S.28 oder Keller: Wissen oder Sprache?, S.51. In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

68 Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 98.

69 Vgl. ebenda, S. 98.

Denken, Sprechen und Handeln bestimmen.⁷⁰

Während die Sprachwissenschaft bereits in den 1980er Jahren mit Foucaults Konzept der Diskurse arbeitete, blieb dasselbe aus der Geschichtswissenschaft zunächst ausgeschlossen. Erst Mitte der 1990er Jahre erfolgte ein diesbezüglicher Wandel und rückte Foucaults Methoden in das Interesse der HistorikerInnen. Hier seien es vor allem junge WissenschaftlerInnen gewesen, die mit einem veränderten Forschungsinteresse an historische Dokumente herangegangen seien. Wie Arne Klawitter festhält, sei zu diesem Zeitpunkt das Bestreben gewachsen, den Nutzen von Geschichte für die Gegenwart in den Blickpunkt zu rücken.⁷¹

„Die Geschichte des Wissens basiert für Foucault nicht auf einer Annäherung an eine gegebene Realität, sondern auf einer Abfolge verschiedener Regelsysteme der Wissensproduktion. Die Frage ist dabei, wie Aussagen beschaffen sein müssen, um zu einer gegebenen Zeit in einer Kultur als wahres Wissen anerkannt zu werden. Der Wissensarchäologie geht es um das Aufdecken der dem Wissen und den Erfahrungen zugrunde liegenden Ordnungsschemata, die allerdings nicht als eine universelle Ordnung zu verstehen sind, sondern als zeitlich und regional begrenzt und existent nur innerhalb einer kulturellen, diskursiven Praxis.“⁷²

In den bisherigen Ausführungen wurde stets von einer historischen Diskursanalyse ausgegangen und somit über die Analyse historischer Texte (ob schriftlich oder mündlich) gesprochen. Nun ist der ausgewählte und zu untersuchende Quellenkorpus keiner weit zurückreichenden Vergangenheit entnommen. Vielmehr wurde durch die zeitliche Beschränkung bei der Auswahl der Quellen versucht, ein möglichst aktuelles Bild des Diskurses wiederzugeben.

Diese Vorgehensweise ergab sich aus folgenden Überlegungen: Wie Siegfried Jäger in einem Artikel über die „Diskursive Vergegenkunft“ beschreibt, versuche ich mich an einer „Verbindung historischer und gegenwarts- sowie zukunftsbezogener Analysen“.⁷³ Aus einem kritisch-emanzipatorischen Zugang heraus, liegt es mir nahe, aktuelle gesellschaftliche Missstände aufzuweisen (von denen ich annehme, sie in der Diskursanalyse zu finden). Warum also dennoch die Unterstreichung des *Historischen* an der Diskursanalyse? Damit

70 Ebenda, S. 99.

71 Vgl. Klawitter: Die Kategorie des Neuen, S. 151.

72 Ebenda, S. 153.

73 Jäger, Siegfried: Diskursive Vergegenkunft. Rassismus und Antisemitismus als Effekte von aktuellen und historischen Diskursverschränkungen, In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 239.

möchte ich (auch unter Bezug zur Postkolonialen Theorie) auf die historische Einbettung des Diskurses fokussieren. Indem ich aktuellen Quellen einen historischen Charakter zuschreibe, hoffe ich, andere Perspektiven einnehmen zu können, als es mir durch die Analyse rein zeitgenössischer Dokumente möglich wäre.

„Vor dem Hintergrund diskurstheoretischer Konzepte in der Tradition Michel Foucaults könnte sich die Geschichtsforschung ein vergegenkünftiges Profil erarbeiten, also ein Profil, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Zusammenhang denkt, das Brüche und Versiegen, Kontingenzen und Kontinuitäten, Stabilitäten und Labilitäten aufzeigt.“⁷⁴

Wie kann eine konkrete Analyse der ausgewählten Quellen nun aussehen? Soweit es möglich und sinnvoll ist, halte ich mich an die vorgeschlagene Vorgehensweise von Achim Landwehr.⁷⁵ Dabei versucht er eine Kombination aus sprach- und geschichtswissenschaftlichen Vorgehensweisen nachzuzeichnen, die eine handhabbare Analyse historischer Texte zulässt. Die linguistische Methodik bleibt dabei auf einer eher geringen Komplexitätsstufe. Das nachfolgende Schema gibt einen Überblick über das methodische Vorgehen einer historischen Diskursanalyse nach Achim Landwehr.

- I. Korpusbildung
- II. Kontextanalyse
 - A. Situativer Kontext
 - B. Medialer Kontext
 - C. Institutioneller Kontext
 - D. Historischer Kontext
- III. Analyse der Aussagen
 - A. Makrostruktur des Textes
 - 1. Makroanalyse einzelner Texte
 - 2. Makroanalyse einer diachronen Stichprobe von Texten, um Merkmale des Diskurses zu bestimmen
 - B. Mikrostruktur des Textes
 - 1. Textebene
 - 2. Satzebene
 - 3. Wortebene
 - 4. Lexikalische Ebene
 - 5. Parasprachliche Ebene
 - 6. Visuelle Ebene
- IV. Diskursanalyse⁷⁶

Der weitere Verlauf der Arbeit wird sich grob nach dieser Struktur richten. Zunächst werden

74 Ebenda, S. 250.

75 Vgl. Landwehr: Geschichte des Sagbaren. S. 103-134.

76 Ebenda, S. 134.

verschiedene Kontextebenen beleuchtet, die zum Verständnis des Diskurses beitragen. Diese würden nach der Einteilung Landwehrs unter die Analyse des situativen, medialen, institutionellen und historischen Kontextes fallen. So wird ein historischer Abriss über Österreich als Zielland von Fluchtmigration gegeben, das föderalistische Machtgefüge dargestellt, das in Österreich hohen Einfluss auf die Asylpolitik hat, und das PR Instrument der Presseaussendung erklärt, da die untersuchten Quellen eine solche Form aufweisen. Ein engerer historischer Kontext wird allerdings erst zeitgleich mit der Mikroanalyse der Texte erfolgen.

5 Kontexte des Flüchtlingsdiskurses

Zur Einleitung der nachfolgenden Feinanalyse des Flüchtlingsdiskurses im Sommer 2014 in Österreich werden an dieser Stelle verschiedene Kontextebenen eingeführt, die für das Verständnis des Diskurses wichtig erscheinen. Als erster Kontext wird die Geschichte Österreichs als Zielland von Fluchtbewegungen in der Zweiten Republik nachgezeichnet und die besondere Rolle von Flüchtlingshilfsorganisationen gezeigt. Außerdem soll ein Blick über den Tellerrand gegeben werden und internationalen Trends von Flüchtlingsbewegungen nachgespürt werden.

Diese Kontextebene scheint in Bezug zur dargestellten Theorie des Postkolonialismus und den angestellten Überlegungen zum Wesen der Diskurse besonders relevant. Sie erlaubt, die Ereignisse des vergangenen Sommers in einem größeren Zusammenhang zu begreifen und im historischen Verlauf in Relation zu vergangenen Phasen zu sehen. Gerade im hier untersuchten Diskurs wird häufig versucht, den historischen Kontext (wie auch internationale Entwicklungen) auszuklammern. Die Form der vorliegenden Arbeit erlaubt jedoch nur einen sehr begrenzten Ausschnitt der Geschichte nachzuzeichnen. So wurde der Fokus auf Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Eine noch breitere (in räumlicher und zeitlicher Perspektive) historische Einbettung wäre allerdings wünschenswert gewesen.

5.1 Geschichte Österreichs als Zielland von Fluchtbewegungen in der Zweiten Republik

Die Zweite Republik begann mit der „wahrscheinlich größten Wanderungsbewegung der österreichischen Geschichte“.⁷⁷ Der Zweite Weltkrieg hatte Zwangswanderungen eines bis dahin unbekanntes Ausmaßes verursacht. Daher wird diese Zwangswanderung an den Beginn der Migrationsgeschichte der Zweiten Republik gestellt. In einem Artikel über den politischen Flüchtling der Zweiten Republik zeichnet Patrik Volf drei Phasen der österreichischen Flüchtlings- und Asylpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg nach. Demnach wurden Asylwerbende im Laufe der Zeit, anhand unterschiedlicher Auswahlkriterien, als Flüchtlinge anerkannt:

⁷⁷ Weigl: Migration und Integration. S. 23.

1. Auswahl der Weltkriegsflüchtlinge nach ethnischen Kriterien
2. Auswahl nach politisch-ideologischen Kriterien im Zuge der Systemkonfrontation während des Kalten Krieges
3. Auswahl von Flüchtlingen aus bestimmten Krisengebieten [...] „territoriale Selektivität“⁷⁸

Im Folgenden soll der Geschichte der österreichischen Flüchtlingspolitik anhand dieser Phasen nachgegangen werden.

5.1.1 Weltkriegsflüchtlinge

Direkt an den Zweiten Weltkrieg anschließend, war Österreich als ehemaliger Teil des Dritten Reichs mit verschiedenen Gruppen von Kriegsflüchtlingen konfrontiert:

„So kamen zu den bereits in den Kriegsjahren gewaltsam nach Österreich verschleppten Häftlingen der Konzentrationslager sowie Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in den letzten Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren Kriegsflüchtlinge, im Sog der sich zurückziehenden deutschen Armee Angehörige der mit Deutschland verbündeten Einheiten (kroatische Ustascha-Einheiten, Rumänen, Ungarn, Ukrainer), Angehörige der deutschsprachigen Minderheiten aus der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, sowie geflüchtete Befreite der Konzentrationslager aus Polen.“⁷⁹

Insgesamt schätzt Volf die Zahl der Weltkriegsflüchtlinge auf 1,6 Millionen Menschen, die in Österreich grob zwei Gruppen untergeordnet wurden: und zwar je nach ethnischer Zugehörigkeit in DPs (Displaced Persons) bzw. „fremdsprachige Flüchtlinge“ oder Volksdeutsche. Angehörige der zweiten Gruppe waren zunächst von unterstützenden Mitteln der Alliierten ausgeschlossen. Erst als im November 1951 ein UNHCR Mandat in Österreich eingerichtet wurde, wurde deutschsprachigen Flüchtlingen der Zugang zu internationalen Hilfsgeldern ermöglicht. Zwar unterstanden die unterschiedlichen Hilfseinrichtungen für Flüchtlinge den Alliierten Mächten, dennoch wurden die Kosten für den Unterhalt und die Betreuung der Flüchtlinge zum Großteil vom Staat Österreich übernommen. Ein Großteil der DPs wurde kurz nach Ende des Krieges in ihre Herkunftsländer zurückgeführt oder kehrte freiwillig dorthin zurück. Dennoch wurden die wenigen zurückgebliebenen fremdsprachigen

78 Volf, Patrik: Der Politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945, Zeitgeschichte, Heft 11-12/1995, S. 7f, online unter: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/volf.pdf> (Zugriff: 21.11.2014)

79 Ebenda, S. 8. (Zugriff: 21.11.2014)

Flüchtlinge Volf zufolge als politisches Problem und große Belastung für die österreichische Bevölkerung angesehen. Vor allem nach dem Abzug der Alliierten wurde diese Gruppe in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Den Volksdeutschen wiederum gelang es relativ schnell, sich zu organisieren und politische Repräsentation ihrer Interessen zu finden. 1954 wurde ihnen der generelle Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft gewährt, während DPs einen individuellen Antrag auf Einbürgerung stellen mussten, welcher mit einem großen finanziellen und bürokratischen Aufwand verbunden war. Zusätzlich wurden sie weitgehend vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Diese Behinderungen von DPs standen in den Nachkriegsjahren im starken Widerspruch zu der (vom offiziellen Österreich) angestrebten Gleichstellung von Volksdeutschen.⁸⁰

Schon in dieser ersten Phase der Migrationspolitik in der Zweiten Republik wird also eine Trennung zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen gezogen. Die ethnische Zugehörigkeit spielte bereits zu diesem Zeitpunkt eine beachtliche Rolle und entschied über die Behandlung der geflüchteten Menschen.

5.1.2 Kalter Krieg

Anders als die so genannten Displaced Persons wurden in den Nachkriegsjahren Flüchtlinge aus den kommunistischen Staaten Europas mit großer Solidarität empfangen. Bereits Anfang der 1950er Jahre bekannte sich Österreich zur Aufnahme und Gewährung von politischem Asyl. Dies galt nicht nur für prominente Persönlichkeiten und antikommunistische AktivistInnen, sondern wurde beinahe jeder Person zugestanden, die wirtschaftliche Nachteile aus dem kommunistischen System zu erdulden hatte. Dieser Grundsatz schloss 1950 alle kommunistischen Staaten Osteuropas mit Ausnahme Jugoslawiens ein. Für jugoslawische Flüchtlinge setzte sich schon bald darauf der Begriff der „Wirtschaftsflüchtlinge“ durch. Einschränkungen der generellen Aufnahmepraxis gab es bis 1955 auch durch die sowjetische Besatzungstruppen in Österreich, die die Rückstellung der Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer forderten.⁸¹

Generell etablierte sich Österreich in dieser Zeit jedoch als Transitsyland und galt aufgrund der geopolitischen Lage als „Tor zum Westen“. Besonders nach dem Abzug der alliierten Mächte wurde diese Positionierung deutlich.⁸² Beispiellos blieb jedoch die Abweisungspolitik gegenüber jugoslawischen Flüchtlingen bis in die späten 1950er Jahre:

80 Vgl. ebenda S. 8-14. (Zugriff: 21.11.2014)

81 Volf: Der politische Flüchtling, S. 15-21.

82 Weigl: Migration und Integration, S. 31.

„Wurden Menschen aus den kommunistisch regierten Staaten bereits durch den Umstand der Überquerung der Grenze an sich als politische Flüchtlinge begriffen, auch wenn sie keine unmittelbare subjektive Verfolgung - wie im Art.1 der Genfer Konvention ursprünglich vorgesehen - nachweisen konnten, so wurde für jugoslawische Staatsbürger diese weite Auslegung streng eingeschränkt. Sie konnten ihre Flucht nicht allein durch den Akt selbst erreichen, sondern mußten explizit auf den Umstand der "politischen Verfolgung" hinweisen.“⁸³

Von der Anerkennung von „de-facto“ Flüchtlingen (vorübergehendes Aufenthaltsrecht) wurde zur Zeit des Kalten Krieges verbreitet Gebrauch gemacht. Wie Volf aufzeigt, war auch der Grundsatz „in dubito pro humanitate“ sehr gebräuchlich. So wurden auch Menschen aufgenommen, deren künstlerische Freiheit eingeschränkt wurde, die wirtschaftliche Benachteiligungen in erheblichen Maß erdulden mussten, oder die in ihrem Herkunftsland von einem Hochschulstudium ausgeschlossen wurden. Einen Höhepunkt der Aufnahmebereitschaft Österreichs stellte die kollektive Asylbescheinigung für Flüchtlinge während des Ungarnaufstandes 1956 und nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 dar.⁸⁴

1956/57 waren es rund 180.000 Ungarn und Ungarinnen, die in Österreich Asylanträge stellten; 1968/69 kamen ca. 120.000 TschechInnen und SlowakInnen hinzu. Ein Großteil verließ das Land aber innerhalb weniger Jahre wieder.⁸⁵ Die Umstände des Kalten Krieges ließen nämlich generell viele Möglichkeiten für die Weiterwanderung von Flüchtlingen offen. Viele westliche Staaten waren bereit, AsylwerberInnen aus Ländern wie Österreich aufzunehmen. Im Zuge des Volksaufstandes in Ungarn 1956 und der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 lieferten sich die westlichen Staaten einen regelrechten Wettkampf um diese Flüchtlinge. So ist in den Jahren 1969 bis 1985 etwa die Hälfte aller Flüchtlinge, die in Österreich um Asyl ansuchten, in andere Staaten weitergewandert. Auf dieser Grundlage war es für Österreich leicht, sich als flüchtlingsfreundliches Land zu positionieren. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Kontinenten beschränkte sich hingegen lange Zeit auf die Übernahme von kleinen, mit dem UNHCR vereinbarten Kontingenten.⁸⁶

83 Volf: Der politische Flüchtling, S.18.

84 Vgl. ebenda, S.20.

85 Vgl. Fassmann, Heinz/Münz, Rainer: Österreich – Einwanderungsland wider Willen, In: Fassmann, Heinz (Hrsg): Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen, Frankfurt am Main, Campus Verlag, 1996, S. 212.

86 Vgl. Volf: Der politische Flüchtling, S. 20-22.

In den Worten Patrik Volfs:

„Die Selbstdarstellung als Asylland und die kollektive Bezeichnung der Menschen aus dem Osten als Flüchtlinge und nicht als Einwanderer stellte sich somit als prägend für die österreichische internationale Position in der Nachkriegszeit dar.“⁸⁷

5.1.3 Restriktionen der 1980er und 1990er Jahre

Wie Andreas Weigl beschreibt, trat mit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine Zäsur in der österreichischen Flüchtlingspolitik ein. Österreich wurde vom Transit- zum Einwanderungsland – und damit auch zu einem Beispiel restriktiver Asylpolitik.⁸⁸

Mit Ende des Kalten Krieges und begleitend zum Zerfall der Sowjetunion wurden Grenzhindernisse zwischen Ost und West sukzessive abgebaut. Seit Beginn 1988 stieg die Zahl der Flüchtlinge, die langfristig in Österreich bleiben wollten, bzw. mussten, da es keine Weiterreisemöglichkeiten mehr gab. Als Folge kam es zu einer Vielzahl an Restriktionen, die seither das österreichische Asylrecht prägen. Vor allem der Umgang mit Flüchtlingen während der Revolution in Rumänien im Winter 1989 wurde zum Zeichen eines neuen Zeitalters des österreichischen Flüchtlingswesens. Werner Bauer spricht gar von einer Demontage des Asylrechts⁸⁹. Einige Eckpunkte dieser Demontage waren ein beschleunigtes Asylverfahren zur „Verhinderung von Asylmissbrauch“, umfangreiche Visa-Pflichten und Erleichterung der Abschiebung. In den 1990er Jahren folgten die Einführung der „Drittlandsklausel“ und eine Restriktion bei der Vergabe von vorläufigen Aufenthaltstiteln. Begleitet wurden diese Entwicklungen von einem immer harscher werdenden politischen Diskurs, wie es etwa die „Ausländerdebatte“ im Nationalratswahlkampf 1990 zeigte, und einer zunehmenden Verschmelzung der Asylpolitik mit Fragen allgemeiner Zuwanderung und Migration. Zu dieser Zeit wurde auch die Grenzraumüberwachung im Burgenland durch das österreichische Bundesheer beschlossen. Dennoch kam mit dem Zerfall Jugoslawiens eine neue Fluchtbewegung auf Österreich zu. Zwischen 1992 und 1995 erhielten etwa 90.000 Personen den Status eines De facto-Flüchtlings und somit vorübergehendes Aufenthaltsrecht in Österreich. Ab 1999 suchten als Folge des Kosovokrieges viele KosovarInnen in Österreich Schutz. Seit den 2000er Jahren schließlich suchten vermehrt Flüchtlinge aus

87 Ebenda, S. 22.

88 Weigl: Migration und Integration, S. 34.

89 Bauer, Werner T.: Zuwanderung nach Österreich. Wien, ÖGPP, 2008, S. 6, online unter: <http://opus.kobv.de/zb/volltexte/2008/6401/pdf/zuwanderungnaehoesterreich.pdf>, (Zugriff: 5.12.2014).

nichteuropäischen Ländern um Asyl an. Menschen aus Afghanistan, Iran und Indien waren im Jahr 2000 an der Spitze der Antragsstellenden.⁹⁰ Nach einem Hoch bei den Asylanträgen in Folge des Kosovokrieges gingen die Zahlen ein wenig zurück, bis im Jahr 2002 eine neue Spitze folgte. Damals wurden fast 40.000 Asylanträge gestellt. Nach 2005 gingen die Zahlen jedoch deutlich zurück.⁹¹

Patrick Volf fasst die Restriktionen im Asylrecht seit den 1990er Jahren zusammen: „Asyl- und Flüchtlingspolitik wird als Teil des Gesamtkonzeptes „Migrationswesen“ begriffen und unterliegt somit dem Leitmotiv der Minimierung von Migranten.“⁹² Diese Verwischung auf ein Gesamtkonzept „Migration“ ist bis heute im politischen Diskurs anzutreffen.⁹³

5. 2 Rolle der Flüchtlingshilfsorganisationen

Neben den verschiedenen politischen AkteurInnen sind es im Bereich des Asyl- und Fluchtwesens vor allem NGOs, die sich in Österreich mit dem Thema auseinandersetzen und an der öffentlichen Diskussion beteiligt sind. Da viele dieser offiziellen „Nichtregierungsorganisationen“ eng mit politischen EntscheidungsträgerInnen zusammenarbeiten und zum Teil auch über öffentliche Mittel finanziert werden, wird im Folgenden der Begriff der „Flüchtlingshilfsorganisation“ für sie gebraucht. In Österreich sind es im Bereich der Flüchtlingshilfe vor allem kirchennahe Organisationen, die sich für die Betreuung geflüchteter Menschen einsetzen. Langthaler und Trauner halten fest, dass eine von solchen Gruppierungen organisierte Flüchtlingsbetreuung in Österreich „in die Zeit der großen Flüchtlingsbewegungen im Zuge des »Ungarnaufstands« (1956), des »Prager Frühlings« (1968) und der »Polenkrise« (1981)“ zurückgeht. Caritas, Rotes Kreuz und Volkshilfe hätten dem Staat schon damals geholfen, die Erstaufnahme der Flüchtlinge zu meistern. Seit dieser Phase ist eine Vielzahl an Vereinen und Organisationen entstanden, die einen wichtigen Gegenpart zu der ständig restriktiver werdenden Flüchtlingspolitik einnahmen. Die Dominanz der kirchlich humanitären Organisationen (Caritas und Diakonie) blieb jedoch weiterhin bestehen und festigte sich mit ihren Rollen in der neu verhandelten

90 Vgl. Bauer: Zuwanderung nach Österreich, S. 6-7, und Volf: Der Politische Flüchtling S. 22-23.

91 Kohlbacher, Josef: Entwicklung der Asylanträge 1997-2006. In: Fassmann, Heinz (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt, Drava-Verl., 2007, S. 163.

92 Volf: Der Politische Flüchtling, S. 24.

93 Vgl. dazu auch Bauböck, Rainer: "Migrationspolitik", In: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3. überarbeitete Auflage, Wien, Verlag Manz, 1997, o.S.. Online unter: http://www.okay-line.at/file/656/osterr_migr_integr_politik.pdf (Zugriff: 11.12.2014).

Grundversorgung seit 2004.

„Wesentlichen Einfluss auf die Arbeit der NGOs hat die Vergabe öffentlicher Mittel. Diese kommen für die Unterbringung und Betreuung von AsylwerberInnen während des Verfahrens entsprechend der Grundversorgungsvereinbarung vom Bund und den Ländern. Der Großteil der anderen Projekte (psychotherapeutische Angebote, Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, Integration, Rechtsberatung) wird im Wesentlichen aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) mit Co-Finanzierung des Innenministeriums gefördert. Die Organisationen müssen häufig Eigenmittel (aus Spenden) zuschießen, da viele Projekte nicht zur Gänze ausfinanziert sind. In den letzten Jahren sind im Rahmen dieser Förderstrukturen massiv Mittel von den NGOs an regierungsnahe Organisationen und private Dienstleister umverteilt worden.“⁹⁴

Neben dieser intransparenten Verstrickung bei der Vergabe und Verwendung von Geldern bleibt der Umstand festzuhalten, dass Flüchtlingshilfsorganisation auf „hilfsbedürftige“ Flüchtlinge angewiesen sind, um das eigene Fortbestehen zu rechtfertigen. Die Konsequenz ist unter anderem eine ständige Berufung auf die Hilfsbedürftigkeit und den Opferstatus der Flüchtlinge, was aus postkolonialer Sichtweise bei der Beschäftigung mit solchen Hilfsorganisationen reflektiert werden sollte.

Neben den Flüchtlingshilfsorganisationen im In- und Ausland sind es häufig Entwicklungen in der europäischen und internationalen Fremdenpolitik, die den Flüchtlingdiskurs in Österreich beeinflussen. Daher sollen im nächsten Kapitel solch überstaatliche Faktoren als weiterer Kontext eingeführt werden.

5.3 Internationale Trends bei Flucht und Asyl

Die jüngere Geschichte der internationalen Migration zeichnet sich durch eine Verschiebung Europas vom Auswanderungs- zum Einwanderungskontinenten aus. In diesem Zusammenhang würde sich Franz Nuscheler mehr Verständnis von Seiten der hegemonialen Europapolitik für neue Fluchtbewegungen erhoffen:

„Zwischen 1820 und 1930 verließen etwa 40 Millionen Auswanderer vorwiegend aus ökonomischen und sozialen Gründen, also nach heutigem Sprachgebrauch als

⁹⁴ Vgl. Langthaler, Herbert/Trauner, Helene: Das österreichische Asylregime unter besonderer Berücksichtigung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen. In: SWS-Rundschau 49(4), 2009, S. 456-457.

„Wirtschaftsflüchtlinge“, den „alten Kontinent“ in Richtung „neue Welt“.⁹⁵

Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zum Wandel. Im Zuge der Dekolonialisierung kamen viele europäische SiedlerInnen aus den früheren Kolonien in ihre Herkunftsländer zurück. In den 1950er und 1960er Jahren warben Länder Westeuropas billige „Gastarbeiter“ aus dem Süden an. In Folge prägten (wie in Kapitel 5.1.2 ausgeführt) der Kalte Krieg bzw. der Zusammenbruch dieses Systems die Migrationsbewegungen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa.⁹⁶

Seit den 1980er Jahren ist ein genereller Kurswechsel westeuropäischer Staaten im Bereich der Flüchtlingspolitik feststellbar. Melita H. Sunjic macht vier Gründe für die Restriktionen der letzten Jahre ausfindig: Das Fehlen einer Einwanderungsmöglichkeit bedingt durch die „Festung Europa“, das Ende des Ost-West-Konflikts und damit der ideologischen Basis für politische Verfolgung in Europa, ökonomische Krisenerscheinungen in Europa und eine steigende Fremdenfeindlichkeit der europäischen Gesellschaften, die sich in wachsenden WählerInnenschaften rechtspopulistischer Gruppierungen zeigt.⁹⁷

Heute ist der Umgang mit MigrantInnen häufig von Vorurteilen und Ängsten geprägt. Franz Nuscheler weist in seinem Lehrbuch zur internationalen Migration auf verschiedene Problemfelder in der Diskussion über Migration hin. So kritisiert er etwa emotionsgeladene Metaphern (z.B. Flut), die den Diskurs prägen würden, bzw. die generelle Verwendung ungenauer Begrifflichkeiten. Weiter weist er auf die falsche Wahrnehmung hin, Flucht sei ein Problem, mit dem sich vorwiegend der globale Norden beschäftigen müsste, und schließlich betont er die Verwobenheit von modernen Wanderungsprozessen und einer Geschichte der Europäisierung der Welt.⁹⁸

Tatsächlich findet ein Großteil internationaler Fluchtbewegungen innerhalb der jeweiligen Krisenregionen statt. Häufig handelt es sich um Binnenflucht innerhalb nationaler Grenzen und somit um Bewegungen, die in globalen Statistiken nicht aufscheinen. Laut UNHCR-Statistik haben 2013 folgende Länder die meisten Flüchtlinge (nach der Genfer Konvention) aufgenommen: Pakistan (1,6 Millionen) vor dem Iran (857.400), Libanon (856.500), Jordanien (641.900) und der Türkei (609.900).⁹⁹

Im Jahr 2013 wurden in EU-Ländern 434.160 Asylanträge gestellt. Dabei hat Österreich in

95 Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl. 2. Auflage. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage 2004, S. 33.

96 Vgl. ebenda: S. 33-35.

97 Sunjic, Melita H.: Globale Flüchtlingstrends und die Asylsituation in Österreich, In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien, Dachs Verlag, 1995, S. 251-252.

98 Nuscheler: Internationale Migration, S.20.

99 UNHCR: Global Trends 2013, online unter: <http://www.unhcr.org/5399a14f9.html> (Zugriff: 12.12.2014).

relativen Zahlen (gemessen an der Bevölkerungszahl) nach Schweden und Malta (außerdem hinter den Nicht-EU Mitgliedsländern Schweiz und Norwegen) den drittgrößten Anteil an Asylanträgen bearbeitet.¹⁰⁰ In absoluten Zahlen waren es etwa 17.500¹⁰¹ (siehe Tabelle 1). Gerne wird diese Top-3-Platzierung von politischen AkteurInnen instrumentalisiert, um eine angebliche Überlastung der Aufnahmekapazität Österreichs aufzuzeigen. Vergleicht man solche Zahlen jedoch mit internationalen Vergleichsgrößen, ergibt sich ein anderes Bild. So wurden etwa im kleinen Libanon bis 1. Dezember 2014, 1.146.405 syrische Flüchtlinge registriert.¹⁰²

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der AsylwerberInnen in Österreich (1999-2013)

Jahr	Zahl der Asylanträge
1999	20.129
2000	18.284
2001	30.127
2002	* 39.354
2003	32.359
2004	24.634
2005	22.461
2006	13.349
2007	11.921
2008	12.841
2009	15.821
2010	11.012
2011	14.416
2012	17.413
2013	17.503

* In dieser Zahl nicht beinhaltet sind jene 16.145 Anträge, die Ende 2001 an der österr. Vertretung in Islamabad eingebracht wurden.

Quelle: Asylstatistik BMI

100Eurostat: Asylum applicants and first instance decisions on asylum applications: 2013, online unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-14-003/EN/KS-QA-14-003-EN.PDF (Zugriff: 12.12.2014).

101Bundesministerium für Inneres: Asylstatistik, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asylantraege_seit_1999.pdf (Zugriff: 12.12.2014).

102UNHCR: Syria Regional Refugee Response, [Syrian Refugees in the Region December 1st 2014](#), online unter: <file:///C:/Users/Anna/Downloads/SyrianRefugeesintheRegionDecember1st2014.pdf> (Zugriff: 12.12.2014).

Im Jahr 2013 wurden 17.503 Asylanträge in Österreich gestellt. Die größten Gruppen kamen dabei aus der Russischen Föderation, Afghanistan und Syrien. Im Sommer 2014 kam es auf Grund andauernder kriegerischer Auseinandersetzungen etwa in Syrien und den umgebenden Ländern, aber auch zwischen Russland und der Ukraine zu einem Anstieg der Asylanträge. Die Asylstatistik des BMI zeigt bis Oktober 2014 zwar einen deutlichen Anstieg bei den Anträgen im Vergleich zum Vorjahr (siehe Tabelle 2)¹⁰³ mit knapp 20.000 Anträgen ist jedoch bei weitem nicht die Zahl von 2002 erreicht.¹⁰⁴

Tabelle 2: Zahl der Asylanträge in Österreich 2014

	2014	Vorjahr	Differenz
Jänner	1.261	1.208	+4,4%
Februar	1.135	1.185	-4,2%
März	1.214	1.198	+1,3%
April	1.340	1.405	-4,6%
Mai	1.745	1.445	+20,8%
Juni	1.700	1.799	-5,5%
Juli	2.142	1.802	+18,9%
August	2.341	1.352	+73,2%
September	3.360	1.345	+149,8%
Oktober	3.136	1.693	+85,2%
Summe:	19.374	14.432	+34,2%

Quelle: Asylstatistik BMI

Neben dieser allgemeinen historischen Einbettung des untersuchten Diskurses, werden in den nächsten Kapiteln weitere Kontextebenen eröffnet, die zu einem weiteren Verständnis beitragen sollen. Die Auswahl dieser Kontextebenen erfolgte in erster Linie anhand der Forschungsfrage und orientierte sich an den untersuchten Quellen. Aufgrund des gewählten Schwerpunkts scheint es daher sinnvoll, im nächsten Abschnitt das föderalistische System in

103 Bundesministerium für Inneres: Asylstatistik, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2014/Asylstatistik_Oktober_2014.pdf (Zugriff: 12.12.2014).

104 Bundesministerium für Inneres: Asylstatistik, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx (Zugriff: 11.12.2014).

Österreich vorzustellen und zu erläutern, inwiefern sich dieses auf die Unterbringung von AsylwerberInnen auswirkt. So wird überblicksartig auf das bundesstaatliche Prinzip, die besondere Rolle der Landeshauptleute und die Grundversorgungsvereinbarung aus dem Jahr 2004 eingegangen.

5.2 Macht und Föderalismus in Österreich

Das bundesstaatliche Prinzip, das in Österreich in der Verfassung festgeschrieben ist, regelt die Verteilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen dem Bund und den neun Bundesländern. Konkrete Zuständigkeiten sind in den so genannten Kompetenzartikeln des Bundes-Verfassungsgesetzes festgeschrieben. In einigen Bereichen haben die Länder alleinige Macht über die Gesetzgebung, in anderen können sie Gesetze, die auf Bundesebene beschlossen wurden, in eigener Ausgestaltung umsetzen. Auch in der Gesetzgebung des Bundes können die Länder über den Bundesrat einwirken. Peter Bußjäger schreibt zu Besonderheiten des österreichischen Bundesstaats: „Österreich, vielleicht das Paradebeispiel des kooperativen Föderalismus, ist von einer besonderen Vielfalt an intergouvernementalen Beziehungen geprägt, ausgehend von Konferenzen leitender Staatsorgane wie der Landeshauptleutekonferenz, den Referentenkonferenzen, unzähligen Expertenkonferenzen, Bund-Länder-Arbeitsgruppen, die sowohl institutionalisiert als auch ad-hoc eingerichtet sein können. Dazu kommen dreigliedrige Bund-Länder-Gemeinden-Beziehungen, wie insbesondere auf dem Gebiet des Finanzausgleiches.“¹⁰⁵

Gemeinhin wird Österreich dennoch als nur schwach föderalistisch bezeichnet, da die Bundeskompetenzen überwiegen und auch der Bundesrat ein lediglich aufschiebendes Veto aussprechen kann. Ferdinand Karlhofer betont wiederum, dass das föderale System durchaus real-politische Auswirkungen habe. Er erklärt, dass der Blick auf die beschränkte Einflussmöglichkeit des Bundesrates den Blick auf andere, teils informelle Strukturen verstellt, die den Ländern durchaus Macht bescheren. Den Landeshauptleuten kommt hier eine besondere Rolle zu. Als faktisches „Staatsoberhaupt“ des jeweiligen Landes kommen dem Landeshauptmann/der Landeshauptfrau weitreichende verfassungsrechtliche Kompetenzen zu. Da er/sie meist auch der jeweiligen Landespartei vorsteht, wird dieser Person zusätzlich eine Sonderstellung in der innerparteilichen Hierarchie zugesprochen.¹⁰⁶

105 Vgl. Bußjäger, Peter: Intergouvernementale Beziehungen in Österreich und politische Entscheidungsprozesse, In: Bußjäger, Peter (Hrsg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010, S. 121.

106 Vgl. Karlhofer, Ferdinand: A federation without federalism? Zur Realverfassung der Bund-Länder-Beziehungen, In: Bußjäger, Peter (Hrsg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010, S. 132

Grundsätzlich sollten alle Länder mit den gleichen Kompetenzen ausgestattet sein, erklärt Franz Fallend:

„Eine wesentliche Grundlage der Bund-Länder-Beziehungen bildet die strikt symmetrische Organisation des österreichischen Föderalismus, dh alle Länder haben den gleichen verfassungsrechtlichen Status und sind mit den gleichen Kompetenzen ausgestattet.“¹⁰⁷

Die Sonderstellung der Landeshauptleute erkläre jedoch, warum es teilweise zu einer Ungleichbehandlung der einzelnen Bundesländer komme, bzw. warum diesen unterschiedlich viel Einfluss in Entscheidungsprozessen eingeräumt wird. So entstehe eine faktische Asymmetrie, die sich in erster Linie durch gute persönliche Kontakte zwischen einflussreichen LänderpolitikerInnen und Mitgliedern der Bundesregierung bilden würde. Dadurch können LänderpolitikerInnen an Einflussmöglichkeiten gewinnen. Traditionell gibt es etwa eine gute Beziehung zwischen Wien und der Bundes-SPÖ oder zwischen Niederösterreich und der Bundes-ÖVP.¹⁰⁸

Dieser Zustand ist jedoch nicht der einzige Grund für Kritik am föderalen System. So hält Peter Bußjäger zur starken Verflechtung der politischen AkteurInnen auf den unterschiedlichen Ebenen fest: „Trotz unbestreitbarer Erfolge der Kooperationsbereitschaft im österreichischen Bundesstaat seit 1945 führt die Kooperation auch zu einem Verschwimmen von Verantwortlichkeiten, von Kompetenzgrenzen und zur Intransparenz der politischen Entscheidungsprozesse.“¹⁰⁹ Fallend beschreibt die Aufteilung von AsylwerberInnen auf die einzelnen Bundesländer als immer wiederkehrenden Grund für Konflikte zwischen den Ländern. Da manche Länder ihre Quoten nicht erfüllten, mussten andere mehr AsylwerberInnen aufnehmen. In früheren Jahren sei dieses Problem nur deshalb nicht aufgebrochen, weil die Asylanträge auf Grund der strengeren Asylgesetze zurückgegangen waren.¹¹⁰ Der Aufteilung zugrunde liegt ein Abkommen gemäß Art. 15 a des Bundesverfassungsgesetzes zwischen Bund und Ländern, welches seit 2004 die Grundversorgung von „hilfs- und schutzbedürftigen Fremden“ in Österreich regelt. Ziel der Gesetzesvorlage war damals eine Vereinheitlichung der Versorgungsstandards und eine angemessene Verteilung der Flüchtlinge auf das Bundesgebiet. Zusätzlich wurde die

107 Fallend, Franz: Vom Konsens zum Konflikt? Treibende Kräfte, Entscheidungsmuster und aktuelle Entwicklungen der Bund-Länder-Beziehungen in Österreich, In: Bußjäger, Peter (Hrgs.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010, S. 3

108 Ebenda. S.3.

109 Bußjäger: Intergouvernementale Beziehungen, S. 129.

110 Vgl. Fallend: Vom Konsens zum Konflikt?, S. 11.

Kostenaufteilung für die Grundversorgung im Verhältnis sechs zu vier zwischen Bund und den Ländern, sowie zwischen den Ländern im Verhältnis der Wohnbevölkerung aufgeteilt. Anspruch auf Grundversorgung haben insbesondere AsylwerberInnen, Asylberechtigte, Vertriebene und "andere aus rechtlichen und faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen".¹¹¹

Als hilfsbedürftig gilt dabei, wer den „Lebensbedarf für sich und die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht oder nicht ausreichend von anderen Personen oder Einrichtungen erhält“. Die Grundversorgung sollte in solchen Fällen einspringen und den betroffenen Menschen vor allem eine geeignete Unterkunft, eine angemessene Verpflegung, professionelle soziale Betreuung und eine grundlegende Krankenversicherung ermöglichen.¹¹²

Obwohl diese Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Betreuungssituation führen sollte, fielen die entsprechenden Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich aus. Die Grundversorgungsvereinbarung wurde 2004 unter der Schwarz/Blauen Regierung mit Zustimmung der SPÖ durchgesetzt. Wie bereits beim Bundesbetreuungsgesetz 1991 folgten der Betreuungs-Vereinbarung Restriktionen im Asylgesetz. So stärkte das Asylgesetz 2005 die Rolle der Exekutive und auch die Asylbedingungen wurden weiter verschärft, um strikt gegen „Asylmissbrauch“ vorzugehen.¹¹³

Als letzte Kontextebene soll nun noch auf die Form der untersuchten Quellen eingegangen werden. Auch diese Einbettung scheint für ein Verständnis der nachfolgenden Analyse unumgänglich. Die Presseaussendung als Instrument der öffentlichen Kommunikation ist durch bestimmte formale und inhaltliche Kriterien gekennzeichnet, die Einfluss auf die Ausformungen des übermittelten Diskurses haben und diesen beeinflussen.

111 Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG, online unter: [RIS - Bundesgesetzblatt authentisch ab 2004 - BGBl. I Nr. 80/2004,](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_80/BGBLA_2004_I_80.html)
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_80/BGBLA_2004_I_80.html (Zugriff: 5.12.2014)

112 Vgl. ebenda, (Zugriff: 5.12.2014)

113 Vgl. Rosenberger, Sieglinde/König, Alexandra: Welcoming the Unwelcome: The Politics of Minimum Reception Standards for Asylum Seekers in Austria. In: Journal of Refugee Studies, Oxford University Press, Vol. 25, No. 4, 2011, S. 544.

5.3 APA OTS und das PR Instrument der Presseaussendung

Bei der Untersuchung des ausgewählten Quellenapparats muss darauf hingewiesen werden, dass auch Art, Form und Gestaltung des Mediums, über das der Diskurs transportiert wird, auf den Diskurs zurückwirken. Daher soll im Folgenden die Presseaussendung als Instrument der PR und das institutionelle Umfeld des APA OTS Services vorgestellt werden.

Die Wahl der Quellen fiel mit Presseaussendungen des APA OTS Services auf Texte, die noch weitgehend unverfälscht die verschiedenen Meinungen der politischen Parteien, bzw. der übrigen relevanten AkteurInnen widerspiegeln. Das Originaltext-Service der Austria Presseagentur verbreitet gegen Bezahlung Inhalte eines Aussenders/einer Aussenderin an Medien und Pressestellen und veröffentlicht diese online, wo sie für jeden Interessierten kostenlos zugänglich sind. Für den Inhalt der Aussendung ist allein der Aussender/die Aussenderin verantwortlich (im Gegensatz zu redaktionellen APA-Meldungen).

Die Analyse journalistischer Texte hätte nicht dieselbe Aussagekraft gehabt, da sie parteipolitische Positionierungen durch die Meinung des Redakteurs/der Redakteurin bzw. durch die allgemeine Blattlinie gefiltert dargestellt hätten. In den eigenen Texten der politischen AkteurInnen werden die Zuschreibungen gegenüber den Flüchtlingen eindeutiger ausformuliert, als sie in den Massenmedien wiedergegeben werden. Diese Aussendungen haben eine große Wirkung. Über sie werden politische Themen gesetzt und Diskurse beeinflusst. Wie Melischek u.a. festhalten, handelt es sich bei Presseaussendungen um ein:

„zentrales Mittel der politischen Öffentlichkeitsarbeit, [welches dem Forschenden erlaubt,] nicht nur Gesamttagenden in möglichst umfassender Form zu ermitteln, sondern aufgrund ihrer dichten Erscheinungsweise und hohen Aktualität auch deren Entstehungsprozess analysieren zu können.“¹¹⁴

Auf Grund der hohen Verbreitung und der Bedeutung der verschiedenen Services der APA für die österreichischen Medien, die sich in ihrer Berichterstattung maßgeblich auf die Agentur stützen, ist von einem hohen Einfluss der Aussendungen auf den allgemeinen Diskurs auszugehen. Wie sie selbst auf ihrer Website festhält, versteht sich die APA als „primär-Informationsquelle“ und „wesentliches Leitmedium des Landes“. Die APA ist

114 Melischek, Gabriele u.a.: Agenda Building in österreichischen Nationalratswahlkämpfen, 1970-2008, In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien, Facultas Verlag, 2010, S. 111.

genossenschaftlich organisiert und steht im Eigentum von 15 Tageszeitungen und dem ORF.

¹¹⁵ Im österreichischen Mediensystem kommt der Nachrichtenagentur eine entscheidende Rolle zu:

„Die zirka 100 APA-Redaktionsmitglieder schreiben für andere Journalist/innen in den Redaktionen der Zeitungen und des ORF. Was sie veröffentlichen, ist in beinahe jeder größeren österreichischen Redaktion Arbeitsgrundlage. [...] Sie setzt tatsächlich eine Agenda.“¹¹⁶

Darüber hinaus ist die APA auch das größte Datenbankunternehmen des Landes. Sie vereint rund 360 Datenbanken mit mehr als 130 Millionen Dokumenten. Darunter findet sich auch ein Online-Archiv aller ausgeschickten OTS Aussendungen.¹¹⁷

Auch wenn die ausgesuchten Quellen, nicht alle Facetten des Diskurses abbilden mögen: zumindest lassen sich anhand der Texte die verschiedenen politischen Positionierungen ausmachen, die die Grenzen des „Flüchtlingsdiskurses“ abstecken. Denn in der Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung spielen Pressemitteilungen auch in Österreich eine entscheidende Rolle, wie Norbert Franck für Deutschland festhält:

„Sie lesen in der Zeitung, was die Kanzlerin meint oder der Fraktionschef plant. Sie hören im Rundfunk, was der Ministerpräsident will und die Opposition ablehnt. Die Grundlage solcher Nachrichten ist in vielen Fällen eine Pressemitteilung. Auf Pressemitteilungen beruht ein großer Teil der Meldungen, die wir täglich lesen oder hören.“¹¹⁸

Meist werden solche Aussendungen von professionellen PressesprecherInnen der verschiedenen AkteurInnen oder Organisationen verfasst. Bei kleineren Einheiten, etwa bei PolitikerInnen auf Landesebene, werden die Texte auch von den AbsenderInnen selbst verfasst. Oft ist der/die AutorIn nicht klar auszumachen, da in der Pressemitteilung selbst, lediglich ein Rückfragekontakt (häufig ohne Namensnennung einer Person) aufscheint. Der/die AbsenderIn wird durch direkte Zitate im Text ersichtlich. Diese Personen können für

115 Austria Presse Agentur APA: The Value of Information, online unter:

http://www.apa.at/Site/Nachrichtenagentur/The_value_of_Information.de.html (Zugriff: 16.1.2015).

116 Käfer, Patricia: Die Austria Presse Agentur (APA), das täglich' Brot, In: Hüffel, Clemens u.a. (Hrsg.): Medien und Politik. Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus? Holzhausen Verlag, 2008, S. 37.

117 Austria Presse Agentur APA: The Value of information, online unter:

http://www.apa.at/Site/Nachrichtenagentur/The_value_of_Information.de.html (Zugriff: 16.1.2015).

118 Franck, Norbert: Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Leitfaden für Verbände, Vereine und Institutionen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2012, S. 131.

den Inhalt öffentlich verantwortlich gemacht werden. Auf Grund der Professionalisierung dieser Art von Kommunikation handelt es sich bei den Aussendungen um eine weitgehend standardisierte Textart. Verschiedene Schlagworte können bei der Erstellung im OTS System ausgewählt werden, wodurch die Texte thematisch leichter auffindbar werden. Dem meist einzeiligen Titel folgt ein Untertitel, indem die wichtigste Aussage zusammengefasst wiedergegeben wird. Beim Erstellen einer solchen Aussendung ist laut Lehrbuch an die Beantwortung der 6 W-Fragen zu denken. Der Text soll kurz und knapp, aber umfassend informieren. Anders als in einem journalistischen Bericht geht es meist nicht um möglichst ausgewogene Information sondern darum, die jeweils subjektive Stellungnahme zu einem Thema einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da sich eine Pressemitteilung in erster Linie an Journalisten und Journalistinnen richtet, wird versucht, die Inhalte für deren Weiterverarbeitung in den Medien bestmöglich aufzubereiten. Im Vordergrund stehen hier nicht sprachliche Brillanz sondern klare Information. Eine der wichtigsten Regeln ist: Das Wichtigste zuerst.¹¹⁹

Neben verschiedenen politischen AkteurInnen nutzen auch Unternehmen, NGOs und Medien das APA Originaltext-Service. In der nachfolgenden Analyse wurden etwa auch Zeitungskommentare aufgegriffen, die über OTS verschickt wurden. Diese Meldungen eröffnen Einblicke in zusätzliche Ebenen des Diskurses.

Nachdem nun in einige Kontextfelder des Diskurses eingeführt wurde, wird im nachfolgenden Kapitel mit der Mikroanalyse des Quellenapparats begonnen. Die eröffneten Kontextfelder sollen dabei als Basis dienen, auf der die weitere Analyse aufgebaut wird.

119 Vgl. ebenda, S. 132-133.

6 Anwendung

Nachdem in den vorhergehenden Kapiteln relativ weit gefasste Kontextfelder eröffnet wurden, in denen sich der „Flüchtlingsdiskurs“ in Österreich bewegt und von denen er beeinflusst wird, kommt es nun zur Einschränkung des Untersuchungsfeldes auf den Diskurs über Unterbringung von AsylwerberInnen im Sommers 2014. Bevor aber die Geschehnisse mit dem betreffenden Diskursen in Verbindung gesetzt und einer Feinanalyse unterzogen werden, sollen diese Schritte jeweils methodisch erklärt werden. Dazu wird erneut auf die historische Diskursanalyse Arnim Landwehrs zurückgegriffen. So soll zunächst die Auswahl der untersuchten Quellen aufgezeigt werden und daran anschließend die Mikroanalyse der Texte gemeinsam mit einem engeren historischen Kontext beleuchtet werden.

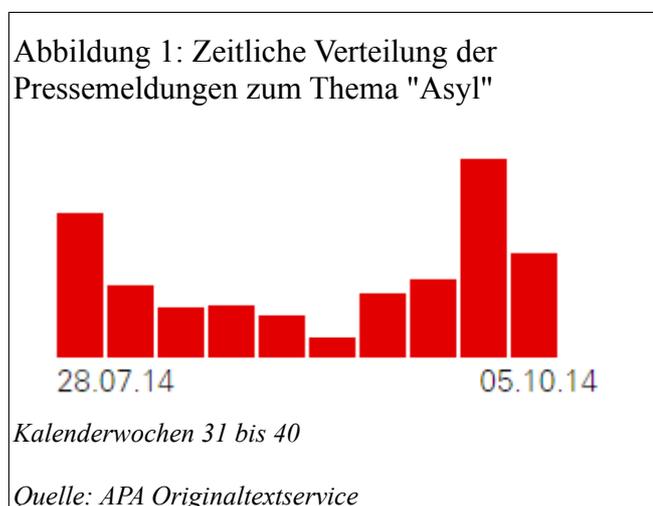
6.1 Korpusbildung

Wie Landwehr festhält, ist es wichtig, einen Quellenkorpus zu wählen, der einer gewissen Regelmäßigkeit folgt und in dem gewisse sprachliche Muster immer wieder auftauchen. Nur so könne die Diskursanalyse auch empirisch begründet werden. Darüber hinaus wird der oder dem Forschenden die Wahl der Quellen offen gelassen. Vorausgesetzt wird eine enge Verknüpfung zwischen dem ausgewählten Korpus und der jeweiligen Fragestellung. Dabei gilt es aus einer schier unendlichen Auswahl an Einzeltexten zu wählen, die in ihrer Gesamtheit den Diskurs zu einem bestimmten Thema darstellen (imaginäres Korpus). Davon ist jedoch meist nur ein kleiner Teil zugänglich (virtuelles Korpus), aus dem eine gezielte, möglichst repräsentative Auswahl getroffen wird (konkretes Korpus). Dieses Vorgehen ist von Hypothesen geleitet und baut auf ein begründetes Vorwissen der/des Forschenden auf.¹²⁰

Im konkreten Fall erfolgte die Auswahl auf Grund der Annahme, der politische Diskurs würde sich weitgehend repräsentativ in den Presseaussendungen der verschiedenen politischen AkteurInnen niederschlagen (wie in Kapitel 5.3 bereits näher ausgeführt). In Bezug auf die zu bearbeitende Forschungsfrage wurde folgendermaßen vorgegangen: Um der Repräsentation von Flüchtlingen im Diskurs des Sommers 2014 nachzuspüren, wurde auf Aussendungen zurückgegriffen, die im Zeitraum 28.7.2014 bis 5.10.2014 über das Service des OTS Managers der Austria Presse Agentur (APA) versendet wurden. Diese Eingrenzung des Zeitraums erfolgte aus zweierlei Gründen: zum einen richtete sie sich nach einschneidenden

120 Vgl. Landwehr: Geschichte des Sagbaren., S. 106f.

Ereignissen, die die mediale Diskussion prägten (Aufnahmestopp in Traiskirchen am 29.7. und Flüchtlingskonferenz im Kanzleramt am 30.9.). Zum anderen war in der KW31 und KW39 eine besondere Häufung an Presseaussendungen zu bemerken, die in die Analyse mit einfließen sollten (Siehe Abbildung 1).



Neben den Aussendungen politischer AkteurInnen brachte die Suche auch Texte von Flüchtlingshilfsorganisationen (NGOs) und Medien zutage, die ebenfalls in die Analyse miteinbezogen wurden. Insgesamt wurden unter dem Schlagwort „Asyl“ 173 Presseaussendungen angezeigt. Der Korpus musste nachgehend nur von wenigen Meldungen bereinigt werden, in denen das Schlagwort „Asyl“ in einem anderen Kontext verwendet wurde. Von den übrigen konnte der Großteil (132) einer politischen Partei bzw. einer anderen politischen Einrichtung (z.B. Nationalratsdirektion, Landesregierungen...) zugeordnet werden. Den Rest teilen sich Medien (17) und NGOs bzw. Flüchtlingshilfsorganisationen¹²¹ (22). Nach politischen Parteien (samt Vorfeldorganisationen) aufgeschlüsselt, kamen bei Weitem die meisten Aussendungen (41) aus dem Umkreis der FPÖ. Weiter besetzten die Grünen und die SPÖ das Themengebiet mit je 20 Aussendungen, gefolgt von der ÖVP mit 16 Aussendungen. Bei einer ersten Sichtung des Materials wurden Stichworte zu den Inhalten der Aussendungen festgehalten, sowie Datum, Titel und AbsenderIn der Nachricht (Siehe Anhang: Verschlagwortung der Presseaussendungen). Bereits bei dieser ersten Bearbeitung des Quellenkorpus war auffallend, dass Uneinigigkeiten bezüglich der Quartierfrage nicht nur anhand der parteilichen Ausrichtung auszumachen waren, sondern dass diese sich auch in

¹²¹ Zum Begriff NGO siehe Kapitel 5.2.

Meinungsunterschieden auf den verschiedenen föderalen Ebenen äußerten. Dieses Muster kann im Laufe des Sommers anhand unterschiedlicher Beispiele beobachtet werden.

Aus dieser Einsicht heraus wurde die Forschungsfrage angepasst, bzw. verfeinert und eine Ebene eingebracht, die die föderalistischen Machtstrukturen, in denen sich die Debatte bewegt, miteinbezieht. Wie in der Einleitung bereits ausgeführt, lautet die Forschungsfrage wie folgt:

Wie nutzen politische AkteurInnen in Österreich den Diskurs über „Flüchtlinge“, um sich selbst in der Debatte um Unterbringung sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf ein föderal organisiertes politisches Machtfeld zu positionieren?

Die weitere Einschränkung der Quellen erfolgte im Verlauf der Analyse, indem inhaltliche, für den gesamten Diskurs repräsentative Ereignisse ausgewählt wurden und Presseaussendungen zu diesen jeweiligen unterschiedlichen Phasen der Diskussion untersucht wurden. Die Auswahl der Texte, die schließlich für die Mikroanalyse herangezogen wurden, richtete sich nach dem Forschungsinteresse und spiegelt den Fokus auf die Debatte über die „Unterbringung von Flüchtlingen“ wieder. Andere Themen, die den „Flüchtlingsdiskurs“ des Sommers 2014 geprägt haben, wie etwa die Frage nach dem Umgang mit einem mutmaßlich radikalen Islam in Österreich, blieben deshalb weitgehend ausgeblendet. Zwar liegt das Augenmerk auf der Analyse von Texten politischer AkteurInnen, doch wurden auch einige Aussendungen von weitgehend unparteilichen Medien und Flüchtlingshilfsorganisationen eingebaut, die wiederum der Kontextualisierung der Ergebnisse dienen. Auch wenn die Bemühung um Repräsentativität bei der Selektion im Vordergrund stand, bleibt doch festzuhalten, dass es sich um eine subjektive Einschätzung der Relevanz der einzelnen Texte gehandelt hat.

6.2 Kontext- und Textanalyse

Im Sinne der historischen Diskursanalyse wird im Folgenden versucht, weder dem Text, noch dem Kontext, in dem der Text produziert wurde, einen Vorzug zu geben. Vielmehr sei es nach Landwehr wichtig, sowohl die sprachliche Ebene, als auch die soziale Praxis im Auge zu behalten, da diese sich gegenseitig bedingen und nicht voneinander losgelöst betrachtet werden können. „Die Texte bilden den Ausgangspunkt, von dem aus untersucht wird, wie Rahmenbedingungen konstruiert, soziale Beziehungen hergestellt und Bedeutungen

hervorgebracht werden.“¹²²

Landwehr unterscheidet 4 Ebenen der Kontextanalyse. Der situative, mediale und institutionelle Kontext, in dem die Quellen produziert wurden, wurde bereits in den vorausgehenden Kapiteln beleuchtet. Im folgenden Analyseteil soll ein Schwerpunkt auf den historischen Kontext gelegt werden, d.h. nach Landwehr, „die politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Gesamtsituation“¹²³ zu würdigen. Zeitgleich soll eine Analyse der Text-Aussagen erfolgen. Diese findet auf zwei Ebenen statt: Auf Ebene der Makrostruktur und auf Ebene der Mikrostruktur der Texte. Die Analyse der Makrostruktur erfolgte bereits während der ersten Sichtung des Quellenapparates. Dabei sollten nach Landwehr zunächst die jeweiligen Themen der Texte erfasst werden. Dieser Prozess wurde in einer Stichwort-Tabelle festgehalten. (Siehe Anhang: Verschlagwortung der Presseaussendungen). Die Makrostruktur gab damit bereits Auskunft darüber, welche Themen den Diskurs prägen und von wem diese Themen gesetzt werden. Die Analyse der Mikrostruktur folgt in nachstehendem Kapitel unter Berücksichtigung der historischen Kontextanalyse. Die mikrostrukturelle Untersuchung des Textes soll sich dabei auf „Aspekte der Argumentation, Stilistik und Rhetorik [beziehen], die sich auf der Text-, der Satz- und der Wortebene finden lassen, darüber hinaus aber auch auf lexikalischer und parasprachlicher Ebene“.¹²⁴

Folgende Ereignisse/Phasen der öffentlichen Debatte um die Unterbringung von Flüchtlingen wurden in der Mikroanalyse näher betrachtet:

- **Aufnahmestopp Traiskirchen**
- **Suche nach Ersatzquartieren**
 - Beispiel 1) LH Niessl kauft Kasernen im Burgenland**
 - Beispiel 2) In Wien findet man Übergangsquartiere**
 - Beispiel 3) Kärnten ist zerrissen**
- **Antworten der Bundesverantwortlichen**
- **Von der Norm abweichende Aussendungen**

Diese ausgewählten Beispiele werden als repräsentativ für den Diskurs um die Unterbringung von AsylwerberInnen im Zuge der Grundversorgung im Sommer 2014 erachtet. Im Folgenden sollen die einzelnen Phasen erklärt werden und im Wechselspiel mit konkreten Passagen aus

122 Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 108.

123 Ebenda, S. 110.

124 Ebenda, S. 117.

den Aussendungen analysiert werden. Dabei wird versucht, einen Bezug zu den im Theorien-Kapitel erklärten Annahmen des Postkolonialismus herzustellen. Dadurch soll eine kritische Betrachtung des Diskurses ermöglicht werden. Als erste Phase wird nun der „Aufnahmestopp in Traiskirchen“ mit dem begleitenden Diskurs dargestellt.

6.2.1 Aufnahmestopp Traiskirchen

Am 29.7.2014 gibt der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) der Bezirkshauptmannschaft Baden den Auftrag, einen gewerberechtl. Bescheid auszustellen, der die weitere Aufnahme von AsylwerberInnen in der Betreuungsstelle Ost (Traiskirchen) verhindern soll. Dem Aufnahmestopp folgen ein großes mediales Echo und eine öffentliche Debatte um die Unterbringung von Flüchtlingen, die sich über die gesamten Sommermonate erstrecken sollte.

Dieser Entscheidung vorausgegangen war eine besonders hohe Belastung der Erstaufnahmestelle Traiskirchen, die einerseits aus einem Anstieg von Asylanträgen resultierte, aber auch weil keine Unterkünfte für die AsylwerberInnen in den anderen Bundesländern zur Verfügung standen. Nach der Grundversorgungsvereinbarung (siehe Kapitel 5.2) müssten AsylwerberInnen, sobald sie das Erstaufnahmeverfahren abgeschlossen und zum Asylverfahren zugelassen wurden, in ein Quartier in den Bundesländern überstellt werden. Diesbezügliche Quoten an bereitzustellenden Unterbringungsmöglichkeiten wurden von den Ländern jedoch regelmäßig nicht erfüllt.

Das Betreuungszentrum Ost, gemeinhin auch als „Flüchtlingslager Traiskirchen“ bezeichnet, ist eine ehemalige k.u.k. Artilleriekadettenschule, die später auch als Bundeserziehungsanstalt für Knaben wohlhabender Familien diente. Seit dem Ungarnaufstand 1956 wird das Areal als Flüchtlingslager genutzt.¹²⁵ Das Areal bietet Platz für 1.840 BewohnerInnen. Eine politische Vereinbarung aus dem Jahr 2010 zwischen der damaligen Innenministerin Maria Fekter und Landeshauptmann Pröll sieht jedoch eine Höchstbelegung von 480 Menschen vor.¹²⁶

Bereits in der Diskussion um den Aufnahmestopp in Traiskirchen können in den verschiedenen Presseaussendungen zum Thema die unterschiedlichen Positionierungen der

125 Wischenbart, Rüdiger: Traiskirchen von innen. Flüchtlingspolitik zu Beginn der 80er Jahre, In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien, Dachs Verlag, 1995, S. 197-198.

126 Siehe Presseaussendung von Puls4 am 1. August 2014: PULS 4 NEWS: Kapazität in Traiskirchen laut Betreuungsvertrag bei 1840 Personen, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140801_OTSO120/puls-4-news-kapazitaet-in-traiskirchen-laut-betreuungsvertrag-bei-1840-personen (Zugriff: 5.2.2015).

AkteurInnen festgestellt werden. Dabei nutzen sie die Anrufung von Flüchtlingen, um sich über Parteigrenzen hinweg in einem föderalistischen System zu positionieren.

So begrüßt der Bürgermeister von Traiskirchen, Andreas Babler (SPÖ) das Vorgehen seines Landeshauptmanns Erwin Pröll (ÖVP) und betont dabei auch seine eigene Rolle im Konflikt:

"Es freut mich, dass ich als Bürgermeister in den letzten Monaten in der Diskussion um den Umgang mit Flüchtlingen in der Republik grundsätzlich etwas in Gang gebracht habe und auch der Landeshauptmann Erwin Pröll bezüglich der unhaltbaren Zustände im Massenlager Traiskirchen aktiv geworden ist."¹²⁷

Babler bemüht sich hier um eine Hervorhebung seiner Position als Bürgermeister. Er möchte zeigen, dass auch aus seiner „regionalen“ Stellung heraus, eine Themensetzung auf nationaler Ebene möglich ist. In diesem Zusammenhang spricht er vom **Umgang mit Flüchtlingen in der Republik**, in einem eher bürokratischen Ton. Die Flüchtlinge werden hier nicht als Menschen angerufen, sondern als organisatorisches Problem, das es zu bewältigen gilt. Dies wird in einer weiteren Aussage noch deutlicher, in der Babler ein neues Gesetz zur Aufteilung und Betreuung von Flüchtlingen fordert:

"...[D]es Weiteren muss ein solches Gesetz [ein neues Aufteilungs- und Betreuungsgesetz] den über 2000 BürgermeisterInnen in Österreich Rechtssicherheit geben, dass, wenn sie einem kleinen Flüchtlingsquartier in ihrer Gemeinde zustimmen, es ihnen nicht so wie Traiskirchen geht und über eine Hintertür diese Vereinbarung permanent gebrochen wird."¹²⁸

Erneut versucht Babler sich selbst hervorzuheben, indem er sich als Fürsprecher für die österreichischen BürgermeisterInnen präsentiert. Er erweckt den Anschein, die Gemeinden müssten vor der Regierung geschützt werden, die ohne ihre Zustimmung große Flüchtlingsquartiere errichten würden. Gleichzeitig wird hier ersichtlich, dass er größere Unterkünfte als negativen Faktor für eine Gemeinde ansieht. Mit dem Vorwurf gegen die Regierung, **über eine Hintertür** zu intervenieren, spielt Babler auf eine Vereinbarung aus dem Jahr 2010 an, wonach nicht mehr als 480 Flüchtlinge in Traiskirchen untergebracht sein sollten. Allerdings besteht Platz für erheblich mehr Menschen. Mit seinen klaren Forderungen stellt er sich bewusst als Gegenstück zur Bundesregierung dar, die nicht auf die regionale Bevölkerung und ihre Bedürfnisse eingehe. Spricht Babler erst noch recht technisch von der

127 Presseaussendung der Stadtgemeinde Traiskirchen am 29.7.2014: Bürgermeister Andreas Babler begrüßt den Aufnahmestopp im Flüchtlingslager Traiskirchen, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OTS0053/buergermeister-andreas-babler-begruesst-den-aufnahmestopp-im-fluechtlingslager-traiskirchen (Zugriff: 5.2.1015).

128 Ebenda.

Unterbringung der Flüchtlinge, stellt er später in der Aussendung fest:

Es ist ein humanistisches Gebot, die Flüchtlinge in Österreich gut zu betreuen.¹²⁹

Mit diesem Nachsatz ändert Babler den Ton der Aussendung. Werden die Flüchtlinge zuvor als Problem dargestellt, werden sie hier als „Hilfsbedürftige“ angerufen, um sich selbst als „Helfer“ mit einer moralischen Verpflichtung zu positionieren. Vor einem postkolonialen Hintergrund ist hier besonders interessant, dass er sich auf ein **humanistisches Gebot** beruft. Der Humanismus in seinen verschiedenen Ausformungen wird in der Postkolonialen Theorie jedoch kritisch betrachtet, da es westliche Wissensbestände festigt, auf deren Basis der „Westen“ seine Vorherrschaft über andere Kulturen rechtfertigt.

Im Gegensatz zu Babler verfolgte der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) andere Ziele in der Diskussion um die Unterbringung von Flüchtlingen. Als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz möchte er sich als pragmatischer Vermittler zwischen der Bundesregierung und den Ländern hervortun. In einer Aussendung des Amts der Kärntner Landesregierung vom 29. Juli 2014 heißt es:

[...] Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser [hat] als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz bereits mit Bundesverantwortlichen u.a. mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner Gespräche geführt.¹³⁰

In seiner Vermittlerrolle wünscht er sich, die Länder würden die Quoten rasch erfüllen. Er unterstreicht seinen Wunsch nach **sachlichem** Vorgehen. Auch Kaiser stellt die Flüchtlinge als ein Problem dar, welches jedoch mit gemeinsamen Kräften in den Griff zu bekommen sei. Auch er beruft sich auf **humanitäre** Gründe und möchte das Thema auch auf europäischer Ebene voranbringen. Damit positioniert er sich als lösungsorientierter Staatsmann. Mit dem Begriff **Flüchtlingswellen** benutzt er eine gebräuchliche Metapher, die geflüchtete Menschen mit einer Naturkatastrophe in Beziehung setzt.

Der Landeshauptmann verweist zudem darauf, dass die Zahl der Krisenherde und damit die Flüchtlingsswellen anwachsen. Einmal mehr fordert er daher eine intensive europaweite Befassung mit der Thematik. Er erinnert daran, dass Österreich gemessen an der Einwohnerzahl bei der

129 Ebenda.

130 Presseaussendung des Amts der Kärntner Landesregierung am 29.7.2014: Aufnahmestopp in Traiskirchen: LH- Konferenzvorsitzender Kaiser zum Thema Asyl, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OTS0114/aufnahmestopp-in-traiskirchen-lh-konferenzvorsitzender-kaiser-zu-thema-asyl, (Zugriff: 5.2.2015).

Aufnahme von Asylwerbern nach Schweden und Malta an dritter Stelle liegt.¹³¹

Der Begriff der **Flüchtlingswelle** (wie auch Flüchtlingsstrom) wird aus postkolonialer Sicht kritisch betrachtet, da er zu einer Entmenschlichung der Flüchtlinge führt und den Anschein erweckt, die „Aufnahmegesellschaft“ würde von Flüchtlingen überrollt werden. Zwar gibt es in Österreich tatsächlich wieder einen Anstieg bei den Asylanträgen zu verzeichnen, doch das Hoch von 2002 ist noch lange nicht erreicht. Und auch der dritte Platz bei der Aufnahmebereitschaft muss in Relation dazu gesetzt werden, dass EU Länder prinzipiell nur einen sehr kleinen Teil der internationalen Flüchtlingsbewegungen aufnehmen. (Siehe Kapitel 5.3). Durch die dramatische Einschätzung der Situation vertieft Kaiser den Eindruck der Überforderung und Überlastung für die „österreichische Bevölkerung“.

Die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun, hat auf diese Dramatisierung in einer Aussendung zu Traiskirchen hingewiesen:

„Jetzt im Sommerloch mit einer Aufnahmesperre in Traiskirchen für mediale Furore zu sorgen, löst kein einziges Problem, sondern ist leider zum wiederholten Mal Inszenierung auf dem Rücken der Schutzsuchenden“, kritisiert die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun.¹³²

Sie ruft die geflüchteten Menschen hier als **Schutzsuchende** an. Mit dieser Formulierung stellt sie diese Menschen jedoch in eine passive Position; im übertragenen sowie im konkreten grammatikalischen Sinn. Die beanstandete Inszenierung kann hier auf Korun zurückgeführt werden. Indem sie für die Schutzsuchenden eintreten will, inszeniert sich Korun in der Position der Retterin oder zumindest einer moralischen Instanz. In derselben Aussendung kritisiert Korun Innenministerin und Landeshauptleute, die sich gegenseitig die Verantwortung zur Lösung des Unterbringungsengpasses zuschieben würden. Mit dem Rückhalt ihrer Partei, die in Opposition zur Regierung steht, weist sie hier Fehler der Mächtigen aus. Dies geschieht aus einer Position heraus, die selbst nach Macht und Einfluss strebt.

Im Hinblick auf die Postkoloniale Theorie und den Diskursbegriff Foucaults bleibt hier festzuhalten, dass der Faktor Macht bei der Analyse dieser Textstellen miteinzubeziehen ist. Die AkteurInnen besitzen im Sinne des politischen Systems unterschiedlich viel Macht, um

131 Ebenda.

132 Presseaussendung des Grünen Kubs im Parlament am 30.7.2014: Korun zu Traiskirchen-Sperre: Polit-Inszenierung auf Rücken der Schutzsuchenden löst kein Problem, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140730_OTS0047/korun-zu-traiskirchen-sperre-polit-inszenierung-auf-ruecken-der-schutzsuchenden-loest-kein-problem, (Zugriff: 5.2.2015).

ihre Forderungen geltend zu machen. Durch die Verbreitung der Aussendungen versuchen sie Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten und so ihre Macht zu vergrößern. Gleichzeitig stehen alle AbsenderInnen in einer Machtposition gegenüber den „Objekten“ ihrer Texte, den Flüchtlingen.

6.2.2 Suche nach Ersatzquartieren

Da für die steigende Zahl der AsylwerberInnen tatsächlich zu wenig Quartiere in den Bundesländern zur Verfügung standen und Traiskirchen nicht länger bereit war, den zusätzlichen Aufwand allein zu tragen, musste vom Innenministerium ab Juli 2014 nach Alternativen gesucht werden. Als eine Lösung wurde angedacht, leerstehende Kasernen zumindest zeitweise zur Unterbringung von AsylwerberInnen zu nutzen. Diese sollten unter der Verantwortung des Bundes stehen. Allerdings zeigten sich sehr schnell Probleme in der Umsetzung dieses Plans. Zunächst ist hierbei festzuhalten, dass eine Unterbringung in der militärischen Umgebung einer Kaserne zu einer Retraumatisierung der Geflüchteten führen kann, die häufig von Krieg und militärischer Verfolgung geflohen sind. Dies wird auch von NGO Seite häufig betont.¹³³

Zusätzlich birgt auch die tatsächliche Umsetzung Probleme, zunächst wegen der konkreten Zuständigkeiten innerhalb der Regierung (muss das Innenministerium die Kasernen dem Verteidigungsministerium abkaufen?) und weiter auf Grund lokaler Abwehrhaltungen gegen Flüchtlingsquartiere. Dieses Kräftemesse soll anhand der folgenden Beispiele illustriert und wiederum gezeigt werden, wie sich die verschiedenen AkteurInnen unter Anrufung postkolonialer Zuschreibungen in dem umstrittenen diskursiven Feld behaupten.

6.2.2.1 Kasernenkauf im Burgenland

Für mediales Aufsehen etwa sorgte der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) mit seiner Ankündigung, leerstehende Kasernen aufzukaufen, damit sie der Bund nicht als Flüchtlingsquartiere nutzen könne.

"Die Kasernen in Pinkafeld und Oberwart sollen gekauft werden und in burgenländische Hand kommen", gibt Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl eine diesbezügliche Initiative bekannt. Damit werde erreicht, dass die beiden Kasernenstandorte "jetzt und für die Zukunft nicht mehr als

¹³³ Siehe z.B. Presseaussendung Don Bosco Flüchtlingswerk am 23.9.2014: Zelte und Kasernen sind kein Ort für schutzsuchende Kinder und Jugendliche, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140923_OTS0043/zelte-und-kasernen-sind-kein-ort-fuer-schutzsuchende-kinder-und-jugendliche (Zugriff: 5.2.2015).

Asylquartiere zur Diskussion stehen".¹³⁴

Mit diesen Plänen stellt sich Niessl klar gegen die Regierungswünsche. Er erweckt den Anschein, die burgenländische Bevölkerung mit dem Kauf vor einem Übel bewahren zu können. Auch hier wird das Bild des Retters angerufen. Allerdings werden keine verfolgten Menschen, sondern die burgenländischen BürgerInnen geschützt/gerettet. Die Geflüchteten, die hier nicht direkt erwähnt werden, werden dennoch als Fremdbild gebraucht, vor denen es zu schützen gilt. Die Einstellungen Niessls wurden auch dadurch deutlich, dass er wenige Tage später die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen EU-Ländern forderte, um die Einreise von Flüchtlingen zu erschweren. Zu beachten ist, dass Niessl als Mitglied der SPÖ hier gegen die Parteilinie handelt, die sich sonst eher als AsylwerberInnen freundlich präsentiert. Aus diskurstheoretischer Sicht ist an diesem Beispiel interessant, dass Flüchtlinge, als die betroffenen Personen, aus dem Diskurs weitgehend ausgeschlossen werden. In keiner Weise geht Niessl darauf ein, dass Quartiere für diese Menschen tatsächlich benötigt werden. Er behandelt die Sache als reine Streitfrage zwischen Burgenland und der Bundesregierung. Österreichische Medien reagierten auf die Aussagen Niessls mit zum Teil sehr kritischer Berichterstattung, wie es auch im ausgewählten Quellenkorpus ersichtlich wird. So schreibt Reinhard Göweil in einem Leitartikel der Wiener Zeitung am 29.7.2014:

Die – vornehm ausgedrückt – erstaunlichste Wortmeldung zur aktuellen Asyl-Debatte kam vom burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Das Land wolle endlich zwei Kasernen kaufen, um ein für allemal auszuschließen, dort Asyl-Suchende unterzubringen. Das hätte die FPÖ auch nicht besser hingekriegt.¹³⁵

Solche kritischen Wortmeldungen von Seiten der Medien sind in den Quellen des Öfteren zu finden. Daraus lässt sich schließen, dass der politische Umgang mit geflüchteten Menschen nicht unhinterfragt bleibt.

6.2.2.2 Ersatzquartiere in Wien

Erfolgreicher läuft die Suche nach zusätzlichen Quartieren in der Hauptstadt Wien. Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) zeigte sich willig, Plätze für zusätzliche Asylwerbende

134 Presseaussendung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung am 29.7.2014: LH Niessl: "Kasernen sollen durch Kauf in burgenländische Hand kommen!", http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OTS0094/lh-niessl-kasernen-sollen-durch-kauf-in-burgenlaendische-hand-kommen, (Zugriff: 5.2.2015).

135 Presseaussendung der Wiener Zeitung am 29.7.2014: Wiener Zeitung: Leitartikel von Reinhard Göweil: "Niveaulose Asyl-Debatte", http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OTS0122/wiener-zeitung-leitartikel-von-reinhard-goeweil-niveaulose-asyl-debatte, (Zugriff: 5.2.2015).

bereitzustellen. In einer Presseaussendung gibt Häupl gemeinsam mit Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) die Eckpunkte des dazu vorgesehenen Plans bekannt:

Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Bürgermeister Michael Häupl stellen zu ihrer Vereinbarung über die Schaffung von Übergangsquartieren für Asylwerber fest:

Es wurde über drei Standorte gesprochen, zwei davon in Wien. Diese gehören der zum Wirtschaftsministerium ressortierenden Bundesimmobiliengesellschaft. In der ehemaligen Polizeiunterkunft in Erdberg stehen ab Montag maximal 350 Plätze zur Verfügung. In der ehemaligen Wirtschaftsuniversität finden bis zu 250 Asylwerber Platz, sobald die Räumlichkeiten nach den österreichweit geltenden Qualitätsrichtlinien adaptiert sind. Die Bundeshauptstadt hilft damit dem Bund aus der augenblicklichen Engpasssituation für eine Dauer von vier Monaten. In dieser Zeit sind die entsprechenden Folgequartiere österreichweit zu schaffen. Der Bund trägt sämtliche direkten und indirekten Kosten, die aus dieser Sondermaßnahme erwachsen.¹³⁶

Wien, neben Niederösterreich das einzige Bundesland, das zu diesem Zeitpunkt die Unterbringungsquoten erfüllt hat, erklärt sich also bereit, zusätzliche Asylwerbende aufzunehmen. Damit hilft Wien dem Bund, mit einer **Engpasssituation** umzugehen. Diese Wortwahl suggeriert, die Hauptstadt würde mit der Aufnahme der Flüchtlinge ein Opfer vollbringen. Michael Häupl präsentiert sich als der Retter aus einer unglücklichen Lage. Durch die strikte zeitliche Beschränkung der Maßnahmen macht er jedoch deutlich, dass die Asylwerbenden eigentlich nicht erwünscht sind. Im Vergleich zum vorangegangenen Beispiel um Landeshauptmann Niessl zeigt sich, wie unterschiedlich die Positionierungen innerhalb derselben Partei ausfallen können.

Häupls Vorgehen wird nicht von allen AkteurInnen gutgeheißen. Vor allem von der Wiener FPÖ kommt Kritik. Der Obmann der FPÖ-Landstraße, Kops stellt sich etwa vermeintlich schützend vor die Bevölkerung:

Der Kniefall Häupls vor der Bundesregierung, [sic] darf nicht auf dem Rücken der Bezirksbewohner ausgetragen werden. Zumal es scheint, als wisse die linke Hand nicht, was die linkslinke tut, wenn aus einem Großquartier im 3. Bezirk für 600 Asylanten, plötzlich drei Standorte werden und kurze Zeit später wieder nur mehr von zwei Herbergen die Rede ist. Zudem stellt sich die Frage, ob der Standort WU auch rechtzeitig adaptiert werden kann oder ob schlussendlich doch alle 600 Flüchtlinge in Erdberg landen, so Kops, der mit einer völligen Überforderung der Bezirksbewohner rechnet und befürchtet, dass auch die kolportierten vier Monate zum

136 Presseaussendung des BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft am 25.9.2014: Mitterlehner / Häupl: Vereinbarung über Übergangsquartiere in Wien getroffen, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140925_OTS0216/mitterlehner-haeupl-vereinbarung-ueber-uebergangsquartiere-in-wien-getroffen, (Zugriff: 5.2.2015).

Dauerzustand werden.¹³⁷

Die Unterstellung, die BezirksbewohnerInnen würden mit den Asylwerbenden überfordert werden, steht völlig ohne Zusammenhang und Erklärung. Unterschwellig wird hier ein Konfliktpotenzial aufgezeigt, welches jedoch nicht näher erläutert wird. Kops zweifelt die Befähigung der Zuständigen an, die Vereinbarungen, wie beschlossen, durchzusetzen. Er zeichnet ein Bild der Verantwortlichen, das von Chaos und Unordnung geprägt ist. Damit schürt er Ängste des Kontrollverlustes. Die Bezeichnung **linkslinke Hand** steht in einem eindeutig herabwürdigenden Zusammenhang. Der Begriff erweckt Assoziationen zu dem ebenfalls gern benutzten Konzept des „Gutmenschen“. Damit werden Menschen pauschaliert einem politischen Lager zugeteilt, indem sie sich selbst vielleicht nicht verorten würden. Mit tatsächlichen Inhalten „linker Theorie“ hat eine solche verkürzte Darstellung nichts zu tun. Dennoch wird das Bild einer radikalen Ideologie gezeichnet, die außerhalb der akzeptierten Norm liegt – nämlich links von der noch tolerierbaren Linken. Kops bedient sich hier einer gängigen Strategie populistischer Politik: Er stellt sich auf die Seite des „kleinen Mannes“, auf dessen **Rücken** scheinbar ungerechte Entscheidungen der Mächtigen ausgetragen werden. Diese Kritik an die „da oben“ gelingt nur aus einer Position heraus, in der die Partei nicht selbst konstruktiv zur Lösung offener Fragen beitragen muss. Dies gilt insbesondere für die „volksnahe“ Position eines Bezirkspolitikers, der für das Wohl der Menschen in seinem abgegrenzten Tätigkeitsfeld „gefährliche“ Einflüsse von außen abwenden möchte, ohne dabei auf überregionale Entwicklungen achten zu wollen.

Eine Ebene höher in der föderalen Struktur, argumentiert der Klubobmann der Wiener FPÖ, Johann Gudenus, mit ähnlichen Vorurteilen und Ängsten, bezieht aber auch internationale Bedingungen mit ein. Mit der Forderung nach einer Verschärfung des Dublin II Abkommens (seit 2014 eigentlich Dublin III) stellt er sich gegen das Urteil vieler Flüchtlingshilfsorganisationen, die die Abschaffung dieses Vorgehens befürworten.¹³⁸ Die Dublin Vereinbarung bestimmt, welches Land innerhalb der EU für die Abwicklung eines Asylverfahrens zuständig ist. In der Regel handelt es sich um jenes Land, in dem der oder die Schutzsuchende zum ersten Mal einen EU-Mitgliedsstaat betreten hat.¹³⁹

137 Presseaussendung der FPÖ Wien am 25.9.2014: FP-Kops gegen Unterbringung von Asylanten im 3. Bezirk, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140925_OTS0243/fp-kops-gegen-unterbringung-von-asylanten-im-3-bezirk, (Zugriff: 5.2.2015).

138 Siehe z.B. Asylkoordination Österreich: Präsentation der Asyldatenbank AIDA - Asylkoordination kritisiert Dublin Rückschiebungen, veröffentlicht am 9.9.2014, online unter: http://www.asyl.at/fakten_4/eu_2014_01.htm (Zugriff 2.1.2015).

139 Siehe Gesetzestext Dublinverordnung: Amtsblatt der Europäischen Union vom 29.6.2013, online unter:

Gudenus arbeitet in dieser Aussendung mit manipulativen Überspitzungen. Wien als das **Weltasylamt** zu bezeichnen, entbehrt jeglicher Relation. Erneut sind es die Wienerinnen und Wiener, die als schutzbedürftig angesehen werden, und nicht die AsylwerberInnen.

"Wien darf nicht länger das Weltasylamt sein! Es ist nicht menschlich, dass sich Flüchtlinge aus aller Welt auf eine gefährliche Reise begeben, um im vermeintlich gelobten Land zu landen. Es ist nicht menschlich, dass die Wienerinnen und Wiener, die unter der Gebührenlawine ersticken, zusätzlich noch für Asylanten aufkommen müssen", sagt Gudenus abschließend und fordert einmal mehr [sic] dass Bürgermeister Häupl sowie die Bundesregierung endlich auf die Durchsetzung des Dublin II Abkommens insistieren.¹⁴⁰

Mit der Bezeichnung **Asylant** bedient sich Gudenus einer Begrifflichkeit, die eigentlich als überholt gilt. Dennoch wird sie in bestimmten politischen Umfeldern gebraucht, um eine negative Darstellung von Asylwerbenden zu zeichnen. Wie Margret Jäger in einem Artikel zu Rassismus in den Medien festhält, werden durch das Suffix -ant im deutschen Sprachgebrauch negative Konnotationen wachgerufen, da beinahe ausschließlich negative Begriffe diese Endung aufweisen. Sie hält fest: „'Asylanten', das sind die Massen, die uns bedrängen, die mit dem Grundgesetz Mißbrauch treiben usw.“¹⁴¹ Gudenus bedient sich also einer Zuschreibung, die Flüchtlinge als Täter, im Sinne des Asylmissbrauchs, darstellt.

6.2.2.3 Zerissenheit in Kärnten

Wie schon beim Aufnahmestopp in Traiskirchen ersichtlich wurde, versuchte der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz das Thema der Flüchtlingsbetreuung zur Stärkung der eigenen Position zu nutzen. So zeigte er sich gegenüber der Bundesregierung als betont lösungsorientiert und gesprächsbereit. Relativ schnell verspricht Kaiser, neue Quartiere in Kärnten zu schaffen und die Quote zu erfüllen. Im untersuchten Quellenkorpus zeigt sich auffallend, wie stark die Opposition in Kärnten darauf reagiert. In einer Vielzahl von Presseaussendungen üben vor allem die Kärntner FPÖ und das BZÖ harte Kritik. Dabei greifen sie auf eine zum Teil sehr problematische Sprache zurück, wie folgende Beispiele veranschaulichen sollen. Zunächst zeigt aber eine Aussendung Kaisers

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0604&qid=1399150600127&from=DE> (Zugriff 2.1.2015).

140 Presseaussendung der FPÖ Wien am 26.9.2014: FP-Gudenus: Die Verbreitung des radikalen Islam in Wien ist hausgemacht, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140926_OTSO054/fp-gudenus-die-verbreitung-des-radikalen-islam-in-wien-ist-hausgemacht, (Zugriff: 6.2.2015).

141 Jäger, Margret: BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien. In: Entstehung von Fremdenfeindlichkeit: die Verantwortung von Politik und Medien; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. und 23. März 1993 in Potsdam/Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung - Bonn, 1993, S.74f.

vom 29. August, wie sich der Landeshauptmann mit dem Thema profilieren will und vor allem wie sich seine Tonart seit der ersten untersuchten Aussendung zum Aufnahmestopp in Traiskirchen vom 29. Juli verändert hat. Sprach er sich zunächst für ein **verstärkte[s] sachliche[s] Bemühen im Asylbereich**¹⁴² auf allen unterschiedlichen Ebenen aus, unterstreicht er nun die Verantwortung der Bundesregierung und findet kritische Worte und stellt Forderungen gegenüber dem Innenministerium.

"Flüchtlingspolitik liegt zu 100 Prozent in der Verantwortung der Innenministerin. Ich erwarte mir statt der Androhung von Zeltlagern und aus Fairness gegenüber den Bundesländern, dass sie dieses längst fällige neue Konzept der Flüchtlingsreferentenkonferenz am 23. und 24. September in Kärnten zur Behandlung vorlegt", macht Kaiser deutlich.

[...]

"Flüchtlingspolitik ist ein sensibles Thema. Ich erwarte mir, dass die Innenministerin den Bundesländern dabei ihre Pläne nicht über die Medien ausrichtet, sondern intern bespricht." Die Länder seien wie auch in der Vergangenheit bereit, Verantwortung zu übernehmen. Ein Drüberfahren, wie beispielsweise bei der sogenannten Polizeireform, wäre aber nicht nur alles andere als lösungsorientiert sondern völlig inakzeptabel.¹⁴³

Kaiser präsentiert sich immer noch pragmatisch und zeigt sich bereit, an einer Lösung mitzuarbeiten. Gleichzeitig stellt er klar, dass die Hauptverantwortung vom Bund getragen werden müsse. Er weist auf frühere Fehler in der Kommunikation hin und fordert eine Besserung in dieser Beziehung. Somit positioniert er sich erneut als Vermittler zwischen Bund und Ländern, wobei er im Gegensatz zu früheren Aussagen selbstbewusster auftritt und die eigene Stärke inszeniert. Formulierungen wie **Ich erwarte mir...** stellen ihn sprachlich in eine Position, von der aus er legitimiert ist, Forderungen zu stellen. Die Metapher des **Drüberfahrens** zeichnet ein radikales Bild von einem unterstellten absichtlichen Verletzen des politischen Gegenspielers. Von der Opposition im eigenen Bundesland wird ihm dennoch vorgeworfen, in der Flüchtlingsfrage zu lasch vorzugehen und sich dem Bund zu sehr unterzuordnen. So etwa in einer Aussendung vom Parteiobmann der FPÖ Kärnten, Christian Ragger. Dieser spricht sich klar gegen die Aufnahme zusätzlicher AsylwerberInnen in Kärnten aus und fordert einen noch restriktiveren Umgang mit Flüchtlingen. So kritisiert er Kaiser in einer Aussendung vom 2. September:

142 Presseaussendung des Amtes der Kärntner Landesregierung am 29.7.2014: Aufnahmestopp in Traiskirchen: LH- Konferenzvorsitzender Kaiser zum Thema Asyl, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OTS0114/aufnahmestopp-in-traiskirchen-lh-konferenzvorsitzender-kaiser-zu-thema-asyl, (Zugriff: 5.2.2015).

143 Presseaussendung des Amtes der Kärntner Landesregierung am 29.8.2014: Asyl: Kärntens Landeshauptmann fordert Konzept von BM Mikl-Leitner, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140829_OTS0094/asyl-kaerntens-landeshauptmann-fordert-konzept-von-bm-mikl-leitner, Zugriff: (6.2.2015).

Unter rot-grüner Führung wurde die Zahl der Asylanten in Kärnten um mehr als 50 % auf knapp 1.500 erhöht und diese Entwicklung will Landeshauptmann Peter Kaiser weiter beschleunigen.¹⁴⁴

Hier bleibt zu erklären, dass Ragger, wenn er von „Asylanten“ spricht, sowohl AsylwerberInnen in der Grundversorgung als auch Menschen, die bereits einen Aufenthaltsstatus im Land haben, meint. In einer anderen Aussendung spricht er deshalb von einer Erfüllung der Quote um 120 Prozent¹⁴⁵ – eine Zahl, die schlichtweg falsch ist, weil sie subsidiär Schutzberechtigte miteinbezieht. Eine solche Ungenauigkeit mit Begrifflichkeiten kann in einigen Aussendungen beobachtet werden, wie auch in folgender Aussage ersichtlich wird:

Er, Ragger, stehe dazu, dass Österreich Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufnehme. Doch es räche sich die bisherige lasche Asylpolitik, indem Asylstatus oder Aufenthaltsrechte großzügig bloßen Wirtschaftsflüchtlingen gewährt worden seien. Viele der vorhandenen Plätze seien damit "fehlbelegt". Bevor zusätzliche Asylanten aufgenommen werden, müsse dieser Missstand beseitigt werden."¹⁴⁶

Das österreichische Asylrecht beruft sich, wie in Kapitel 2.2 dargestellt, auf die Genfer Flüchtlingskonvention. Asylstatus wird also nur jenen Menschen zugestanden, die in ihrem Herkunftsland auf Grund ihrer „Rasse“, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Überzeugung verfolgt werden (dieser Flüchtlingsbegriff ist in der Literatur nicht unumstritten). Von der großzügigen Asylgewährung für **Wirtschaftsflüchtlinge** kann keinesfalls ausgegangen werden. Der Vorwurf des Asylmissbrauchs wird erneut ohne jegliche Begründung erhoben, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Außerdem wird auch hier der antiquierte Begriff des **Asylanten** gebraucht. Dieses Wort scheint jedoch auch beim Kärntner BZÖ noch gängig zu sein. Dieses fordert in einer Aussendung vom 2. September eine Beschränkung der Leistungen in der Grundversorgung (während die meisten NGOs für eine Anhebung der Tagsätze und übrigen Leistungen eintreten).

144 Presseaussendung der Freiheitlichen in Kärnten am 2.9.2014: Christian Ragger: Unverantwortliche Asylpolitik von LH Kaiser, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140902_OTSS0174/christian-ragger-unverantwortliche-asylpolitik-von-lh-kaiser, (Zugriff: 6.2.2015).

145 Presseaussendung der Freiheitlichen in Kärnten am 14.8.2014: Christian Ragger: Kärnten erfüllt Asylantenquote um mehr als 120 Prozent, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140814_OTSS0025/christian-ragger-kaernten-erfuellt-asylantenquote-um-mehr-als-120-prozent, (Zugriff: 6.2.2015).

146 Presseaussendung der Freiheitlichen in Kärnten am 2.9.2014: Christian Ragger: Unverantwortliche Asylpolitik von LH Kaiser, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140902_OTSS0174/christian-ragger-unverantwortliche-asylpolitik-von-lh-kaiser, (Zugriff: 6.2.2015).

"Wir sind für eine Reduzierung der Leistungen, zumal durch die ausufernde Asyl-Politik des roten Asylanten-Kaisers die Kosten für das Bundesland Kärnten ansteigen werden", so die beiden Abgeordneten für das BZÖ Kärnten.¹⁴⁷

Durch das Wortspiel mit dem Namen des Landeshauptmannes zeichnen die BZÖ-Abgeordneten ein Bild von Peter Kaiser, der sich über die Kärntner Bevölkerung hinwegsetzt und nach eigenem Gutdünken handelt. Auch der Vorwurf des falschen Umgangs mit öffentlichen Geldern klingt hier durch, was wiederum Ängste in der Bevölkerung schürt.

Am Beispiel der Kärntner Opposition zeigt sich, wie ungenau mit manchen Begrifflichkeiten im Asylwesen umgegangen wird, und wie manche Sachverhalte schlicht falsch dargestellt werden. Auch wenn solche Aussagen durchaus auf Kritik stoßen, prägen sie doch den Diskurs um Flüchtlinge maßgeblich mit. Nicht zuletzt aufgrund der dauernden Wiederholung (im untersuchten Zeitraum: 19 Aussendungen von Kärntner FPÖ und BZÖ) gehen die verfälschten Begriffe in den allgemeinen Sprachgebrauch der Menschen über.

Nachdem nun einige Beispiele aus den Bundesländern diskutiert wurden, soll nachfolgend die Position der Bundesregierung betrachtet werden.

6.2.3 Antworten der Bundesverantwortlichen

Während die Landeshauptleute sich zum Teil „schützend“ vor die Bevölkerung stellen, zum Teil der Bundesregierung ihr Entgegenkommen signalisieren, bleiben die Antworten der Bundes-Verantwortlichen eine Seltenheit. In der Zeitspanne, während der die Quellen publiziert wurden, gab es keine Aussendung, die direkt vom Innenministerium ausgeschickt wurde. Jedoch wird in einer Aussendung der Parlamentsdirektion zur Nationalratssitzung vom 18. September die Position der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) im Wortlaut wiedergegeben.

In Sachen Asylpolitik plädierte die Ministerin einmal mehr für eine faire Verteilung der Verantwortung zwischen den Bundesländern und der diesbezüglichen Einhaltung von Asyl-Quoten. "Ich kann nur von einer Bankrotterklärung der Gemeinden und Länder sprechen", sagte sie. Die Bemühungen der Länder würden angesichts der steigenden Asylanträge, in den letzten Wochen täglich bis zu 170, bei Weitem nicht ausreichen. Es sei deswegen alternativlos, für Asylunterkünfte und Quartiere auch gegen den Willen von Gemeinden zu sorgen, entgegnete die Ministerin der Kritik von

147 Presseaussendung des Bündnis Zukunft Österreich am 8.9.2014: BZÖ: Korak/Trodt-Limpl: OGH-Entscheidung zu Kärntner Flüchtling, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140908_OTS0114/bzoe-koraktrodt-limpl-ogh-entscheidung-zu-kaerntner-fluechtling, (Zugriff: 6.2.2015).

Josef Riemer (F) bezüglich des Asyl-Quartiers am Semmering. Um dem sogenannten "Floriani-Prinzip" entgegenzuwirken, brauche es deshalb einen neuen Automatismus der Grundversorgung. Ein entsprechendes Konzept werde nächste Woche im Zuge der Flüchtlingskonferenz eingebracht.¹⁴⁸

Mikl-Leitner findet hier harte Worte der Kritik an der fehlenden Mitarbeit der Länder. Eine **Bankrotterklärung** entspricht dem Vorwurf des Versagens der Bundesländer. Ihre Aussagen erinnern an die Zurechtweisung unfolgsamer Untergebener oder gar Kinder. Deutlich unterstreicht sie hier ihre Machtposition gegenüber den Ländern und Gemeinden, die sich ihr unterzuordnen haben. Dabei verzichtet sie auf moralische Motive, sondern gibt konkrete Maßnahmen über eine bestehende föderale Machtstruktur weiter. Eine direkte Anrufung der Flüchtlinge als Opfer oder gar TäterInnen kann hier nicht festgestellt werden. Vielmehr kommen die Flüchtlinge als betroffene Menschen wieder einmal gar nicht vor. Mikl-Leitners Priorität liegt in erster Linie darin, genügend Unterkunftsplätze zu schaffen. Deren Qualität und Beschaffenheit scheinen hingegen zunächst nicht zentral zu sein.

Auch Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) reagiert auf die Debatte. Am 30. September lädt er Landeshauptleute und Regierungsspitze zu einem Gespräch ins Bundeskanzleramt. Wichtigstes Ergebnis des Treffens ist ein Versprechen der Länder, bis zum Ende des Kalenderjahres 2014 ihre jeweiligen Unterbringungsquoten zu erfüllen (eine Abmachung, die eigentlich auch in den Jahren zuvor gegolten hatte, die jedoch selten erfüllt wurde). Trotzdem verkauft Faymann das Gespräch als großen Durchbruch in der Debatte.

"Wir haben uns bei unserem heutigen Gespräch mit den Landeshauptleuten darauf geeinigt, dass die Bundesländer bis zum Jahresende die 100 Prozent-Quote erreichen werden. Die hohen Flüchtlingszahlen sind für alle eine große Herausforderung. 1.500 Schutzsuchende in Traiskirchen sind unhaltbar, ebenso ist das Wiener Angebot, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, nur eine Notlösung. Wir haben daher klargemacht, dass 80 oder 85 Prozent nicht mehr als 'auch noch gut' gelten kann", erklärte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem heute, Dienstag, im Bundeskanzleramt abgehaltenen Bundesländertreffen und dankte für das konstruktive Gesprächsklima.¹⁴⁹

Zwar betont Faymann das **konstruktive Gesprächsklima**, macht in dieser Aussendung jedoch auch klar, dass die Landeshauptleute endlich die versprochenen Quoten zu erfüllen haben. Das abstrakte **Wir** bezieht sich wohl auf die Bundesregierung, womit Faymann Einigkeit mit dem Koalitionspartner darstellen möchte. Er möchte den Eindruck erwecken,

148 Presseaussendung der Parlamentsdirektion am 18.9.2014: Asylpolitik: Mikl-Leitner für Neustrukturierung der Grundversorgung, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140918_OT0211/asylpolitik-mikl-leitner-fuer-neustrukturierung-der-grundversorgung, (Zugriff: 10.2.2015).

149 Presseaussendung des Bundespressedienst am 30.9.2014: Bundeskanzler Faymann: Bis Jahresende werden alle Bundesländer ihre Quote erfüllt haben, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140930_OT0222/bundeskanzler-faymann-bis-jahresende-werden-alle-bundeslaender-ihre-quote-erfuellt-haben, (Zugriff: 10.2.2015).

die Regierung stehe entschlossen und entschieden hinter ihren Forderungen und würde die **große Herausforderung** der Flüchtlingsunterbringung endlich angehen. Mit seinem Anliegen, Traiskirchen und Wien zu entlasten, macht er den Landeshauptmännern Pröll und Häupl, zwei sehr einflussreichen Länder-Politikern, Zugeständnisse.

6.2.3 Untypische Aussendungen

Da es sich bei den untersuchten OTS-Presseaussendungen um Quellen in einer weitgehend institutionell normierten Form handelt, wird abschließend auf den Hinweis Landwehrs Bezug genommen, der rät, besonders auf Texte zu achten, die von dieser Norm abweichen.

„In diesen Fällen kommt normabweichenden Texten eine besondere Bedeutung zu, da sie durch ihre untypische Qualität diejenigen Merkmale stärker hervorheben, die sich ansonsten nur mühsam erschließen lassen.“¹⁵⁰

Daher sollen zum Abschluss der Mikroanalyse Aussagen aus „untypischen“ Aussendungen diskutiert werden und mit den vorangegangenen Beispielen in Beziehung gesetzt werden. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Aussendungen der etablierten Parteien kaum mit dem normierten Muster brechen und ihrer Parteilinie, bzw. ihrer Position im föderalistischen System, Folge leisten. Zu erwähnen sind hingegen Aussendungen von Medien, vor allem Zeitungen, die sich sehr kritisch mit der Debatte auseinandersetzen, ohne in vorgegebene Sprachmuster zu verfallen. Wie zum Beispiel in folgendem Kommentar von Irene Brickner, aus dem Standard vom 22. September. In einem Auszug heißt es:

Tatsächlich fehlt es nicht an Menschen und Institutionen, die bereit wären, Asylwerber aufzunehmen. Trotz der vielfach als zu niedrig kritisierten Tagsätze für die Flüchtlingsunterbringung – im Regelfall 19 Euro pro Tag und Person – wäre die Zahl vorliegender Offerte aus Gasthöfen, Heimen und anderen Projekten geeignet, die Situation spürbar zu entlasten.¹⁵¹

Damit spricht sie einen Aspekt an, der in der übrigen Debatte komplett verloren geht. Nämlich dass es durchaus den Willen in weiten Teilen der Bevölkerung gibt, Flüchtlinge in der eigenen Gemeinde zu beherbergen. Für einige BetreiberInnen von Unterkünften würde sich die Aufnahme von Flüchtlingen trotz der geringen Tagsätze auch finanziell lohnen. Viele Menschen sehen außerdem durchaus den Mehrwert im Zusammenleben mit Flüchtlingen. Weiter spricht Brickner die föderalistischen Machtkämpfe in der Debatte an, die sonst kaum offen thematisiert werden.

150 Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 116f.

151 Presseaussendung des Standard am 22.9.2014: DER STANDARD-Kommentar: "Progressive Asylquartier-Paralyse" von Irene Brickner, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140922_OTS0157/der-standard-kommentar-progressive-asylquartier-paralyse-von-irene-brickner, (Zugriff: 10.2.2015).

Doch die seit 2004 geltende Grundversorgungsvereinbarung eröffnet einen föderalistischen Handlungsspielraum, den etliche Bürgermeister nutzen, um potenziellen Asylwerber-Unterbringern bürokratische Knüppel in den Weg zu werfen. Und manch mutloser Asyl-Länderverantwortlicher lässt die Ortschefs gewähren. Kurzsichtig folgt er oder sie einer eingeübten Furcht vor "Asylwerber raus"-Parolen, auch wenn die, die brüllen, vielleicht gar nicht zahlreicher, sondern nur lauter sind als jene, die einverstanden wären.¹⁵²

Erneut spricht sie das Vorurteil an, die Bevölkerung würde sich immer gegen AsylwerberInnen in der eigenen Gemeinde wehren. Tatsächlich seien es manchmal die BürgermeisterInnen, die sich vor politischen Entscheidungen fürchten. Brickner kritisiert hier die Verhinderungstaktiken auf Gemeindeebene. Sie lehnt sich mit ihrem Kommentar gegen einen Diskurs auf, in dem die Furcht vor den Flüchtlingen als gegeben angenommen wird.

Naheliegender ist auch der Gedanke, dass Aussendungen von NGOs und „Hilfsorganisationen“ im Bereich des Flüchtlingswesens ebenfalls Ausnahmen im diskursiven Mainstream bilden. Allerdings gehen nur wenige über den reinen Opferdiskurs hinaus (Hilfe für „verwundbare Migranten“¹⁵³). Umso mehr fiel eine Aussendung von SOS Mitmensch auf. In den 173 Aussendungen wird hier das einzige Mal ein Flüchtling direkt zitiert. Zwar bezieht sich die Aussendung nicht auf die Unterbringungsdebatte, überschneidet sich jedoch zeitlich mit dem Diskussionsraum und spielt daher ebenfalls in den Repräsentationsrahmen der Flüchtlinge hinein. Bei der Aussendung handelt es sich um die Ankündigung eines längeren Interviews mit dem politischen Aktivistin Emmanuel Mbolela, der im MO-Magazin über seine zweijährige Flucht aus dem Kongo berichtet. In der Aussendung werden auch kritische Worte über Europa weitergegeben.

"Das Afrika der Misere, das Menschen zeigt, die die Arme verschränken und warten, bis es besser wird, ist in Europa sehr dominant. Von den Menschen, die sich organisieren, von einem Mittelstand, vom Fortschritt, den es auch gibt, wird kaum etwas berichtet. Die Berichterstattung sollte man der Wirklichkeit anpassen. Man muss eben beides zeigen", fordert Mbolela im Gespräch mit dem MO-Magazin.¹⁵⁴

Auch er bricht mit dem vorherrschenden Diskurs und spricht sogar direkt die Vorurteile an, die diesen Diskurs begründen. Die Vorstellungen eines homogenen rückständigen Afrikas sind in Europa weit verbreitet. Sie sind die Grundlagen für rassistische Vorurteile und eines

152 Ebenda.

153 Presseaussendung des Österreichischen Roten Kreuzes am 8.8.2014: Rotes Kreuz fordert legale Wege zum Asylverfahren, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140808_OT0070/rotes-kreuz-fordert-legale-wege-zum-asylverfahren, (Zugriff: 10.2.2015).

154 Presseaussendung von SOS Mitmensch am 5.9.2014: MO-Magazin: Mbolela: "Europa hat verzerrtes Bild von Schleppern", http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140905_OT0041/mo-magazin-mbolela-europa-hat-verzerrtes-bild-von-schleppern, (Zugriff: 10.2.2015).

Diskurses, der afrikanische Flüchtlinge als nicht-handlungsmächtige Opfer beschreibt. Diese Stereotype sind mit einer langen Geschichte der Unterdrückung und Ausbeutung Afrikas verbunden. Die Postkoloniale Theorie möchte solche Zusammenhänge deutlich machen. Ein positives Afrika-Bild (das nicht exotisiert) kommt tatsächlich kaum in westlichen Medien vor.

Nachdem nun auch von der Norm abweichende Aussendungen gezeigt wurden, wird umso deutlicher, wie sehr diese aus der Masse der übrigen Texte hervorstechen. Sie haben gezeigt, dass es durchaus Versuche gibt, den vorherrschenden Diskurs zu verändern. Allerdings werden die angesprochenen Vorurteile von einem weit überwiegenden Teil der AbsenderInnen der Pressemitteilungen weiter verfestigt und nicht hinterfragt. Dies ist auch eines der Ergebnisse der nun folgenden Diskursanalyse, die die Erkenntnisse der Mikroanalyse zusammenfassen soll.

6.3 Diskursanalyse

Nach Landwehr ergibt sich die Analyse eines Diskurses aus „einer Reihe von regelmäßig wiederholten Aussagen zu einem bestimmten Themenkomplex“. ¹⁵⁵ Im vorangehenden Kapitel wurde versucht, eine Auswahl an Aussagen zum Diskurs um die Unterbringung von Flüchtlingen in Österreich anzuführen und diese auf ihre sprachlichen und kontextuellen Eigenheiten hin zu untersuchen. In einem abschließenden Schritt sieht die historische Diskursanalyse nun vor, diskursive Zusammenhänge und Tendenzen hervorzuheben, die über die Summe der einzelnen Texte hinausgeht. Bei der Analyse des Gesamtdiskurses komme es „auf die Frage nach den Grenzziehungen, nach der Etablierung der legitimen Weltsicht im zeitlichen Wandel an“. ¹⁵⁶ Ziel sei es, „die unhinterfragten, weil selbstverständlichen Wissensbestände über die – jeweils historische – Wirklichkeit [zu] benennen.“ ¹⁵⁷ Dies wird im nun folgenden Kapitel versucht.

Aus einer postkolonialen Sichtweise kann festgestellt werden, dass im untersuchten Flüchtlingsdiskurs eine Grenzziehung zwischen ÖsterreicherInnen als dem „Selbst“ und Flüchtlingen als den „Anderen“ vollzogen wird. Dies kann nur geschehen, indem bei der Rechtfertigung der unterschiedlichen Rollen eine koloniale Vergangenheit, die beide Seiten beeinflusst, ausgeblendet wird. Erst dadurch wird es möglich, dass eine westliche Gesellschaft oder im konkreten Fall ein Ausschnitt der österreichischen Gesellschaft, sich über die

155 Landwehr: Geschichte des Sagbaren, S. 131.

156 Ebenda, S. 131.

157 Ebenda, S. 132.

Berufung auf Flüchtlinge selbst definiert. In diesem Prozess der Fremdzuschreibungen wird ein starker Fokus auf den Nationalstaat Österreich gelegt, über dessen Zugehörigkeit die beiden Gruppen voneinander getrennt werden. Es wird der Eindruck erweckt, das „Selbst“, also die österreichische Nation, müsse vor schadhafte äußeren Einflüssen geschützt werden. Diese schadhafte Einflüsse erscheinen im Diskurs entweder als die Flüchtlinge selbst oder werden aus dem Umgang mit dieser „fremden“ Gruppe gezogen. So wird es ebenfalls als Angriff gegen das „Selbst“ gewertet, wenn auf „humanitäre“ und moralische Verpflichtungen nicht ausreichend geachtet wird. Diese moralischen Verpflichtungen gegenüber den Flüchtlingen werden ihnen als passiven Opfern eines Unrechts zugesprochen. Den Flüchtlingen kommen im Diskurs also zwei unterschiedliche Rollen zu: die Rolle des Opfers, welches des Schutzes der österreichischen Nation bedarf, und die Rolle des Täters/der Täterin, der/die diesen Schutz unrechtmäßig einfordert. Zu diesem Schluss kommen auch Heike Niedrig und Louis Henri Seukwa, die in ihrem Artikel zur „Ordnung des Diskurses zur Flüchtlingskonstruktion“ ein „Täter-Opfer-Retter“ Beziehungsdreieck ausfindig gemacht haben. In ihrem Beitrag stellen sie dar, wie äußerst komplexe rechtliche Sachverhalte, die die Legitimation von Fluchtgründen erfassen wollen, im Alltagsverständnis zu einer Dichotomie von „echten Flüchtlingen“ gegen „Scheinasylanten“ verknüpft werden.¹⁵⁸

Dies zeigt sich auch in den untersuchten Presseaussendungen, in denen häufig zwischen Kategorien der „guten und bösen bzw. echten und falschen“ Flüchtlinge unterschieden wird, die entweder hilflose Opfer oder „AsylmissbraucherInnen“ sind. Der österreichischen Gesellschaft wiederum kommt die Rolle des Retters zu oder auch des Opfers, das von böswilligen „Wirtschaftsflüchtlingen“ überrannt wird. Niemals jedoch kommt Österreich die TäterInnenrolle zu, weil es etwa über wirtschaftliche oder politische Verbindungen in einer anderen Region der Welt an der Produktion von Fluchtgründen mitwirkt. Eine solche Möglichkeit wird komplett aus dem Diskurs ausgeschlossen.

Wie zu erwarten war, zeigt sich die unterschiedliche Positionierung im Diskursfeld in einer parteipolitischen Färbung der AkteurInnen. So tendieren Meldungen der FPÖ eher zu einer Täterzuschreibung an Flüchtlinge, und Meldungen aus dem Umkreis der Grünen oder Flüchtlingshilfsorganisationen stellen Flüchtlinge eher als Opfer dar. Interessant ist jedoch, dass sich gerade bei Parteien der politischen Mitte die Positionierung weniger über Parteizugehörigkeit als über die jeweilige Stellung im föderalistischen System zeigt. So gab es keine Meldung eines Politikers oder einer Politikerin auf Gemeinde/Bezirksebene, die sich für

¹⁵⁸ Vgl. Niedrig, Heike/Seukwa, Louis Henri: Die Ordnung des Diskurses in der Flüchtlingskonstruktion: Eine post-koloniale Relektüre. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung Heft 2-2010, S. 185.

die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen hätte. Hier überwiegen Darstellungen einer „Überforderung“ der Bevölkerung, von Flüchtlingsheimen als „Probleme“ und „Belastungen“, von Flüchtlingen als potenzielle „Gefahr“ des friedlichen Zusammenlebens. Diese Darstellungsformen können über weite Teile der politischen Bandbreite festgestellt werden. Wenn es auf Gemeinde-Ebene keine dieser „Abwehrhaltungen“ gibt, gibt es überhaupt keine Meldungen zum Thema. Auf Länderebene ist dieses Bild ein wenig differenzierter. Je nach Interesse und Kalkül zeigen sich die LändervertreterInnen durchaus willig, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und ihren „humanitären“ Pflichten nachzukommen. Häufig wird die Bereitschaft unterstrichen, Forderungen der Bundesregierung nachzukommen. Auf der anderen Seite wird von manchen Länderverantwortlichen die Gelegenheit genutzt, die eigene Stärke zu demonstrieren, indem man dem Bund eben nicht Gehorsam leistet. Diese unterschiedlichen Positionen lassen sich etwa an den Aussendungen der Landeshauptmänner Kaiser und Niessl nachvollziehen. Beide gehören derselben Partei (SPÖ) an. Doch während Kaiser sich in der Debatte als ausgesprochen gesprächsbereit und lösungsorientiert (gegenüber der Bundesregierung) präsentiert, verfolgt Niessl eine andere Strategie und unterstreicht stattdessen die eigenen Kompetenzen im Bundesland. Auf Nationalratsebene sind die unterschiedlichen Parteipositionen am klarsten ersichtlich und weniger von föderalen Machtkämpfen übertönt. Auf Bundesregierungsebene wird dagegen eher auf Pragmatismus gesetzt. Zwar überwiegt hier der Opferdiskurs, doch wird er manchmal aufgelöst und geht in einem stark bürokratisierten Sprachgebrauch auf. Generell ist es zu begrüßen, wenn das Thema der Flüchtlingsunterbringung nicht emotionalisiert diskutiert wird, doch die Darstellung dieser Menschen als rein bürokratisches, organisatorisches Problem birgt ebenfalls Gefahren. Die vielschichtigen, individuellen Erfahrungen der Flüchtlinge werden in einer solchen Sprache gleichgemacht, auf unterschiedliche Bedürfnisse wird keine Rücksicht genommen.

In Verbindung zu den eingangs beschriebenen Theorien der postkolonialen VertreterInnen kann weiter festgehalten werden, dass, über welche Zuschreibungen auch immer, die Flüchtlinge über den Diskurs der politischen AkteurInnen als „andersartig“ identifiziert werden. Sie stellen eine außerhalb der Mehrheitsgesellschaft befindliche Gruppe dar, die in den unterschiedlichen Vorstellungen ein je in sich homogenes Gebilde formt. Die wichtigste Charakteristik dieser Menschen ist ihr Status als Flüchtling. Andere individuelle Eigenschaften, Talente oder Fähigkeiten der Personen finden keinen Eingang in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Innerhalb des Diskurses können sie, wenn überhaupt, nur in der ihnen von außen zugeschriebenen Rolle auftreten.

7 Fazit

Zum Abschluss der Arbeit soll kurz festgehalten werden, wie sich die Debatte um die Unterbringung von AsylwerberInnen nach dem Ende des untersuchten Zeitraums weiterentwickelt hat: Nachdem bei dem „Asylgipfel“ Ende September 2014 beschlossen wurde, dass die Länder bis Jahresende ihre Quoten zu erfüllen hätten, herrschte eine allgemeine Zuversicht, dieses Ziel auch zu erreichen. Im November 2014 konnte eine weitere Einigung im Zuge einer Landeshauptleutekonferenz erzielt werden, die die Schaffung neuer „Verteilerzentren“ vorsieht, um die bestehenden Erstaufnahmestellen zu entlasten. Anfang Februar 2015 und somit nach Ablauf der festgesetzten Frist, hatten immer noch vier Bundesländer ihre Quoten nicht erreicht. Das Burgenland, Oberösterreich und Kärnten hatten ihre Vorgaben deutlich unterschritten, Salzburg lag knapp unter der 100 Prozent Marke.

Jenseits dieser zu erwartenden, realpolitischen Schwierigkeiten, hat sich der Diskurs um die Flüchtlinge nicht verändert. Zwar kam der Diskussion weniger öffentliche Aufmerksamkeit zu, doch dies änderte nichts an der Tonart, in der über AsylwerberInnen gesprochen wurde und wird. Wie die vorliegende Arbeit gezeigt hat, ist diese Tonart geprägt von mehreren Faktoren, die sich mithilfe postkolonialer Erkenntnisse analysieren lassen.

Es zeigte sich, dass Flüchtlinge in Österreich nicht selbst darüber bestimmen, was und wie über sie gesprochen wird. Vielmehr ist der öffentliche Diskurs geprägt von Zuschreibungen, die von gesellschaftlich „mächtigen“ Positionen aus gemacht werden. Wie die Diskursanalyse offenbarte, sind diese Zuschreibungen geprägt von den in der Gesellschaft inhärenten Vorstellungen gegenüber „andersartigen“ Menschen. Aus einer postkolonialen Perspektive heraus können diese Zuschreibungen als rassistisch verstanden werden. So hält der Wiener Publizist Ljumbomir Bratic fest:

„Rassismus ist heutzutage nicht mehr entlang der biologistischen Leitlinien definiert, sondern kommt aus der Mitte der Gesellschaft, indem die >>Fremden<< als eine grundsätzlich und für alle Zeit >>andere<< Kategorie Menschen konstruiert werden. Die >>Fremden<< haben nach dieser ideologischen Formation unbekannte und nicht einzuschätzende kollektive Absichten und Interessen. Und ihre Anwesenheit ist für das sonst friedliche und gesittete Gemeinwesen des >>österreichischen Volkes<< eine permanente und unkalkulierte Bedrohung.“¹⁵⁹

159 Bratic, Ljumbomir: Politischer Antirassismus. Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Intervention, Wien, Löcker, 2010, S. 140.

Solche Bedrohungsgefühle waren aus den untersuchten Quellen häufig herauszulesen. Sie werden vor allem von rechtspopulistischen Parteien geschürt, die daran interessiert sind, ihre WählerInnenschaft in einem Angstzustand zu halten, um sich als deren FürsprecherInnen positionieren zu können.

Doch auch bei vielen GemeindepolitikerInnen anderer parteilicher Ausrichtung war diese Strategie zu erkennen. Im Gegensatz dazu appellierten einige politische AkteurInnen, wie auch verschiedene Flüchtlingshilfsorganisationen, an das moralische Verantwortungsgefühl der ÖsterreicherInnen, den „wehrlosen“ Flüchtlingen helfen zu müssen. Doch auch ein solcher Opferdiskurs führt dazu, dass den betroffenen Menschen ihre Handlungsmacht abgesprochen wird. Denn dadurch, dass Flüchtlinge nur als hilfsbedürftige Opfer (oder skrupellose TäterInnen) angesehen werden, fehlt es in der Gesellschaft an einer alternativen Sichtweise, die Chancen im Zusammenleben mit Flüchtlingen in den Vordergrund rücken könnte. Eine Sichtweise, die dazu führen könnte, es zuzulassen, dass sich geflüchtete Menschen selbst in (nicht nur informellen) Organisationseinheiten zusammenschließen und selbst für ihre Anliegen sprechen. Eine solche Sichtweise könnte auch die Möglichkeit zulassen, dass es von Nutzen für die so genannte „Aufnahmegesellschaft“ sein kann, Flüchtlinge in das Land zu holen und ihnen mit Wertschätzung zu begegnen. Offenbar wirken andere Interessen stärker, die kein Bekenntnis zu einer pluralistischen Gesellschaft beinhalten. So hält Bratic fest: „Sie [MigrantInnen] sind eine Herausforderung für den Nationalstaat und seine, auf die Integration und Homogenisierung ausgerichtete Regulierungstechniken“.¹⁶⁰

Die vorliegende Arbeit hat den Versuch unternommen, einen kleinen Ausschnitt dessen darzustellen, was den Umgang mit Flüchtlingen in Österreich ausmacht. Der untersuchte Diskurs gibt Hinweise auf einen kleinen Teil eines komplexen Beziehungsgeflechts zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen, der österreichischen Bevölkerung und den Flüchtlingen.

Den Anspruch, durch diese Betrachtungsweise einen direkten Rückschluss auf die konkreten Lebenssituationen der Flüchtlinge ziehen zu können, kann die Arbeit nicht erfüllen. Doch durch die theoretischen Annahmen, die der Arbeit zugrunde liegen, wird davon ausgegangen, dass zumindest ein wesentlicher Zusammenhang zwischen Diskurs und der sozialen Wirklichkeit besteht, bzw. der Diskurs durchaus spürbare Auswirkungen nach sich zieht. So wurde ersichtlich, dass im Einklang mit Foucaults Einschätzungen Themen und Tonart des Diskurses von einer gesellschaftlichen „Machtposition“ aus gesetzt werden. Die AkteurInnen, die über den Diskurs bestimmen, festigen durch den Diskurs ihre überlegene Stellung im

¹⁶⁰ Ebenda, S. 72.

gesellschaftlichen System. Die Nicht-Teilhabe am Diskurs wiederum beschränkt Flüchtlinge in ihren Möglichkeiten der Selbstbestimmung.

Es bleibt festzuhalten, dass Flüchtlinge durchaus trotzdem Wege finden, sich auf kreative und vielfältige Weise untereinander zu vernetzen und ihre persönlichen Lebensbereiche eigenmächtig zu gestalten. Solche Strategien auszuweisen, wäre mit Sicherheit ein weiteres spannendes Thema und einer näheren Betrachtung wert.

In der vorliegenden Arbeit jedoch lag der Fokus auf einer politischen Öffentlichkeit, in der über die institutionellen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens mit Flüchtlingen verhandelt wird. In dieser Öffentlichkeit (diesem Diskurs) kommt den Flüchtlingen keine Äußerungsmöglichkeit und somit keine Handlungsmacht zu. Es zeigte sich, wie stattdessen koloniale Stereotype weiter verfestigt werden und die Flüchtlinge als die immerwährenden „anderen“ von der gleichberechtigten Teilhabe am sozialen Leben ausgeschlossen werden. Es zeigte sich aber auch, dass sich innerhalb des Diskurses Widerstand bilden kann. An wenigen Beispielen konnte gezeigt werden, dass etwa manche österreichische Medien den Diskurs kritisch hinterfragen und manche Flüchtlingshilfsorganisationen versuchen, die betroffenen Menschen endlich selbst zu Wort kommen zu lassen. Diese Erkenntnisse lassen darauf schließen, dass es durchaus möglich wäre, den Flüchtlings-Diskurs in Zukunft in andere Richtungen zu lenken. Dazu müssten jedoch wohl erst bestehende Machtstrukturen aufgebrochen werden, bzw. müssten sich die Interessen der Menschen ändern, die über den Diskurs bestimmen. Bis dahin sollte diese Arbeit zumindest einen Teil dazu beigetragen haben, die Strukturen dieses Diskurses aufzuzeigen und auf das Ungleichgewicht darin hinzuweisen.

8 Literatur und Quellen

Ashcroft, Bill (Hrsg.): The post-colonial studies reader, London, Routledge, 1997.

Asylkoordination Österreich: Präsentation der Asyl Datenbank AIDA - Asylkoordination kritisiert Dublin Rückschiebungen, veröffentlicht am 9.9.2014, online unter: http://www.asyl.at/fakten_4/eu_2014_01.htm (Zugriff 2.1.2015).

Aumann, Theresa: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich: Erfahrungen mit und in einem Patenschaftsprojekt, Diplomarbeit, Universität Wien 2014.

Austria Presse Agentur APA: The Value of Information, http://www.apa.at/Site/Nachrichtenagentur/The_value_of_Information.de.html (Zugriff: 16.1.2015).

Bauböck, Rainer: Migrationspolitik. In: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, Verlag Manz, 3. Auflage 1997, online unter: http://www.okay-line.at/file/656/osterr_migr_integr_politik.pdf (Zugriff: 11.12.2014).

Bauer, Werner T.: Zuwanderung nach Österreich. Wien, ÖGPP, 2008, S. 6, online unter: <http://opus.kobv.de/zlb/volltexte/2008/6401/pdf/zuwanderungnachoesterreich.pdf>, (Zugriff: 5.12.2014).

Bundesministerium für Inneres: Asylstatistik, online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asylantraege_seit_1999.pdf (Zugriff: 12.12.2014).

Bußjäger, Peter (Hrsg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010.

Bußjäger, Peter: Intergouvernementale Beziehungen in Österreich und politische Entscheidungsprozesse. In: Bußjäger, Peter (Hrsg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010, S. 121-130.

Bratic, Ljumbomir: Politischer Antirassismus. Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Intervention, Wien, Löcker, 2010

Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld, transcript Verlag, 2005.

Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

Eder, Franz X.: Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung. In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 9-26.

Eurostat: Asylum applicants and first instance decisions on asylum applications: 2013, online unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-14-003/EN/KS-QA-14-003-EN.PDF (Zugriff: 12.12.2014).

Fallend, Franz: Vom Konsens zum Konflikt? Treibende Kräfte, Entscheidungsmuster und aktuelle Entwicklungen der Bund-Länder-Beziehungen in Österreich, In: Bußjäger, Peter (Hrsg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010, S. 1-18.

Fassmann, Heinz/Münz, Rainer: Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen, Wien, Jugend & Volk, 1995.

Fassmann, Heinz (Hrsg): Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen, Frankfurt am Main, Campus Verlag, 1996.

Fassmann, Heinz/Münz, Rainer: Österreich – Einwanderungsland wider Willen, In: Fassmann, Heinz (Hrsg): Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen, Frankfurt am Main, Campus Verlag, 1996, 209-230.

Fassmann, Heinz (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt, Drava-Verl., 2007.

Fischer, Wladimir: Vom ›Gastarbeiter‹ zum ›Ausländer‹. Die Entstehung und Entwicklung des Diskurses über ArbeitsmigrantInnen in Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur 53.3 (2009), S. 248-266.

Fischer-Tiné, Harald: Postkoloniale Studien. Auf: Europäische Geschichte Online, erschienen am 3.12.2010, online unter: <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-und-die-welt/postkoloniale-studien/harald-fischer-tine-postkoloniale-studien> (Zugriff: 11.11.2014).

Foucault, Michel: Michel Foucault – Die Hauptwerke, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 3. Auflage, 2013.

Foucault, Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften [Erstveröffentlichung 1966], In: Michel Foucault – Die Hauptwerke, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 3. Auflage, 2013, S.7-470.

Foucault, Michel: Archäologie des Wissens [Erstveröffentlichung 1969], In: Michel Foucault – Die Hauptwerke, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 3. Auflage, 2013, S. 471-700.

Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch, 1991.

Franck, Norbert: Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Leitfaden für Verbände, Vereine und Institutionen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2012.

Fronek, Heinz: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich. Asylverfahren und Lebensverhältnisse, Wien, Mandelbaum Verlag, 2010.

Genfer Flüchtlingskonvention (laut BGBl in Österreich), Jänner 1955, online unter: http://www.unhcr.at/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1_international/1_1_voelkerrecht/1_1_1/F_R_int_vr_GFK-GFK_AUS.pdf (Zugriff: 11.12.2014).

Gesetzestext Dublinverordnung: Amtsblatt der Europäischen Union vom 29.6.2013, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0604&qid=1399150600127&from=DE> (Zugriff 2.1.2015).

Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG, online unter: [RIS - Bundesgesetzblatt authentisch ab 2004 - BGBl. I Nr. 80/2004,](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_80/BGBLA_2004_I_80.html)
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_80/BGBLA_2004_I_80.html
(Zugriff: 5.12.2014).

Gutierrez Rodriguez, Encarnacion: Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik. In: Steyerl, Hito/ Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Münster, Unrast Verlag, 2012, S. 17-37.

Ha, Kien Nghi: Hype um Hybridität. Kultureller Differenzkonsum und postmoderne Verwertungstechniken im Spätkapitalismus, Bielefeld, 2005.

Habermann Friederike: Mehrwert, Fetischismus, Hegemonie. Karl Marx' >>Kapital<< und Antonio Gramscis >>Gefängnishefte<< in: Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra: Schlüsselbegriffe der Postcolonial Studies, Wiesbaden, Springer VS, 2012.

Haslinger, Peter: Diskurs, Sprache, Zeit, Identität. Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte, In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, 27-50.

Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien, Dachs Verlag, 1995.

Heiss, Gernot et al. (Hrsg.): Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges: auf getrennten Wegen ins neue Europa, Ústí nad Labem, Albis International, 2009.

Hochgeschwender Michael: Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts, In: Politische Mitteilungen. Band 11, Heft 1, 2013, S. 1-30.

Hüffel, Clemens u.a. (Hrsg.): Medien und Politik. Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus? Holzhausen Verlag, 2008.

INEX Politics of Inclusion & Exclusion, online unter: <http://inex.univie.ac.at/> (Zugriff 29.1.2015).

IOM Wien, BM.I: Integrationspraktiken in Österreich. Eine Landkarte über Integrationspraktiken und -philosophien von Bund, Ländern und Sozialpartnern, 2005.

Jäger, Margret: BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien. In: Entstehung von Fremdenfeindlichkeit: die Verantwortung von Politik und Medien; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. und 23. März 1993 in Potsdam/Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung - Bonn, 1993, S. 73-100.

Jäger, Siegfried: Diskursive Vergegenkunft. Rassismus und Antisemitismus als Effekte von aktuellen und historischen Diskursverschränkungen, In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 239-252.

Käfer, Patricia: Die Austria Presse Agentur (APA), das täglich' Brot, In: Hüffel, Clemens u.a. (Hrsg.): Medien und Politik. Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus? Holzhausen Verlag, 2008, S. 37-38.

Karlhofer, Ferdinand: A federation without federalism? Zur Realverfassung der Bund-Länder-Beziehungen, In: Bußjäger, Peter (Hrsg.): Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern, Wien, Braumüller, 2010, S. 131-146.

- Klawitter, Arne: Die Kategorie des Neuen aus wissensarchäologischer Perspektive. In: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 151-170.
- Kohlbacher Josef: Entwicklung der Asylanträge 1997-2006. In: Fassmann, Heinz (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt, Drava-Verl., 2007, S. 163.
- KriMi Kritische Migrationsforschung, online unter: <https://www.univie.ac.at/kritische-migrationsforschung/index.html> (Zugriff 29.1.2015).
- Langthaler, Herbert/Trauner, Helene: Das österreichische Asylregime unter besonderer Berücksichtigung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen. In: SWS-Rundschau 49(4), 2009, S. 446-467.
- Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hrsg.): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak. (Introduction), London, Routledge, 1996.
- Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen, edition diskord, 2001.
- Matouschek, Bernd et al.: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz, Wien, Passagen Verlag, 1995.
- McLeod, John: Introduction, In: McLeod, John (Hrsg.): The Routledge Companion to Postcolonial Studies, London und New York, Routledge, 2007, S. 1-18.
- Mecheril, Paul et al. (Hrsg.): Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung, Springer VS, 2013.
- Mecheril, Paul et al.: Migrationsforschung als Kritik? Erkundung eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten, In: Mecheril, Paul et al. (Hrsg.): Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung, Springer VS, 2013, S. 7-55.
- Melischek, Gabriele u.a.: Agenda Building in österreichischen Nationalratswahlkämpfen, 1970-2008, In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien, Facultas Verlag, 2010, S. 101-144.
- Niedermayr, Marion: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich: zur Geschichte der österreichischen Asyl- und Flüchtlingspolitik seit Mitte der 1980er Jahre, Diplomarbeit, Universität Wien 2004.
- Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage 2014.
- Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien, Facultas Verlag, 2010.
- Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra (Hrsg.): Schlüsselwerke der Postcolonial Studies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2012.
- Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra: Vorwort. In: Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra (Hrsg.): Schlüsselwerke der Postcolonial Studies, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, S. 1-13.
- Rose, Nadine: Migration als Bildungsherausforderung. Subjektivierung und Diskriminierung im Spiegel von Migrationsbiographien, Bielefeld, 2012.

Rosenberger, Sieglinde/König, Alexandra: Welcoming the Unwelcome: The Politics of Minimum Reception Standards for Asylum Seekers in Austria. In: Journal of Refugee Studies, Oxford University Press, Vol. 25, No. 4, 2011, doi: 10.1093/jrs/fer051.

Rusch, René: Der "Ausländer"-Diskurs der Kronen Zeitung 2005. Diplomarbeit, Universität Wien, 2007.

Said, Edward W.: Orientalism, [Erstveröffentlichung 1978], London, Penguin Books, 2003.

Spivak, Gayatri Chakravorty: Subaltern Talk. Interview with the editors (1993/94). In: Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hrsg.): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak. (Introduction), London, Routledge, 1996, S. 287-308.

Spivak, Gayatri C.: Bonding in Difference. Interview with Alfred Artega (1993/94). In Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hrsg.): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak. (Introduction), London, Routledge, 1996, S. 15-28.

Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak?, in: Ashcroft, Bill (Hrsg.): The post-colonial studies reader, London, Routledge, 1997, S. 28-37.

Sunjic, Melita H.: Globale Flüchtlingstrends und die Asylsituation in Österreich, In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien, Dachs Verlag, 1995, S. 248-263.

Steyerl, Hito/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Münster, Unrast Verlag, 2012.

Steyerl, Hito/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion: Einleitung, In: Steyerl, Hito/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Münster, Unrast Verlag, 2012, S. 1-16.

Treibel, Anette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, Juventa, Weinheim und München, 1999.

UNHCR: Global Trends 2013, online unter: <http://www.unhcr.org/5399a14f9.html> (Zugriff: 12.12.2014).

UNHCR: Syria Regional Refugee Response, [Syrian Refugees in the Region December 1st 2014](#), online unter: <file:///C:/Users/Anna/Downloads/SyrianRefugeesintheRegionDecember1st2014.pdf> (Zugriff: 12.12.2014).

Volf, Patrik: Der Politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945, Zeitgeschichte, Heft 11-12/1995, S. 415-435.

Volf, Patrik/Bauböck, Rainer: Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann, Klagenfurt, Drava Verlag, 2001.

Volf, Patrik: Migrationspolitik in Österreich seit 1989. In: Heiss, Gernot et al. (Hrsg.): Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges: auf getrennten Wegen ins neue Europa, Ústí nad Labem, Albis International, 2009, S. 179-208, S. 179-208.

Weigl, Andreas: Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. In: Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Vorlesungsreihe und Edition der Wiener Vorlesungen: Band 20, Innsbruck/Wien/Bozen, StudienVerlag, 2009, S. 13-113.

Wischenbart, Rüdiger: Traiskirchen von innen. Flüchtlingspolitik zu Beginn der 80er Jahre, In: Heiss,

Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Asylland wider Willen, Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien, Dachs Verlag, 1995, S. 195-209.

Wittgenstein, Ludwig: Tractatus logico-philosophicus, 5.6. auf: <http://tractatus-online.appspot.com/Tractatus/jonathan/D.html> (Zugriff: 18.11.2014).

Zitierte Presseaussendungen (chronologisch geordnet):

Presseaussendung der Stadtgemeinde Traiskirchen am 28.7.2014: Stadt Traiskirchen verschärft Gangart!, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140728_OT0047/stadt-traiskirchen-verschaerft-gangart (Zugriff: 5.2.1015).

Presseaussendung des Amtes der Kärntner Landesregierung am 29.7.2014: Aufnahmestopp in Traiskirchen: LH- Konferenzvorsitzender Kaiser zum Thema Asyl, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OT0114/aufnahmestopp-in-traiskirchen-lh-konferenzvorsitzender-kaiser-zu-thema-asyl, (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung am 29.7.2014: LH Niessl: "Kasernen sollen durch Kauf in burgenländische Hand kommen!", http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OT0094/lh-niessl-kasernen-sollen-durch-kauf-in-burgenlaendische-hand-kommen, (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung der Wiener Zeitung am 29.7.2014: Wiener Zeitung: Leitartikel von Reinhard Göweil: "Niveaulose Asyl-Debatte", http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140729_OT0122/wiener-zeitung-leitartikel-von-reinhard-goeweil-niveaulose-asyl-debatte, (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung des Grünen Kubs im Parlament am 30.7.2014: Korun zu Traiskirchen-Sperre: Polit-Inszenierung auf Rücken der Schutzsuchenden löst kein Problem, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140730_OT0047/korun-zu-traiskirchen-sperre-polit-inszenierung-auf-ruecken-der-schutzsuchenden-loest-kein-problem, (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung von Puls4 am 1.8.2014: PULS 4 NEWS: Kapazität in Traiskirchen laut Betreuungsvertrag bei 1840 Personen, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140801_OT0120/puls-4-news-kapazitaet-in-traiskirchen-laut-betreuungsvertrag-bei-1840-personen (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung des Österreichischen Roten Kreuzes am 8.8.2014: Rotes Kreuz fordert legale Wege zum Asylverfahren, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140808_OT0070/rotes-kreuz-fordert-legale-wege-zum-asylverfahren, (Zugriff: 10.2.2015).

Presseaussendung der Freiheitlichen in Kärnten am 14.8.2014: Christian Ragger: Kärnten erfüllt Asylantenquote um mehr als 120 Prozent, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140814_OT0025/christian-ragger-kaernten-erfuellt-asylantenquote-um-mehr-als-120-prozent, (Zugriff: 6.2.2015).

Presseaussendung des Amtes der Kärntner Landesregierung am 29.8.2014: Asyl: Kärntens Landeshauptmann fordert Konzept von BM Mikl-Leitner, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140829_OT0094/asyl-kaerntens-landeshauptmann-fordert-konzept-von-bm-mikl-leitner, Zugriff: (6.2.2015).

Presseaussendung der Freiheitlichen in Kärnten am 2.9.2014: Christian Ragger: Unverantwortliche Asylpolitik von LH Kaiser, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140902_OT0174/christian-ragger-unverantwortliche-asylpolitik-von-lh-kaiser, (Zugriff: 6.2.2015).

Presseaussendung der Freiheitlichen in Kärnten am 2.9.2014: Christian Ragger: Unverantwortliche Asylpolitik von LH Kaiser, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140902_OT0174/christian-ragger-unverantwortliche-asylpolitik-von-lh-kaiser, (Zugriff: 6.2.2015).

Presseaussendung von SOS Mitmensch am 5.9.2014: MO-Magazin: Mbolela: "Europa hat verzerrtes Bild von Schleppern", http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140905_OT0041/mo-magazin-mbolela-europa-hat-verzerrtes-bild-von-schleppern, (Zugriff: 10.2.2015).

Presseaussendung des Bündnis Zukunft Österreich am 8.9.2014: BZÖ: Korak/Trodt-Limpl: OGH-Entscheidung zu Kärntner Flüchtling, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140908_OT0114/bzoe-koraktrodt-limpl-ogh-entscheidung-zu-kaerntner-fluechtling, (Zugriff: 6.2.2015).

Presseaussendung der Parlamentsdirektion am 18.9.2014: Asylpolitik: Mikl-Leitner für Neustrukturierung der Grundversorgung, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140918_OT0211/asylpolitik-mikl-leitner-fuer-neustrukturierung-der-grundversorgung, (Zugriff: 10.2.2015).

Presseaussendung des Standard am 22.9.2014: DER STANDARD-Kommentar: "Progressive Asylquartier-Paralyse" von Irene Brickner, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140922_OT0157/der-standard-kommentar-progressive-asylquartier-paralyse-von-irene-brickner, (Zugriff: 10.2.2015).

Presseaussendung Don Bosco Flüchtlingswerk am 23.9.2014: Zelte und Kasernen sind kein Ort für schutzsuchende Kinder und Jugendliche, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140923_OT0043/zelte-und-kasernen-sind-kein-ort-fuer-schutzsuchende-kinder-und-jugendliche (Zugriff: 5.2.2014).

Presseaussendung des BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft am 25.9.2014: Mitterlehner / Häupl: Vereinbarung über Übergangsquartiere in Wien getroffen, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140925_OT0216/mitterlehner-haeupl-vereinbarung-ueber-uebergangsquartiere-in-wien-getroffen, (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung der FPÖ Wien am 25.9.2014: FP-Kops gegen Unterbringung von Asylanten im 3. Bezirk, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140925_OT0243/fp-kops-gegen-unterbringung-von-asylanten-im-3-bezirk, (Zugriff: 5.2.2015).

Presseaussendung der FPÖ Wien am 26.9.2014: FP-Gudenus: Die Verbreitung des radikalen Islam in Wien ist hausgemacht, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140926_OT0054/fp-gudenus-die-verbreitung-des-radikalen-islam-in-wien-ist-hausgemacht, (Zugriff: 6.2.2015).

Presseaussendung des Bundespressedienst am 30.9.2014: Bundeskanzler Faymann: Bis Jahresende werden alle Bundesländer ihre Quote erfüllt haben, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140930_OT0222/bundeskanzler-faymann-bis-jahresende-werden-alle-bundeslaender-ihre-quote-erfuellt-haben, (Zugriff: 10.2.2015).

9 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der AsylwerberInnen in Österreich (1999-2013)

S. 37

Tabelle 2: Zahl der Asylanträge in Österreich 2014

S. 38

Abbildung 1: Zeitliche Verteilung der Pressemeldungen zum Thema "Asyl"

S. 46

10 Anhang

Abstract (Deutsch)

Die Debatte um die Unterbringung von AsylwerberInnen in Österreich beherrschte im Sommer 2014 die mediale Öffentlichkeit. Dabei wurde ersichtlich, wie politische AkteurInnen sich öffentlich unterschiedlich gegenüber den Flüchtlingen äußerten, um sich selbst in einem parteilich und föderalistisch organisierten System zu verorten. In diesem Prozess wurden komplexe Flüchtlingsbiografien und menschliche Erfahrungen zu zwei Stereotypen vereinfacht: Dem bösen Flüchtling oder Scheinasylanten, der zu Unrecht Leistungen für sich beansprucht, und dem armen Flüchtling, der auf Hilfe von außen angewiesen ist und dem zu helfen eine moralische Verpflichtung darstellt. Beide zugeschriebenen Rollen beschränken den individuellen Geflüchteten in seiner Handlungsmacht. Beide machen eine klare Abgrenzung zwischen der österreichischen Bevölkerung als dem „Selbst“ und den Flüchtlingen als den „Anderen“ deutlich. Unter Berufung auf den Diskursbegriff bei Foucault und unter der Einbeziehung einiger Konzepte der Postkolonialen Theorie wird versucht, die dem Flüchtlingsdiskurs zugrundeliegenden Strukturen aufzuzeigen. Zu diesem Zweck wurden Presseaussendungen relevanter AkteurInnen mit Hilfe der Historischen Diskursanalyse nach Achim Landwehr untersucht und mit ausgewählten Kontextfeldern in Verbindung gesetzt.

Abstract (English)

The debate about accommodating asylum seekers in Austria was one of the hot media topics of summer 2014. The debate showed how political participants would position themselves in various ways towards the refugees, in order to strengthen their stand in a political system that is structured by federalism and party competition. Within the process of positioning themselves the political players would run over complex refugee biographies and personal experiences and leave the refugees with two stereotypes: the “evil refugee” who is wrongfully demanding benefits, and the “poor refugee” who is depending on help from outside and is entitled to that help by moral commitments. Both ascribed roles limit the individual person in his or her agency. Both roles support the distinction between the people of Austria as the “self” and the refugees as the “other”. By using Foucault’s concept of Discourse and also including insights of Postcolonial Studies, basic structures of the refugee-discourse will be illuminated. For this purpose press releases by relevant players are analyzed with the method of the Historical Discourse Analysis by Achim Landwehr and then put into context with chosen fields.

Curriculum Vitae

Name: Anna Radl
Geburtsdatum: 31.08.1989
Geburtsort: Wolfsberg in Kärnten

Ausbildung

2012 - 2015 Studium im Masterstudiengang Globalgeschichte und Global Studies an der Uni Wien
2009 - 2012 Journalismusstudium an der FH-Wien Studiengänge der WKO
Thema BA-Arbeit: A Facebook Revolution? – Zur Rolle Sozialer Medien im „Arabischen Frühling“
SS 2011 Auslandssemester an der HLK Jönköping (Schweden)
2008 - 2009 Studium der Politikwissenschaften und Linguistik an der Uni Wien
2004 - 2008 BORG Wolfsberg

Sprachen

Englisch: sehr gut (Cambridge First Certificate)
Spanisch: A2 Niveau

Sonstige Tätigkeiten und Erfahrungen

Mitarbeit in der Presse- und Kommunikationsabteilung der Caritas (Caritas Österreich und Caritas der Erzdiözese Wien)

Ehrenamtliche Mitarbeiterin bei Lobby16 (Organisation zur Unterstützung jugendlicher unbegleiteter Flüchtlinge)

Freie Mitarbeit und Praktika bei diversen österreichischen Medien (ORF, Kurier; Progress, Medienmanager, etc.)

Verschlagwortung der Presseaussendungen

	Partei	Absender	Titel der Aussendung	Datum	Schlagwörter	Nicht parteipolitisch
1	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	Stadt Traiskirchen verschärft Gangart!	28.07.14	Flüchtlingslager Traiskirchen, Kritik an Innenministerium, maßlose Überbelegung, Forderung nach Lösung	
2	Stronach	Team Stronach Parlamentsclub, Franz	Traiskirchen – Stronach/Franz: Handlungsbedarf von höchster Stelle gefragt	28.07.14	Flüchtlingslager Traiskirchen, Ländervereinbarung einhalten, Kritik an Regierung	
3	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Blümel	Blümel ad Klug: Endlich Anpacken statt lapidarer Aussagen	29.07.14	Unterbringung in Kasernen, Kritik an Klug für Vorschlag: Innenministerium sollte Kasernen abkaufen	
4	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	Bürgermeister Andreas Babler begrüßt den Aufnahmestopp im Flüchtlingslager Traiskirchen	29.07.14	Aufnahmestopp Traiskirchen	
5		LH Niessl, Landesmedienservice Burgenland	LH Niessl: „Kasernen sollen durch Kauf in burgenländische Hände kommen!“	29.07.14	Kasernenkauf vom Bund, Verhinderung Massenlager,	
6	ÖVP	ÖVP Niederösterreich, Kainz	Zweites Massenlager für Asylwerber im Bezirk Baden undenkbar	29.07.14	Bezirk Baden entlasten, Traiskirchen sperren, Ländervereinbarung einhalten	
7	SPÖ	Kärntner Landesregierung, Kaiser	Aufnahmestopp in Traiskirchen: LH-Konferenzvorsitzender Kaiser zu Thema Asyl	29.07.14	Ländervereinbarung einhalten, mehr europäische Lösungen	
8		Wiener Zeitung, Kommentar	Wiener Zeitung – Leitartikel von Reinhard Göweil: „Niveaulose Asyl-Debatte“	29.07.14	Wünscht sich Asyldebatte, aber auf höherem Niveau	Medien
9		Der Standard, Kommentar	DER STANDARD-Kommentar: „Unverantwortlich“ von Irene Brickner	29.07.14	Ländervereinbarung einhalten, Kritik an Innenministerium, konkrete Lösungen gefordert	Medien
10	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun zu Traiskirchen-Sperre: Polit-Inszenierung auf Rücken der Schutzsuchenden löst kein Problem	30.07.14	Ländervereinbarung einhalten, Tagsätze anpassen, Hilfsorganisationen in Lösung miteinbeziehen	
11	ÖVP	ÖVP Niederösterreich, Karner	Karner: Aussagen von Klug sind eines Verteidigungsministers unwürdig	30.07.14	keine neuen Lager in NÖ, Kritik an Klug für Vorschlag: Innenministerium sollte Kasernen abkaufen	
12	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Blümel	Blümel ad Klug: Leere Kasernen zur Verfügung stellen, statt lapidare Aussagen tätigen	30.07.14	keine neuen Lager in NÖ, Kritik an Klug für Vorschlag: Innenministerium sollte Kasernen abkaufen	
13	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	DRINGEND – Einladung zur Presseerklärung zu den dramatischen Ereignissen im Flüchtlingslager	31.07.14	Einladung Presseerklärung, „dramatische“ Situation Traiskirchen	
14	FPÖ	FPÖ Niederösterreich, Höbart	FP-Höbart: Meningitis-Fall in Asyllager gefährdet Bürger Traiskirchens!	31.07.14	Meningitis Fall Traiskirchen, Bevölkerung schützen, Dublin II einhalten	
15		Asyl in Not	Zur „Asyldebatte“ im Sommerloch	31.07.14	Vorschläge zum Umgang mit Geflüchteten, Arbeitsmarktzugang, nein zu Dublin	NGO
16	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Blümel	Blümel ad Babler: Was zu viel ist, ist zu viel!	31.07.14	Kritik an Babler, soll Meningitisfall in Traiskirchen schamlos ausnutzen	
17	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Belakowitsch-Jenewein	FPÖ: Belakowitsch-Jenewein: Stöger pfeift auf die Gesundheit der Österreicher	01.08.14	Meningitis Fall Traiskirchen, Kritik an Stöger	
18	SPÖ	JG Niederösterreich	JG Nö fordert tatsächliche Neustrukturierung des Asylwesens	01.08.14	Ländervereinbarung einhalten, Kritik an Innenministerium, konkrete Lösungen gefordert	
19		APA DeFacto	APA-DeFacto-Politikerranking: Wer hat die Top-Medienpräsenz?	01.08.14	Politikerranking Top-Medienpräsenz, Faymann, Mikl-Leitner und Kurz vorne	Medien
20	BZÖ	BZÖ Bund, Widmann	BZÖ – Widmann: Rot/Schwarzes Asylanfragen-Tohuwabohu beenden!	01.08.14	Dublin II einhalten, Forderung restriktive Asylpolitik	

Verschlagwortung der Presseaussendungen

21		Puls 4, News/Sendungsankündigung	PULS 4 NEWS:Kapazität in Traiskirchen laut Betreuungsvertrag bei 1840 Personen	01.08.14	Traiskirchen nicht wirklich überbelegt, politische Beschränkung	Medien
22		Wiener Zeitung, Kommentar	Wiener Zeitung – Leitartikel von Reinhard Göweil: „Falsche Baustellen“	01.08.14	Koalitionsstreit lähmend für wichtige Baustellen (Bildung)	Medien
23		Tiroler Tageszeitung	TIROLER TAGESZEITUNG, Leitartikel, Ausgabe vom 2.8.2014. Von Mario Zehnhäusern. „Erbärmliche Scheinheiligkeit!“	01.08.14	Kritik an Asylpolitik in Europa und Österreich, Florianiprinzip	Medien
24		T-Mobile	Lehrstart bei T-Mobile: 32 Jugendliche freuen sich über Ausbildungsplatz	04.08.14	T-Mobile bietet jedes Jahr drei UMFs eine Lehrstelle	sonstige
25	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun zu AsylwerberInnen-Unterbringung: Es braucht Asylgipfel zwischen Bund und Ländern	04.08.14	15a Vereinbarung, kleinere Quartiere, Forderung Asylgipfel, lanfristigere Lösungen	
26		Bundesjugendvertretung	Bundesjugendvertretung fordert mehr Sensibilität und rasche Lösung in Asyldebatte	05.08.14	mehr Sensibilität, Situation bewältigbar, Lage junger Flüchtlinge besonders beachten	
27		Kronen Zeitung, Vorabmeldung	Al-Kaida-Alarm im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen	06.08.14	Konflikt in Traiskirchen zwischen Flüchtlingen, mutmaßlicher Al-Kaida Anhänger?	Medien
28	SPÖ	Kärntner Landesregierung, Kaiser	LH Kaiser bei BM Mikl-Leitner: Keine neuen Erstaufnahmezentren geplant	07.08.14	Gespräch Kaiser/Mikl-Leitner, keine neuen Erstaufnahmezentren	
29	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Parlamentarische Anfrage an Wirtschaftsminister soll dubiose Vorgehensweise um „Aufnahmestopp“ aufklären	08.08.14	Forderung Asylgipfel, parlamentarische Anfrage wegen gewerberechtlichem Aufnahmestopp Traiskirchen	
30		Österreichischen Rotes Kreuz	Rotes Kreuz fordert legale Wege zum Asylverfahren	08.08.14	Forderung mehr legale Wege für Einreise, Hilfe für „verwundbare Mirgranten“	NGO
31	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger strikt gegen zusätzliche Asylquartiere	10.08.14	Forderung Aufnahmestopp Kärnten	
32	BZÖ	BZÖ Bund, Trodt-Limpl/Korak	BZÖ: Trodt-Limpl/Korak: Kärntner Landeshauptmann wird zum Asylanten-Kaiser Österreichs!	11.08.14	„Asylanten-Kaiser“, Forderung restriktive Asylpolitik, Kritik an Kaiser	
33	FPÖ	FPÖ Kärnten, Germ	FPÖ-Germ: Asylpolitik Kaisers finanzielles Desaster für Städte und Gemeinden	12.08.14	Forderung restriktive Asylpolitik, Kritik an Kaiser	
34		Tiroler Landesregierung, Platter	Lh Platter: „Schluss mit dem Ping-Pong-Spiel“	12.08.14	europäische Lösung, Asylgipfel, Tirol schafft neue Plätze	
35	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger: Kärnten erfüllt Asylantenquote um mehr als 120 Prozent	14.08.14	Asylstatistik nicht richtig, subsidiär schutzberechtigte sollten mitgezählt werden	
36	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	Bürgermeister kündigt Proteste an – Traiskirchen nach wie vor überbelegt	14.08.14	Überbelegung Traiskirchen, Proteste angekündigt	
37	FPÖ	FPÖ Klub, Gudenus	FP-Gudenus: Tschetschenische Wirtschaftsflüchtlinge beherrschen Krimi-Schlagzeilen!	14.08.14	Tschetschenen scheinbar häufig kriminell, „Wirtschaftsflüchtlinge“	
38		Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs	Samariterbund leistet Nothilfe für palästinensische Flüchtlinge aus Syrien in libanesischem Flüchtlingslager	14.08.14	Nothilfe für Flüchtlinge im Libanon, Spendenhinweis	NGO
39	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Hafenecker	FP-Hafenecker: Traiskirchner Asylchaos wird immer skandalöser	18.08.14	Traiskirchen, Asylchaos, Flüchtlinge tauchen ab	
40	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun zu Notschlafstätten: Bankrotterklärung für Flüchtlingspolitik der ÖVP	19.08.14	Kritik an Mikl-Leitner, kein Notstand, Hysterie soll gestoppt werden	
41	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Blümel	Blümel ad Korun: Asylpolemik sondergleichen	19.08.14	Antwort an Grüne, Vorwurf der Inkonsequenz	
42		Asyl in Not	Wir dulden keine blau-schwarze Zensur	19.08.14	Nichts zu Asyl, Gedenktafeln in Graz	NGO, aussortiert
43	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger: Österreich viel zu lahm im Umgang mit Dschihadisten	21.08.14	Dschihadisten in Österreich, Forderung nach härterem Umgang	

Verschlagwortung der Presseaussendungen

44	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Wer sich dschihadistischem Terrorkrieg anschließt, ist mit der notwendigen Härte des Rechtsstaates zu behandeln	21.08.14	Dschihadisten in Österreich, Prävention und Mittel des Rechtsstaats	
45	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Strache	HC Strache: Null-Toleranz gegenüber Asylmissbrauch und Gotteskriegern	21.08.14	Dschihadisten in Österreich, Tschetschenen besonders betroffen, „kriminelle Asylwerber“	
46		Der Standard, Kommentar	DER STANDARD-Kommentar: „Traumatisiert und verführt“ von Petra Stuibler	21.08.14	Analyse über Dschihadisten in Österreich, warum ist das für manche anziehend?	Medien
47		Bundesministerium für Inneres	Pressekonferenz: Aktuelle Informationen zu mutmaßlicheen Syreinkämpfern	22.08.14	Pressekonferenz: Dschihadisten in Österreich	
48	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger: Strikte Ablehnung von geplanten Asylheim in _Feistritz/Drau	25.08.14	Gegen neues Heim, wäre „Sicherheitsrisiko“, Bevölkerung miteinbeziehen	
49	FPÖ	FPÖ Kärnten, Anton	FPÖ-Anton zu geplanten Asylwerberheim in Feistritz/Drau: „SPÖ widerspricht sich täglich“	26.08.14	Widersprüchlichkeit bei Plänen der Regierung, Gegen neues Heim	
50	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger: Gewalttäter ist warnendes Symbol für falsche Asylpolitik	26.08.14	Mutmaßlich georgischer Gewalttäter sei Symbol für verfehlte Flüchtlingspolitik, restriktive Asylpolitik	
51	BZÖ	BZÖ Kärnten, Korak	BZÖ-Korak: Mehrfach straffällig gewordene Asylwerber sofort abschieben	27.08.14	straffällig gewordene Asylwerber sofort abschieben, Reaktion auf Berichte einer „Kärntner Tageszeitung“	
52	FPÖ	FPÖ, Rosenkranz	FPÖ-Walter Rosenkranz: Außer Spesen nichts gewesen?	27.08.14	Schubhaftzentrum Vordernberg, Vertrag erneuern, Kritik an Führung der Anstalt	
53		Rathauskorrespondenz, Stadt Wien	Migration im Mittelpunkt der „WIENWOCHE 2014“	28.08.14	Migration als Schwerpunkt der Wienwoche,	
54	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Traiskirchen öffnen allemal besser als Zeltstädte – Es braucht Asylgipfel	28.08.14	Flüchtlingslager Traiskirchen, gegen Zeltstädte	
55		Caritas	Caritas zur Unterbringung von AsylwerberInnen	28.08.14	kein Notstand, Aufschlüsselung der Caritas Einrichtungen in den Ländern	NGO
56	FPÖ	FPÖ Klub, Gudenus	FP-Gudenus: Undifferenzierte Aufteilung von Asylwerbern auf ganz Österreich ist der völlig falsche Ansatz!	28.08.14	Hilfe in Krisenregionen leisten, Armut nicht importieren	
57		Kärntner Landesregierung, Kaiser	Asyl: Kärntens Landeshauptmann fordert Konzept von BM Mikl-Leitner	29.08.14	Kritik an Mikl-Leitner, europäische Lösung, restriktive Asylverfahren für straffällige Asylwerber	
58	FPÖ	FPÖ Niederösterreich, Waldhäusl	FP-Waldhäusl: Warum haben Sie noch keinen Asylwerber einquartiert, Herr Dr. Pröll?	02.09.14	Flüchtlinge im Waldviertel, Vorwurf der Gewaltbereitschaft	
59		Kärntner Landesregierung, Kaiser	LH Kaiser zu Asyl: Bundesländer schaffen 425 neue Plätze	02.09.14	Länder schaffen neue Plätze, Forderung Flüchtlingskonzept; Beschluss Asylkoordinationsrat	
60	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger: Unverantwortliche Asylpolitik von LH Kaiser	02.09.14	Kritik an Kaiser, restriktive Asylpolitik, Bevölkerung miteinbeziehen	
61	FPÖ	FPÖ Klub, Kickl	Kickl: Kündigung von Mindestpensionistin für Asylwerber ist Skandal!	04.09.14	Bericht Kronen Zeitung, Wohnungskündigung Mindestpensionistin,	
62		SOS Mitmensch, Interview Vorankündigung	MO-Magazin: Mbolela: „Europahat verzerrtes Bild von Schleppern“	05.09.14	Ein Flüchtling berichtet, verzerrtes Bild von afrikanischen Ländern und Schleppern	NGO
63	FPÖ	FPÖ Klub, Gudenus	FP-Gudenus: In Österreich ist kein Platz für radikale Islamisten	06.09.14	Dschihadisten in Österreich, Forderung nach härterem Umgang, restriktive Asylpolitik	
64		ÖH, Lahner	ÖH zu Fluchthilfeprozess	08.09.14	Fluchthilfeprozess, Kritik an menschenverachtender Asylpolitik	ÖH

Verschlagwortung der Presseaussendungen

65	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	Asylchaos in Traiskirchen: Bürgermeister Andreas Babler bei Bundeskanzler Faymann	08.09.14	Gespräch mit Kanzler, Neuordnung Flüchtlingspolitik	
66	BZÖ	BZÖ Kärnten, Korak/Trodt-Limpl	BZÖ: Korak/Trodt-Limpl: OGH-Entscheidung zu Kärntner Flüchtling	08.09.14	Forderung Reduzierung Grundversorgung, OGH Urteil nicht verständlich	
67		Verein Goldenes Wiener Herz	„Goldenes Wiener Herz“ stellt sechs Bettler_innnen als Promoter_innen an	08.09.14	Nichts zu Asyl, Aktion PromoterInnen	NGO, aussortiert
68	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Mikl-Leitners Wunsch nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen EU-Ländern kontraproduktiv	09.09.14	Europäische Lösung, gegen Grenzkontrollen,	
69		Kärntner Landesregierung, Kaiser	LH Kaiser zu Asyl: Bundesregierung muss europäische Lösung forcieren	09.09.14	Europäische Lösung, Forderung an B-Regierung	
70	FPÖ	FPÖ OÖ, Haimbuchner	Haimbuchner: Grenzkontrollen sind Gebot der Stunde	09.09.14	für Grenzkontrollen, restriktive Asylpolitik	
71		UNHCR Österreich	UNHCR: „Langer Tag der Flucht“ am 26. September 2014	10.09.14	Aktion Langer Tag der Flucht, Flüchtlinge erzählen, vielfältiges Programm, Aufklärung leisten	NGO
72	Stronach	Team Stronach Parlamentsclub, Schenk	Asyl – Stronach/Schenk: Mikl-Leitner darf kein Ghetto am Semmering bilden	10.09.14	gegen Unterbringung am Semmering, Infrastruktur fehlt	
73		Kärntner Landesregierung, Kaiser	Asyl: LH Kaiser kritisiert Vorgehensweise des Innenministeriums	10.09.14	Kritik an Mikl-Leitner, Unterbringung am Semmering, Bevölkerung miteinbeziehen	
74		Stadt Wien	Goldenes Verdienstzeichen für Performerin, Avantgardistin und Cafetiere Susanne Widl	10.09.15	nichts zu Asyl	aussortiert
75	FPÖ	FPÖ NÖ, Waldhäusl	FP-NÖ präsentiert Rettungspaket für unser Heimatland	11.09.14	Rettungspaket für Heimatland, restriktive Asylpolitik, Lager an EU Außengrenze, keine Integrationsmaßnahmen, keine private Unterbringung	
76	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Strache	HC Strache: Asyl: Grenzkontrollen einführen und Asylaufnahmezentren an den EU-Außengrenzen schaffen	12.09.14	Europäische Lösung, für Grenzkontrollen, Asylzentren an EU Außengrenzen	
77	FPÖ	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun unterstützt Innenministerin in ihrem Bemühen um mehr Budgetmittel für Flüchtlingsunterbringung	12.09.14	mehr Mittel für Unterbringung, Tagsätze anpassen	
78	Stronach	Team StronachParlamentsclub, Ertlsscheiger	Stronach/Ertlschweiger: Temporäre Grenzkontrollen wieder einführen	12.09.14	für Grenzkontrollen, restriktiver Asylpolitik	
79	SPÖ	SPÖ Bundesorganisation, Darabos	Darabos zu Grenzkontrollen: Priorität hat gesamteuropäische Lösung und solidarische Lastenverteilung	12.09.14	temporäre Grenzkontrollen vorstellbar, europäische Lösung	
80		Österreich, Vorabmeldung	ÖSTERREICH: Mikl-Leitners Plan für Aufnahme von Asylwerbern	13.09.14	Plan Mikl-Leitner, Erstaufnahme in allen Bundesländern, Automatismus zur Verteilung	Medien
81	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun zu „Erstaufnahmezentren in allen Bundesländern“: Vervierfachung der Bürokratie zaubert keine Unterbringungsplätze herbei	14.09.14	gegen Erstaufnahme in Ländern, Kritik an mehr Bürokratie	
82	Grüne	Grüne NÖ, Windbüchler-Souschill	Windbüchler-Souschill: Die Forderung nach Grenzkontrollen ist der vollkommen falsche Weg!	16.09.14	gegen Grenzkontrollen, europäische Lösung	
83	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Einige Landeshauptleute sehnen sich zurück nach Eisernem Vorhang und Stacheldraht	17.09.14	Kritik am Florianiprinzip, gegen Grenzkontrollen	
84	Grüne	Grünen OÖ, Buchmayr	LSP Buchmayr: Äußerungen von LH Pühringer zu Asyl irritierend: Grenzkontrollen und Militär sind keine Lösung	17.09.14	gegen Grenzkontrollen, europäische Lösung, nein zu Dublin	
85		Berliner Zeitung, Kommentar	Kommentar zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer	17.09.14	Forderung: Asylanträge in EU-Botschaften	Medien

Verschlagwortung der Presseaussendungen

86		Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs	So leben junge Flüchtlinge in Österreich	18.09.14	Langer Tag der Flucht, Fotoausstellung, Flüchtlinge präsentieren Fotos	NGO
87		Caritas	Aviso, 26.09.2014, 10:00 Caritas-Pressetermin: Stationen einer Flucht	18.09.14	Langer Tag der Flucht, Aktion Stationen einer Flucht, Flüchtlinge und Experten erzählen bei Bimfahrt durch Wien	NGO
88		UNHCR Österreich	UNHCR-Einladung zur Vernissage: „Mein Leben in Österreich 2014“ am 24.9., 19.00 am Wiener Westbahnhof	18.09.14	Langer Tag der Flucht, Fotoausstellung, junge Flüchtlinge präsentieren Fotos	NGO
89	SPÖ	Sozialistische Jugend Österreich, Herr	SJ-Herr: Legale Einreisemöglichkeiten statt Abschottungsfantasien!	18.09.14	Asylanträge in EU-Botschaften, Dschihadisten in Österreich: keine Drohgebärden sondern Beratung auf Augenhöhe	
90	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Runder Tisch zu Asyl-Unterbringungsreform: Professionelle Betreuung statt Dauerprovisorien	18.09.14	Forderung Reformen, Unterbringung und Betreuung nachhaltig sicherstellen, Konferenz Flüchtlingsreferenten	
91	Grüne	Grüner Klub Parlament, Reimon	Reimon zu Irak/IS-Resolution: „Region langfristig mit neuem Mashallplan stabilisieren“	18.09.14	IS Resolution des Europarats, langfristiger Plan notwendig	
92	SPÖ	SPÖ NÖ, Razborcan	Razborcan: Neue Grenzkontrollen und Präsensdiener an unseren Grenzen lösen kein Asylproblem	18.09.14	Europäische Lösung, gegen Grenzkontrollen,	
93		Nationalrat	Asylpolitik: Mikl-Leitner für Neustrukturierung der Grundversorgung	18.09.14	temporäre Grenzkontrollen möglich, IS, Ländervereinbarung einhalten, Erstaufnahme in Bundesländern angedacht, europäische Lösung, Vordernberg	
94		Kärntner Landesregierung, AVISO	AVISO – Mittwoch, 24. September, ab 9 Uhr Flüchtlingsreferentenkonferenz mit Pressekonferenz um ca. 13 Uhr	19.09.14	FlüchtlingsreferentInnen Konferenz	
95		Salzburger Landesregierung, Berthold	Asylwerbende in Nationalpark Hohe Tauern beschäftigt	19.09.14	Arbeitsmarktzugang, Projekt mit Flüchtlingen	
96		SOS Mitmensch	SOS Mitmensch-Apell an Minister Kurz: Wiederholen wir die Fehler der Vergangenheit nicht!	19.09.14	Forderung an Kurz, Intergration für Asylwerbende	NGO
97	BZÖ	BZÖ Kärnten, Korak	BZÖ-Korak: SPÖ-Kaiser schüttet Bad Eisenkappel mit Asylwerbern voll	19.09.14	restriktive Asylpolitik, „Aufnahmeorgie“ in Kärnten,	
98	Grüne	Grüner Klub Parlament, Reimon	Reimon zur Situation in Syrien: „Türkei muss möglichst viele Menschen auf der Flucht vor IS-Truppen retten“	19.09.14	IS, Forderungen an Türkei, Europaparlament	
99		Wiener Zeitung, Kommentar	Wiener Zeitung – Leitartikel von Reinhard Göweil: „Asyl ist ein Grundrecht“	19.09.14	europäische Lösung, Arbeitsmarktzugang, Asyl ist Grundrecht	Medien
100	FPÖ	FPÖ, Strache	HC Strache: Kurz noch nicht in Realität angekommen	20.09.14	radikaler Islam, Dschihadisten in Österreich, „Null Toleranz“, Kritik an Kurz	
101		SOS Mitmensch	SOS Mitmensch: Deutschland holt im Land befindliche Asylsuchende vom Abstellgleis	21.09.14	Arbeitsmarktzugang für Asylwerbende in Deutschland, Forderung auch für Österreich	NGO
102		Kurier, Vorabmeldung	Asyl: Innenministerium braucht Quartiere und ersucht kommende Woche das Verteidigungsministerium um Assistenzinsatz des Heeres	21.09.14	Unterbringung in Kasernen, Zeltstädte, Assistenzinsatz Bundesheer	Medien
103		Österreich, Vorabmeldung	ÖSTERREICH: Asylheim-Protest - Semmering-Schnellstraße wird blockiert	22.09.14	Protest in Spital, gegen neues Asylheim	Medien

Verschlagwortung der Presseaussendungen

104	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Vor Kasernenunterbringung nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten angehen	22.09.14	Unterbringung in Kasernen verhindern , kein Notstand, Tagessätze anpassen, Nutzung unausgeschöpfter Möglichkeiten	
105	Stronach	Team Stronach Parlamentsclub, Dietrich/Schenk	Stronach/Dietrich/Schenk: Kein Ghetto in Spital am Semmering	22.09.14	Protest in Spital, gegen neues Asylheim, fehlende Infrastruktur	
106	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	Traiskirchens Bürgermeister an Innenministerin Mikl-Leitner: Völliges Versagen der österreichischen Asylpolitik	22.09.14	Traiskirchen, Kritik an Mikl-Leitner, Protest geplant	
107	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Strache	FPÖ: Strache: Mikl-Leitner bei Asylwerber-Unterbringung gescheitert	22.09.14	Forderung Grenzkontrollen, Kritik an Mikl-Leitner, restriktive Asylpolitik	
108		Der Standard, Kommentar	DER STANDARD-Kommentar: „Progressive Asylquariter-Paralyse“ von Irene Brickner.	22.09.14	Unterbringung in Kasernen, Image Flüchtlinge, private Unterkünfte wären vorahnden	Medien
109		Neues Volksblatt, Kommentar	Neues Volksblatt: „Helfen wollen“ von Markus EBERT	22.09.14	kein Notstand, helfen eine Fage des Wollens nicht des Könnens	Medien
110		Don Bosco Flüchtlingswerk, Kern	Zelte und Kasernen sind kein Ort für schutzsuchende Kinder und Jugendliche	23.09.14	keine Zelte und Kasernen, menschenwürdige Asylpolitik, Bildung, Langer Tag der Flucht, Filmprojekt	NGO
111		Bundeskanzleramt, Faymann	Bundeskanzler Faymann zu Asyl: „Alles andere als eine gemeinsame Asyl-Lösung ist nur eine Notlösung“	23.09.14	Traiskirchen, Ländervereinbarung, europäische Lösung	
112	FPÖ	FPÖ Wien, Jung/Wimmer	Jung/Wimmer: Nach Deutschland auch Österreichs Städtebund bei Asylthema gefordert	23.09.14	Städtebund, restriktive Asylpolitik, Dublin und Ausweitung der sicheren Herkunftsländer	
113	SPÖ	SPÖ bundesorganisation, Faymann	Ministerrat – Bundeskanzler Faymann: Gemeinsame Lösung mit Bundesländern zur Flüchtlingsunterbringung erforderlich	23.09.14	Ländervereinbarung erfüllen, nicht gegen Willen der Länder handeln, europäische Lösung	
114	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Mitterlehner	Mitterlehner: Regierung erhöht Takt bei der Lösung von Problemen	23.09.14	Flüchtlingszustrom, neue Konzepte, europäische Lösung	
115	FPÖ	FPÖ Kärnten, Leyrouz	FPÖ-Leyrouz: Freiheitliche fordern generelle Grenzkontrollen in Kärnten!	23.09.14	Forderung Grenzkontrollen, „Flüchtlingsstrom“, Dublin II, restriktive Asylpolitik	
116	SPÖ	Sozialistische Jugend Österreich, Herr	SJ-Herr ad Flüchtlingsgipfel: Weg mit dem unwürdigen Florianiprinzip im Asylbereich!	24.09.14	Forderung Reformen, kein Notstand, Ländervereinbarung einhalten, neue Erstaufnahmezentren, Arbeitsmarktzugang	
117		Diakonie Österreich	Asyl: Diakonie für eine substantielle Reform des österreichischen Grundversorgungssystems	24.09.14	Forderung Reformen, professionelle Betreuung, Arbeitsmarktzugang, Integration	NGO
118		Rotes Kreuz Österreich	Rotes Kreuz fordert legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge	24.09.14	Langer Tag der Flucht, legale Wege der Einreise, menschenwürdige Asylpolitik	NGO
119	NEOS	NEOS im Parlament, Scherak	NEOS: Länder müssen Verantwortung im Asylwesen übernehmen	24.09.14	Ländervereinbarung, Quoten müssen erfüllt werden, europäische Lösung,	
120	ÖVP	ÖVP Europaparlament, Becker	Becker: Migrationskrise nur europäisch lösbar	24.09.14	Europäische Lösung, mehr Budget für Außengrenzen, restriktive Ausweisung illegaler Flüchtlinge, Kommissionsbericht	
121	Grüne	Die Grünen, Korun	Korun: Reform der Asylunterbringung mit realistischen Kostensätzen und Betreuung	24.09.14	Tagessätze anpassen, keine Massenquartiere	
122	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Kunasek	FPÖ_Kunasek: Sicherheit der Bevölkerung muss Vorrang haben vor falscher Toleranz!	24.09.14	Spital, Protest gegen neues Asylheim, örtliche Bevölkerung	

Verschlagwortung der Presseaussendungen

123	SPÖ	SPÖ Bundesorganisation, Weidenholzer	Weidenholzer: Menschliche Asylpolitik braucht europäische Lösung	24.09.14	Europäische Lösung, menschenwürdige Asylpolitik, Kommissionsbericht,	
124	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Strache/Rosenkranz	FPÖ: Mikl-Leitner verweigert Asyl-DEbatte im Nationalrat!	24.09.14	Kritik an Mikl-Leitner, Stellungnahme Nationalrat, FPÖ fordert Anwesenheit der Ministerin	
125	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Mölzer	FPÖ-Wendelin Mölzer: Bürger werden über geplante Asylwerberheime nicht informiert	24.09.14	Geplante Quartiere in Villach, örtliche Bevölkerung miteinbinden,	
126	FPÖ	FPÖ Kärnten, Leyrouz	Asyl: FPÖ-Leyrouz: FPÖ Kärnten fordert die Aussetzung des Schengenabkommens sowie Aufstockung der Exekutive	24.09.14	für Grenzkontrollen, "Flüchtlingswelle", Dublin II	
127		Kärntner Landesregierung	Flüchtlings- und Asylproblematik: Bund, Länder und Gemeinden sollen an einem Strang ziehen	24.09.14	neue Strukturen, europäische Lösung, Gemeinden miteinbeziehen, Konferenz Flüchtlingsreferenten	
128	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Asyl: Christian Ragger: Rot-Grün-schwarze Asylpolitik gescheitert	24.09.14	restriktive Asylpolitik, „Wirtschaftsflüchtlinge“ verhindern, Konferenz Flüchtlingsreferenten	
129	NEOS	NEOS im Parlament, Scherak	NEOS: Ja zur Quotenregelung für die automatische Verteilung der Asylwerber_innnen auf die Bundesländer	24.09.14	Arbeitsmarktzugang, neue Strukturen, Quotenregelung, Konferenz Flüchtlingsreferenten	
130		Nationalrat, Parlamentsdirektion	Österreich muss Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen	24.09.14	Rechnungshofbericht, individuelle Unterbringung, Vorwurf Asylindustrie	
131		Oberösterreichische Nachrichten, Kommentar	OÖNachrichten-Leitartikel: „Ein ärgerliches Schauspiel im Zwei-Jahres-Takt“, von Markus Staudinger	24.09.14	langfristige Lösungen gebraucht, Kurzsicht der Verantwortlichen	
132		Tiroler Tageszeitung, Kommentar	TIROLER TAGESZEITUNG, Leitartikel: „Fragiler Asyl-Friede“, von Cornelia Ritzer	24.09.14	Asylgipfel, neue Strukturen, Schwächen im System	Medien
133		Metropolitan Art Club	Ausstellung	25.09.14	nichts zu Asyl	aussortiert
134	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Asyl: Christian Ragger: LH Kaiser verdoppelt Asylquote in Kärnten	25.09.14	„Asylschwemme“, restriktive Asylpolitik, keine neuen Asylwerbenden in Kärnten	
135	ÖVP	BMI und BMFWF, Mitterlehner/Mickl-Leitner	Mitterlehner/Mickl-Leitner: Neue Plätze für 600 Flüchtlinge	25.09.14	600 Plätze in Erdberg, noch mehr Quartiere benötigt, Übergangsquartiere Wien	
136	Grüne	Grüner Klub Parlament: Korun	Korun zu Asyldiskussion: Arbeitsmarktzugang für Schutzsuchende wäre sinnvoll	25.09.14	Arbeitsmarktzugang	
137	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Strache	HC Strache: Klares Nein zur Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber	25.09.14	kein Arbeitsmarktzugang	
138	FPÖ	FPÖ Kärnten, Germ/Baumann	Asyl: FP-Protest in Klagenfurt und Villach gegen rot-grüne Asylpolitik	25.09.14	restriktive Asylpolitik, keine neuen Aufnahmen	
139	ÖVP/SPÖ	BMFWF und Bürgermeister Wien, Mitterlehner/Häupl	Mitterlehner/Häupl: Vereinbarung über Übergangsquartiere in Wien getroffen	25.09.14	zwei Übergangsquartiere in Wien, 600 Plätze, WU, Erdberg	
140	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Blümel	Blümel: ÖVP steht für Solidarität und rasche Lösungen	25.09.14	zwei Übergangsquartiere in Wien, 600 Plätze	
141	ÖVP	ÖVP Wien, Juraczka	Juraczka begrüßt Einigung: Es geht um das Überleben, da müssen wir alle helfen	25.09.14	zwei Übergangsquartiere in Wien, 600 Plätze	
142		Bockaufkultur, Verien Ute Bock	Bock auf Kultur 2014	25.09.14	Ankündigung Benefiz Festival Bock auf Kultur	NGO
143	FPÖ	FPÖ Wien, Kops	FP-Kops gegen Unterbringung von Asylanten im 3. Bezirk	25.09.14	gegen Übergangsquartier in Wien/Landstraße	
144	SPÖ	SPÖ Bundesorganisation, Yilmaz	Yilmaz fordert menschenwürdige Unterkünfte für alle Schutzsuchenden	25.09.14	Langer Tag der Flucht, menschenwürdige Asylpolitik	
145	FPÖ	FPÖ Wien, Gudenus	FP-Gudenus: Die Verbreitung des radikalen Islam in Wien ist hausgemacht	26.09.14	Dschihadisten in Österreich, Forderung nach härterem Umgang, gegen Übergangsquartiere in Wien	

Verschlagwortung der Presseaussendungen

146	SPÖ	SPÖ Wien Gremel/Ahmad	JG-Wien Gremel/Ahmad: „Unser Europa darf nicht länger Festung sein!“	26.09.14	Europäische Lösung, Langer Tag der Flucht, Asylantrag in Botschaften, Ländervereinbarung, Arbeitsmarktzugang	
147	ÖVP	ÖVP Wien, Landstraße, Keri	ÖVP Landstraße ad Flüchtlinge in Erdbrg: Es ist unsere Pflicht, Hilfestellung zu leisten!	26.09.14	Übergangsquartier Wien/Landstraße	
148	ÖVP	ÖVP Wien, Ulm/Feldmann	VP-Ulm/Feldmann: Kampf gegen den Terror mit humanitärem Beitrag	26.09.14	Übergangsquartier Wien, islamischer Terror	
149		Evangelischer Pressedienst, Weiland	Weiland: Verantwortung für Flüchtlinge nicht abschieben	26.09.14	Politik versucht Verantwortung an Kirchen abzuschieben	NGO
150	SPÖ	SPÖ Bundesorganisation, Kucharowits	JG-Kuckarowits: „Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität“	26.09.14	Langer Tag der Flucht, europäische Lösung	
151	FPÖ	FPÖ/RFS, Schierhuber	RFS: Asylheim statt Studentenheim – Christen müssen bevorzugt werden	26.09.14	restriktive Asylpolitik, WU Übergangsquartier Wien, christliche Flüchtlinge bevorzugen	
152		ORF, Vorankündigung	„im ZENTRUM“: Millionen Flüchtlinge – ein Fall für... die anderen?	26.09.14	Im ZENTRUM zum Flüchtlingsproblem	Medien
153	Grüne	Grüner Klub Parlament	Grüne: Hundstorfer unterwirft sich österreichischer Realverfassung, ohne diese in Frage zu stellen	28.09.14	Kritik an Hundstorfer, Arbeitsmarktzugang	
154		SOS Mitmensch, Pollack	SOS Mitmensch: Enttäuschende Blockadehaltung von Minister Hundstorfer	28.09.14	Kritik an Hundstorfer, Arbeitsmarktzugang	NGO
155		Caritas, Landau	Landau appelliert für mehr Solidarität und Mitmenschlichkeit mit Flüchtlingen	30.09.14	Asylgipfel, Forderung Reformen	NGO
156	SPÖ	Bürgermeister Andreas Babler, Stadtgemeinde Traiskirchen	Betreuungsskandal im Massenlager Traiskirchen! Frauenhaus aufgelöst und über 1.000 Menschen ohne fixen Essensplatz	30.09.14	Überbelegung Traiskirchen, Probleme	
157	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Asyl: Christian Ragger: Wie viele Asylwerber hat Kärnten wirklich?	30.09.14	restriktive Asylpolitik, subsidiärer Schutz	
158		Bundesimmobiliengesellschaft	Adaptierung der ehemaligen Institutsgebäudes der WU Wien für Asylwerber	30.09.14	Übergangsquartiere Wien, Umbau WU, Erdberg übergeben	
159	ÖVP	ÖVP/Europaparlament, Becker	ÖVP erwartet von neuem EU-Migrationskommissar Aufteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Europa	30.09.14	europäische Lösung, Aufteilungsschlüssel,	
160	ÖVP	ÖVP Bundespartei, Mitterlehner	Mitterlehner: Regierung arbeitet Programm Punkt für Punkt ab	30.09.14	Asylgipfel, Bundesländertreffen	
161		Bundespräsident, Fischer	Bundespräsident für Lastenausgleich bei Asyl	30.09.14	Europäische Lösung, Aufteilungsschlüssel, europäische Werte	
162		Bundeskanzleramt, Faymann	Bundeskanzler Faymann: Bis Jahresende werden alle Bundesländer ihre Quote erfüllt haben	30.09.14	Bundesländertreffen, Asylgipfel, Quoten, Erfüllung bis Jahresende	
163	NEOS	NEOS im Parlament, Scherak	NEOS begrüßt die Inpflichtnahme der Länder bei der Unterbringung von Asylwerbern	01.10.14	Asylgipfel, Quote, Arbeitsmarktzugang,	
164	SPÖ	SPÖ/EU, Weidenholzer	Weidenholzer: EU-Innenkommissar muss „Festung Europa“ verhindern	01.10.14	Europäische Lösung, Aufteilungsschlüssel,	
165	SPÖ	SPÖ NÖ, Stadler/Laimer	Stadler/Laimer: Akkordierung von Bund, Ländern und Gemeinden bei Kriegsflüchtlingskindern notwendig	01.10.14	Ländervereinbarung, Kritik an FPÖ	
166		Jugend eine Welt	Jugend Eine Welt fordert bundesweites Konzept für den schulischen Umgang mit Flüchtlingskindern	02.10.14	Bildung, Flüchtlingskinder, bundesweites Konzept, Arbeitsmarktzugang, keine Massenquartiere	NGO
167		Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs	Junge Asylwerber leisten wichtige Arbeit für die Gesellschaft	02.10.14	Projekt mit Geriatriezentrum, Flüchtlinge besuchen alte Menschen	NGO
168	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	Christian Ragger: Goinger Kaserne soll Asylantenheim werden!	02.10.14	keine Quotenerfüllung, keine neue Aufnahme, Goinger Kaserne	

Verschlagwortung der Presseaussendungen

169	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korun: Ja zu mehr Personal für Asylbehörde	02.10.14	Personalaufstockung BFA, Forderung qualifizierte Mitarbeiter	
170	FPÖ	FPÖ Kärnten, Ragger	FPÖ startet Unterschriftenaktion zum Erhalt der Goiginger-Kaserne	03.10.14	keine Quotenerfüllung, keine neue Aufnahme, Unterschriftenaktion Goiginger Kaserne	
171		Kärntner Landesregierung, Kaiser	Asyl: Kärntner Landeshauptmann berät mit Gemeindebund gemeinsame Vorgehensweise	03.10.14	Treffen mit Gemeindebund, neue Quartiere, Quote erfüllen	
172	Grüne	Grüner Klub Parlament, Korun	Korum: Unterstützung für NGO-Forderung nach Reform der Flüchtlingsunterbringung	05.10.14	Forderung Reformen, Arbeitsmarktzugang, NGOs mitbestimmen lassen	
173	FPÖ	FPÖ Parlamentsklub, Kickl	FPÖ-Kickl: Chalupkas Asyl-Forderungen bedeuten noch mehr Überschwemmung Österreichs mit Flüchtlingen	05.10.14	restriktive Asylpolitik, Österreich „Asylparadies“, Boot ist voll, Asylmissbrauch	